

Preussische Allgemeine



Nr. 52 · 31. Dezember 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Ausblicke auf das neue Jahr

Wohin steuert unser Land nach dem Regierungswechsel? Was ist von den Akteuren zu erwarten? Kann die Spaltung der Gesellschaft überwunden werden? **Seiten 1, 2 und 3**



Energie Warum in diesem Winter eine Gas- und Stromkrise droht **Seite 7**



Geschichte Vor 100 Jahren starb der Hauptmann von Köpenick **Seite 10**

GEDANKEN ZUR JAHRESWENDE

Staatsversagen, ein Regierungswechsel und unüberwindbar scheinende Gräben

Das zu Ende gehende Jahr 2021 brachte unserem Land gleich mehrere Ereignisse und Entwicklungen, die auch seine mittlere und längerfristige Zukunft beeinflussen werden

VON RENÉ NEHRING

Seit alters her schauen die Menschen zur Jahreswende zurück auf die vergangenen zwölf Monate und blicken auf dieser Grundlage voraus, was im neuen Jahr auf sie zu kommen könnte. Das nun zu Ende gehende Jahr 2021 brachte unserem Land gleich mehrere Ereignisse und Erkenntnisse, die unsere mittlere und längerfristige Zukunft beeinflussen werden.

Im Juli offenbarte eine Hochwasserflut im Westen – vor allem an der Ahr – ein eklatantes Staatsversagen. Die Flut offenbarte gravierende Mängel im Katastrophenschutz, sie offenbarte die Unfähigkeit bei Entscheidern des politischen Lebens, im Krisenfall Führung zu zeigen, und sie offenbarte die Unfähigkeit des deutschen Rundfunks, grundlegende Aufgaben zu erfüllen. Mindestens 184 Menschen kostete dieses multiple Versagen das Leben. Wohl gemerkt nicht in Lateinamerika oder in Afrika oder auf dem indischen Subkontinent, sondern in Deutschland.

Ende einer Ära

Anders als die Flut selbst ist das Versagen wichtiger Institutionen kein Naturereignis, sondern das Ergebnis eines menschengemachten Prozesses. Nun rächt sich, dass immer öfter Führungspositionen und selbst Stellen im Mittelbau der

Apparate nicht mehr nach Qualifikation, sondern nach der richtigen politischen Einstellung sowie nach äußeren Merkmalen wie Geschlecht oder Abstammung vergeben werden. In der Konsequenz sitzen nun vielfach Leute in der Verantwortung, die im Ernstfall nicht über die erforderlichen Fähigkeiten zur Leitung eines Ministeriums, einer Fachbehörde oder des Katastrophenschutzes verfügen.

Ein großer Einschnitt ist auch der Regierungswechsel im Herbst. Unabhängig davon, wie man zu Kanzlerin Merkel steht, bedeutet ihr Abgang nach 16 Jahren das Ende einer Ära. Die neue Regierung wird von einem auf Bundesebene bislang nicht gekannten Parteienbündnis getragen, dessen Mitglieder bei vielen „harten“ Themen weit auseinanderliegen, bei den sogenannten weichen wie Gender, Zuwanderung oder Familie jedoch nicht. Was vermuten lässt, dass sich die Koalitionäre gerade hier schnell einigen dürften.

Bei „harten Themen“ wie Außenpolitik, Energiewende und Landwirtschaft zeigen sich die Grünen, die hier jeweils die Ressortverantwortung tragen, nach 16 Jahren Regierungsabstinenz überaus ambitioniert (siehe auch die Seite 2). SPD und FDP hingegen geben sich bislang verhalten, wobei die Liberalen hauptsächlich damit ringen, wie sie ihre Wahlversprechen „keine Steuererhöhungen“ und „keine Impfpflicht“ einhalten können, beziehungsweise wie es für den Fall, dass diese

doch kommen, es nicht nach einem Bruch der Wahlversprechen aussieht.

Die dritte grundlegende Veränderung des Jahres sind die immer größer werdenden Gräben in unserer Gesellschaft. Zwei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie und ein Jahr nach dem Start der Impfungen ist das Land zutiefst gespalten. Während der Staat und die meisten Bürger darauf setzen, durch möglichst viele Impfungen die Pandemie endlich in den Griff zu bekommen, lehnt eine große Minderheit eine „Zwangsimpfungen“ als unzulässigen Eingriff in die Unverletzlichkeit ihres Körpers ab.

Eine tiefe gesellschaftliche Spaltung

Besorgniserregend ist dabei die Zunahme der Gewaltbereitschaft. So werden vielerorts Polizisten mit Fäusten oder Reizgas attackiert und Politiker in Bund und Ländern durch Demonstrationen vor ihren privaten Wohnsitzen eingeschüchert. Dass Gewalt – auch nur verbale – niemals ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, scheint nicht mehr selbstverständlich zu sein.

Allerdings haben auch staatliche Institutionen und Repräsentanten im Laufe der Corona-Pandemie selten überzeugt. Allzu oft wurde zu spät oder halbherzig gehandelt. Und obwohl bis heute keine gesicherten Daten über die Verläufe des Pandemiegeschehens vorliegen, setzt der Staat immer wieder auf pauschale Lösun-

gen: im vergangenen Jahr die Schließung von Bundesländergrenzen, von Schulen oder von Restaurants, in diesem Jahr der weitgehende Ausschluss aller Ungeimpften vom öffentlichen Leben. Und dies, obwohl Länder wie Bayern oder Hamburg gerade erst zugeben mussten, den Impfstatus der Patienten auf den Intensivstationen bislang gar nicht erfasst zu haben.

Geradezu plump sind die Versuche, Kritiker der Corona-Politik pauschal in die „rechte Ecke“ stellen zu wollen. Dabei geht die Zahl der Demonstranten längst in die Hunderttausende, die Zahl der Ungeimpften sogar in die Millionen. Dies sollte klugen Staatslenkern zeigen, dass die Skeptiker nicht alles nur „Rechte“ sein können – und dass ihre Zahl längst so groß ist, dass man sie weder zur Impfung zwingen noch sie dauerhaft aus dem öffentlichen Leben ausschließen kann.

Gute Aussichten für 2022 sind all das nicht. Ein Hoffnungsschimmer war kurz vor Weihnachten die Aussage von Olaf Scholz, dass er auch „Kanzler der Ungeimpften“ sei. Wie wahr. Die Möglichkeiten der Bürger, auf die Geschicke des Landes Einfluss zu nehmen, sind begrenzt. Und doch kann jeder bei sich selbst anfangen. Wenn jeder Geimpfte in seinem Umfeld die Argumente der Ungeimpften wenigstens anhören würde und umgekehrt, wären die Gräben in unserer Gesellschaft weit weniger tief als derzeit. Das wäre doch ein guter Anfang für das neue Jahr.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Tschechien hat einen neuen, Deutschland positiv gesinnten Außenminister **Seite 6**

Kultur

Eine Ausstellung ehrt den vor 200 Jahren geborenen Heinrich Schliemann **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Bundesverdienstkreuz für einen verdienten ostpreussischen Landsmann **Seite 13**

Lebensstil

Rückkehr in den Sperrbezirk: Die Spider Murphy Gang feiert Bühnenjubiläum **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](https://www.paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Grundsätze In den Verhandlungen zur Bildung der Ampelkoalition spielte ein Themenkomplex eine auffallend geringe Rolle: die Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür bestimmte diese gleich die ersten Tage der neuen Regierung

Die erste große Richtungsfrage

Während Kanzler Scholz die bundesrepublikanische Außenpolitik weiterhin zur Wahrnehmung deutscher Interessen einsetzen will, schwebt seiner Außenministerin eine „Weltinnenpolitik“ vor – die Deutschland in zahlreiche neue Konflikte ziehen könnte

VON RICHARD DREXL

Als Olaf Scholz kurz vor Weihnachten seine erste Regierungserklärung als neuer Bundeskanzler vortrug, spielte ein Themenkomplex lediglich eine Nebenrolle: die Außen- und Sicherheitspolitik. Obwohl diese für die größte Nation in der Europäischen Union und die Zentralmacht in der Mitte des Kontinents von elementarer Bedeutung ist, mussten sich die Interessenten für dieses Politikfeld lange gedulden. Die Ampel-Prioritäten liegen – im Koalitionsvertrag so angelegt – ganz anders: mehr soziale Wohltaten, Förderung von Migration und Zuwanderung, von Klimapolitik und Digitalisierung, Kampf gegen Rechtsextremismus und Förderung von Demokratie nach links-grünem Verständnis. Für Konservative eine phasenweise schwer verdauliche Kost.

Erst am Ende der Regierungserklärung kamen Außen- und Sicherheitspolitik mit einem Bekenntnis zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der EU zur Sprache. Scholz zufolge sollen Abstimmungen im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit einen „Gewinn an Souveränität“ bedeuten. Der neue Kanzler beweist dabei ein hohes Maß an Dialektik, wäre doch das Gegenteil anzunehmen: Abstimmungsergebnisse der europäischen Regierungschefs entgegen deutschen Interessen reduzieren die Durchsetzbarkeit der nationalen Politik und damit die eigene Souveränität.

Bekenntnisse zu NATO und EU

Bekenntnissen zur deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Freundschaft wie zur NATO folgte die Sorge um die Sicherheitslage an der russisch-ukrainischen Grenze. Die EU darf sich demnach nicht spalten lassen, auch nicht von China mit dessen rasantem Aufstieg zur Technologie- und Militärmacht. Das war es denn auch schon, die Worte „Bundeswehr“ und „Streitkräfte“ kamen nicht vor, lediglich von den „eigenen Soldaten“ war am Rande die Rede. Irritierend blieb die

Scholz-Einstufung „Europa ist eine wehrhafte Demokratie“ ohne weitere Erklärung im Raum stehen: Weder Europa noch die Europäische Union sind bekanntlich Demokratien im eigentlichen Sinne. Geradezu überheblich klang der Satz: „Wir können eine gerechtere Globalisierung durchsetzen.“ Derartiges hätte der geneigte Beobachter eher der neuen Außenministerin zugetraut.

Apropos Annalena Baerbock. Öffentlich in Erscheinung getreten ist sie bisher mit ihren Antrittsreisen nach Paris, Brüssel und Warschau. Wie für den Kanzler auch waren dies die ersten Pflichttermine im Ausland. „Unerschrockenheit, Intuition und Glück“ wurde Baerbock immerhin von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ attestiert. Ganz anders die „NZZ“

nach der Verkündung ihrer außenpolitischen Grundsätze in der „taz“. Baerbock wird zitiert mit: „Ich verstehe Außenpolitik als Weltinnenpolitik.“ Nimmt man dieses Bekenntnis wörtlich, würde sich die Bundesrepublik künftig etwa in die innenpolitischen Auseinandersetzungen der US-Demokraten mit den Republikanern genauso einmischen wie in die Nationalitätenpolitik Chinas. Die Endstufe innerstaatlicher Konflikte stellt aber die Gewalt dar, das Wegsperrern der Uiguren ist eine gewaltsame Form innerchinesischer Auseinandersetzung.

Abkehr von bewährten Prinzipien

Das außenpolitische Rational Deutschlands war jedoch bisher die Zusammenarbeit über jeden ideologischen Graben

hinweg, solange gegenseitig das Existenzrecht respektiert wurde. Das galt selbst im tiefsten Kalten Krieg der Sowjetunion gegenüber. Wozu eine Abkehr von diesem Grundsatz führen kann, verdeutlicht das Extrembeispiel des gewaltsamen Sturzes von Saddam Hussein. Die Bush-Regierung wollte den Irak nach US-Beispiel zur Musterdemokratie bekehren. Gewalt mit verheerenden Konsequenzen folgte dem überheblichen Weltbild auf dem Fuße.

Gewiss ist die politische Ausgangslage der unilateralen Weltmacht USA mit derjenigen Deutschlands nicht vergleichbar, es liegen in mehrfacher Hinsicht Welten dazwischen. Mit dem Beispiel ist jedoch zu verdeutlichen, wohin im Extremfall die Baerbocksche Politikmaxime führen könnte, die da lautet: „Eine wertegeleitete

Außenpolitik (sei) immer ein Zusammenspiel von Dialog und Härte“. Dahinter ist die unverhohlene Absicht zu erkennen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Selbstverständlich im Interesse einer „guten Sache“, nämlich der Menschenrechte wie dem Schutz unterdrückter Minderheiten, namentlich auch der Frauenrechte. Sollten die Chinesen aber nicht wie gewünscht klein begeben, was dann? Müsste dem Boykott von Waren aus der Provinz Xinjiang dann nicht ein genereller Handelsboykott folgen?

Baerbock propagiert den Weg in eine hochgradig gefährliche Außenpolitik, den Bundeskanzler Scholz nicht gehen wird. Er ist für einen bedächtig abwägenden Politikstil bekannt. Der forschen und unbedarften neuen Außenministerin stehen bei konsequenter Verfolgung ihrer politischen Leitlinien schwierige Zeiten bevor. Es wird sich zeigen, mit welchen Maßnahmen Baerbock zum Beispiel im sich zuspitzenden Ukraine-Konflikt dem russischen Präsidenten Putin entgegenzutreten will. Wer die Lippen spitzt, muss bekanntlich auch pfeifen, sonst ist auch der restliche Ruf rasch dahin.

Ideologie vor Interessen

Wer neue Grundsätze proklamiert, sollte auch die bis dahin geltenden samt Vor- und Nachteilen kennen. Für Deutschland gab es in der Vergangenheit stets zwei Maximen, nämlich die Sicherung des Friedens und die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen. Genau das hat unser Land stark gemacht, die wirtschaftliche Prosperität hat eben auch zu Deutschlands Stellung in der Welt beigetragen und unserer Stimme Gewicht verliehen. Gefragt ist ein nüchterner Realismus statt ideologischer Verhärtungen, um den Unwägbarkeiten einer unruhigen Welt in Abstimmung mit den Partnern adäquat begegnen zu können.

Baerbock sollte dies im eigenen Interesse rasch lernen, wenn nicht künftig die relevanten außenpolitischen Entscheidungen im Bundeskanzleramt fallen sollen.



Ankunft in der unbequemen Realpolitik: Die neue Außenministerin Annalena Baerbock während des Antrittsbesuchs bei ihrem polnischen Kollegen Zbigniew Rau
Foto: imago images/ZUMA Wire

KOALITIONSVERTRAG

Ausdruck des Misstrauens oder Grundlage einer stabilen Regierung

Was die Ampelkoalitionäre noch alles verhandelt haben – und wie relevant Koalitionsverträge eigentlich sind

Stolze 177 Seiten umfasst der Koalitionsvertrag der Ampelregierung – und er präsentiert eine atemberaubende thematische Spannweite. Neben Detailregelungen wie dem künftigen Mindestlohn von zwölf Euro steht auf gleicher Höhe die Absicht, das Wahlrecht zu ändern. Dass Veränderungen daran stets die Fundamente unserer Demokratie berühren, scheint die Koalitionäre nicht zu bekümmern.

Einerseits wird aufgeführt, welche Schienenstrecken wie etwa von Nürnberg-Reichenbach bis zur deutsch-tschechischen Grenze ausgebaut werden sollen, andererseits ist die Rede von der Vermeidung wiederholter Auslegungs-, Einwendungs- und Erwidlungsschleifen bei deren Genehmigung. Ungeniert erklären die Regierungsparteien die Absicht, Einwendungen nur noch bei Planänderungen zuzulassen, mithin die Bürgerbeteiligung ein-

zuschränken. Auch die Verwaltungsgerichtsverfahren sollen beschleunigt werden. Diese Ziele kann man haben. Wer aber gleichzeitig vorgibt, über Bürgerräte eine bessere Bürgerbeteiligung anzustreben, versucht sich an Wählerverdummung!

Früher ging es ohne

Woher kommt überhaupt das Stilmittel „Koalitionsvertrag“? Im Grundgesetz findet sich dazu nichts. Aus einer Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung geht hervor, wie in den Anfangsjahren der Republik Koalitionen verabredet wurden. 1949, 1953 und 1957 gab es demnach nur nicht veröffentlichte Briefwechsel zwischen CDU/CSU, in Teilen der FDP, der Deutschen Partei (DP) bzw. 1953 mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Am 20. Oktober 1961 kam es zu einem ersten

Koalitionsvertrag. CDU/CSU und FDP erklärten auf gerade einmal achteinhalb Seiten ihre politischen Handlungsabsichten.

Sogar die erste Große Koalition 1966 zwischen CDU/CSU und SPD funktionierte ohne förmlichen Koalitionsvertrag. Lediglich wesentliche „Leitsätze der SPD für die Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966“ fanden sich in der Regierungserklärung von Kurt Georg Kiesinger wieder. Nicht viel anders ging die sozialliberale Regierung von Willy Brandt und Walter Scheel ab 1969 zu Werke. Die zwischen den Parteien abgestimmte Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vor dem Deutschen Bundestag mit etwas über 30 Seiten bildete eine tragfähige Basis für die gemeinsame Regierung.

In etwa so ging es weiter, bis ab Anfang der 90er Jahre ganze Regelwerke entstanden. 1991 hatte der Koalitionsvertrag

zwischen CDU/CSU und FDP ca. 80 Seiten Umfang. Mittlerweile werden dicke Bücher geschrieben.

Ob in den zurückliegenden 70 Jahren auch die Rahmenbedingungen für die Regierungsarbeit entsprechend komplexer geworden sind, ist die Frage. Wo heutzutage auf stabilen und jahrzehntelangen Entwicklungen aufgebaut werden kann, waren in den 1950er und 1960er Jahren grundlegende Richtungsentscheidungen zu treffen. Der Aufbau der Bundeswehr, die Westintegration und die Anwerbung von Gastarbeitern mögen als Beispiele genügen. Ähnlich grundlegende Fragen standen im Zuge der Vereinigung an. Ob der heute in der Priorität der politischen Parteien ganz oben stehenden Problematik der Erderwärmung damit gedient sein wird, dass alle möglichen Detailabsichten aufgeführt werden, wird sich zeigen. Noch

dazu teilweise in einer Geheimsprache, die der Bürger nicht versteht wie „Carbon-Leakage-Schutz“ oder „Boarder Adjustment Mechanism“.

Die echte Prüfung für das Regierungshandeln bringt nun mal die Wirklichkeit. Wer den Bürgern glauben machen möchte, dass erforderliche politische Entscheidungen mittels eines Koalitionsvertrages vorbestimmbar sind, erweckt einen falschen Eindruck. Politik hat auf sich ständig ändernde Lagen zu reagieren. Als markante Beispiele seien die Besetzung der Krim durch Russland oder US-Präsident Trumps neue Prioritäten in der Außenpolitik genannt. Für derlei Herausforderungen braucht es staatsmännisches Geschick und einen eigenen inneren Kompass. Insofern werden die Koalitionäre ihren Traum der Planbarkeit von Politik rasch begraben müssen.
R.D.

Kein Aufbruch nirgends

Zum vierten Mal stellt die SPD nun den Bundeskanzler. Doch anstelle eines zauberhaften Neuanfangs präsentieren die Genossen ein wenig überzeugendes Personal und Inhalte aus alten ideologischen Mottenkisten. Für 2022 verheißt dies wenig Gutes

VON HOLGER FUSS

Schon vor dreieinhalb Jahrzehnten galten die Sozialdemokraten als so gut wie erledigt. 1987 veröffentlichte der große liberale Soziologe Ralf Dahrendorf in der Monatszeitschrift „Merkur“ einen vielbeachteten Essay mit dem Titel „Das Elend der Sozialdemokratie“. Bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, so Dahrendorf, hätten die Sozialdemokraten ihre beste Zeit hinter sich gehabt. Nicht nur, dass die SPD 1972 mit 45,8 Prozent ein Bundestagswahlergebnis erzielte wie vorher und nachher nie wieder. Zuvor, sagt Dahrendorf, seien Sozialdemokraten ein Jahrhundert lang die politisch treibenden Kräfte gewesen, sie hätten Totalitarismen getrotzt und gesellschaftliche Entwicklungen vorangebracht. „Bis sie am Ende“, so Dahrendorf, „zur natürlichen Regierungspartei wurden und prompt ihre Kraft verloren.“ Ihre historische Mission war erfüllt, der Kapitalismus gezähmt, der Wohlfahrtsstaat eingerichtet und den Unterschichten durch Bildung sozialer Aufstieg ermöglicht. „Ein sozialdemokratischer Konsensus“ wurde „zur Haltung der Mehrheit“, selbst bürgerliche Parteien konnten sich einer „Sozialdemokratisierung“ nicht entziehen. Wie hellichtig Dahrendorfs Analyse damals war, haben wir in den vergangenen 16 Jahren unter einer Kanzlerin Merkel erlebt – eine Christdemokratin, wie sie sich sozialdemokratischer kaum denken ließe.

Unverhofft ins Kanzleramt gewickelt

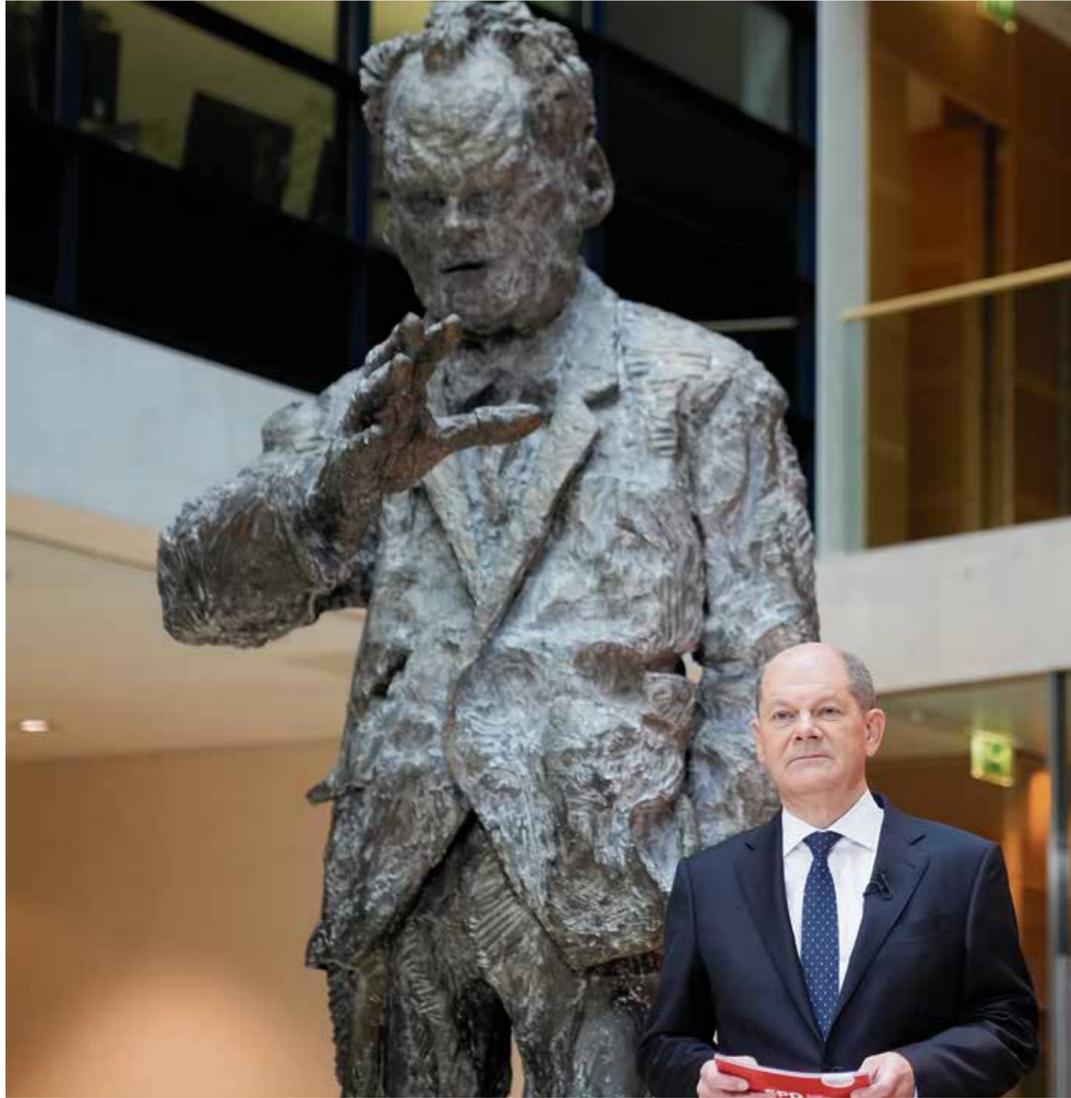
Nach einer bleiernen Zeit überwiegend Großer Koalitionen zwischen Union und SPD wurde uns nun in der Adventszeit eine neue Regierung beschert, eine rot-gelb-grüne Ampelkoalition, angeführt von einer SPD, die ihr Zweitstimmenergebnis von 25,7 Prozent zum Signal für neuen Aufbruch deklariert. Ein pffiffiger Kolumnist des „Focus“ hat überschlagen, dass in Deutschland zwölf Millionen Erwachsene ungeimpft sind und ebenso viele die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz gewählt haben. Während die Ungeimpften als tyrannische Minderheit beschimpft werden, die eine geimpfte Mehrheit in Schach hält, reicht dieselbe Zahl von SPD-Wählern aus, um eine Kanzlerschaft von Scholz zu rechtfertigen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist in ihre Post-Volkspartei-Ära eingetreten und zur Minderheiten-Veranstaltung verkommen. Ein Olaf Scholz hat kaum Rückhalt in der Bevölkerung und hat sich mit Hilfe einer Notgemeinschaft aus Grünen und FDP ins Kanzleramt gewickelt. Selbst der neue Co-Parteichef Lars Klingbeil staunt, wie es möglich war, eine lange Zeit stabil bei 15 Prozent liegende Partei im Wahlkampfendspurt um zehn Punkte emporzukatapultieren. Dass dies dem SPD-Kanzlerkandidaten keineswegs aus eigener Kraft gelang, sondern er vielmehr seinen Erfolg der Schwäche seiner Konkurrenten Annalena Baerbock und Armin Laschet zu verdanken hat, wird von der Parteiführung betreten wie ein schmutziges Familiengeheimnis beschwiegen.

Wenig überzeugendes Spitzenpersonal

Und selbst nach der Regierungsbildung steht die SPD durchaus nicht als Siegerpartei da. Die Zusammenstellung des Kabinetts verbreitet nicht zuletzt wegen der SPD-Minister eine Aura bestürzender Mittelmäßigkeit. Die am ehesten ministrablen Persönlichkeiten haben zweifellos die Liberalen aufgestellt, allen voran Parteichef Christian Lindner als Finanzminister, den der Philosoph Peter Sloterdijk „das größte politische Talent“ nennt, „das Deutschland seit einem halben Jahrhundert hervorgebracht hat“.

Bei den Grünen ragt mit gutem Willen allenfalls Robert Habeck hervor, der jedoch



Unerwartet Kanzler und nun ohne erkennbare Idee, wohin er das Land führen will: Olaf Scholz

Foto: pa

erst noch beweisen muss, was er als Wirtschaftsminister taugt, sowie Cem Özdemir, der als Außenpolitiker im Landwirtschaftsministerium improvisieren muss, weil seine Parteichefin Baerbock ins Außenamt drängt und ihrer Partei damit ein bleibendes Trauma bereitet.

Die Personalie Lauterbach

Auch die sozialdemokratischen Bundesminister zeigen vor allem, dass ihre Partei seit Langem an personeller Auszehrung leidet. Politische Begabungen, geschweige denn beeindruckende Persönlichkeiten sind nicht in Sicht. Fast scheint es, als habe Scholz darauf geachtet, dass keiner seiner Minister die Bläse des Kanzlers charismatisch überstrahlt. So ging das Gesundheitsressort zwar erwartungsgemäß an den Talkshow-Hyperventilierer Karl Lauterbach, doch der zeigte sich schon nach wenigen Tagen im Amt überfordert und sackte während einer Bundespressekonferenz vor TV-Kameras in einen Sekundenschlaf. Lästermäuler in Berlin behaupten, Lauterbach müsse zum ersten Mal richtig arbeiten und sei deshalb chronisch erschöpft.

Mit Lauterbach werden wir auf rheinische Art durch die Corona-Krise moderiert, immer stimmungsvoll mit augenzwinkernder Hinterlist. Die ersten Tage haben dies gezeigt: Mit einem Sperrfeuer an Schlagzeilen hält der Arbeitersohn aus Düren den Aufmerksamkeitspegel aufrecht. Da entdeckt er an einem Tag bei der Inventur zu wenig Impfstoff für das erste Quartal des neuen Jahres und verkündet anderntags triumphal, dass Moderna 35 Millionen Dosen vorzeitig liefern werde. Einmal gibt er sich sicher, dass die Pandemie „in den nächsten Monaten“ beendet sein kann, dann ist er wiederum gewiss, dass zum Jahreswechsel die fünfte, die Omikron-Welle, bevorsteht.

Es ist eine Kommunikation von Angstmasche und Beschwichtigung im täglichen Wie-

geschritt. Bestens geeignet, um eine Bevölkerung weiter zu verunsichern und zu zermürben, vor allem aber um zu verschleiern, dass die Probleme unseres Gesundheitssystems seit Langem existieren und von der Corona-Krise nur offengelegt wurden.

Seit 2003 unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder, auch unter Mitwirkung des SPD-Gesundheitsexperten Lauterbach, das Fallpauschalengesetz eingeführt wurde, wonach Krankenhäuser auf leistungsorientierte Entgeltsysteme umgestellt wurden, wurde das System der Krankenversorgung kaputtgespart. Chronischer Personalmangel, lange Wartezeiten für Patienten und Schließung unrentabler Krankenhäuser waren die Folge. Noch 2019 twitterte Lauterbach: „Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite Klinik schließen sollten.“ Andere Häuser hätten dann „genug Personal, geringere Kosten, bessere Qualität, und nicht so viel Überflüssiges“.

Dilettanten in Schlüsselpositionen

Ähnlich bizarr geht es im Verteidigungsministerium zu, das seit 2013 verlässlich in Frauenhand ist. Allerdings ist dafür die Bundeswehr nur noch bedingt einsatzfähig. Feministische Verteidigungspolitik sozusagen. Nun führt also die Sozialdemokratin Christine Lambrecht das Armee-Kommando, eine Rechtsanwältin aus Südhessen, die mit internationaler Sicherheitspolitik wenig Erfahrungen hat, jedoch zuvor als Justizministerin das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verschärft und ein Paketboten-Schutz-Gesetz auf den Weg gebracht hat.

Entsprechend praxisnah ist auch ihre Drohgebärde gegenüber dem russischen Präsidenten Putin, der an der ukrainischen Grenze die Muskeln spielen lässt. Weil Lambrecht weiß, was autoritäre Herrscher einschüchtern, kündigte sie in der „Bild am Sonntag“ an: „Ak-

tuell müssen wir Putin und sein Umfeld ins Visier nehmen.“ Die „für die Aggression Verantwortlichen“ müssten nämlich „persönliche Konsequenzen“ spüren, „zum Beispiel, dass sie nicht mehr zum Shoppen auf die Pariser Champs Élysées reisen können“. Frieden stiften durch Visumsentzug – so pragmatisch kann weibliche Politik sein.

Auch die neue Bundesinnenministerin, die hessische SPD-Chefin und ebenfalls Rechtsanwältin Nancy Faeser, hat ihr politisches Revier sofort prägnant markiert. Am Tage ihrer Minister-Präsentation im Willy-Brandt-Haus nannte sie als ihr „besonderes Anliegen“ die Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ als „die größte Bedrohung, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hat“. Später twitterte sie ihren Heimat-Begriff: „Heimat umfasst alle Menschen, egal wo sie herkommen.“ Auf demselben Kanal kam dann die Ansage: „Wer im Netz Hass und Hetze verbreitet, bekommt es mit der Polizei zu tun.“ Dabei hat sie die Begriffe ausreichend unscharf gewählt, damit die Aussage immer irgendwie stimmt.

Klar ist, dass Hass und Hetze nur in eine Richtung geahndet wird, denn mit Sicherheit wird der grüne Stadtrat in Leipzig Jürgen Kasek, gleichfalls Rechtsanwalt, nichts zu befürchten haben, nachdem er am zweiten Weihnachtstag zum Corona-Tod des Rastatter AfD-Fraktionschefs twitterte: „Corona hat mehr gegen Nazis getan als die Sicherheitsbehörden.“ Den Tweet nannte er anschließend „missverständlich und deswegen gelöscht. Sache richtiggestellt.“

Gut möglich, dass die Sprache und die Haltung der grünen Menschenverächter dem Gemeinwesen am meisten schaden, weil sie bis weit ins linksliberale bürgerliche Lager gesellschaftsfähig sind. Oder aber zumindest nicht auf Widerspruch stoßen, weil jeder, der dies tut, sich dem Verdacht aussetzt, ein „Rechter“ zu sein. Und damit zu jenen gehören würde, die unsere Bundesinnenministerin als Bedrohung unserer demokratischen Ordnung ausgemacht hat.

„Weiter so“ statt echtem Aufbruch

Kurzum: Von einem neuen Aufbruch kann bei der Ampelregierung schwerlich die Rede sein. Es ist ein „Weiter so“ der SPD mit neuen Partnern. Das Meinungsklima wird weiter an Freizügigkeit verlieren. Regierungskritische Medien wie die „Achse des Guten“ wurden bei YouTube gesperrt, die Online-Plattform „Reitschuster“ von der Bundespressekonferenz ausgeschlossen. Man muss nicht die Meinung dieser Kollegen teilen, um über solche Einschränkungen empört zu sein. Dass sich Springer-Chef Mathias Döpfner im Herbst öffentlich entschuldigen musste, weil er in einer privaten WhatsApp-Nachricht über „den neuen DDR-Obrigkeitsstaat“ witzelte, macht die Bigotterie in unserer Gesellschaft sichtbar, die uns 2022 noch verschärfter begegnen wird.

Es ist eine Kultur der „Wokeness“, von dem Philosophen Norbert Bolz als „die Wutkultur der Frigidität und Impotenten“ bezeichnet, die auf dem Erbschein der Merkel-Ära beurkundet, von den Ampel-Parteien im Koalitionsvertrag mit neuem Leben erfüllt wurde und nun ihren Durchmarsch fortsetzen kann. Sollte dies ungehindert gelingen, wird das ganze Land bald aussehen wie heute schon die SPD: bleich, lendenlahm und von großen Erinnerungen zehrend. Um es bildhafter auszudrücken: Deutschland wird zu einem bundesweiten Bremen.

● **Holger Fuß** ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft und Kultur. 2019 erschien von ihm „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de

Auch die sozialdemokratischen Bundesminister zeigen vor allem, dass ihre Partei seit Langem an personeller Auszehrung leidet. Politische Begabungen, geschweige denn beeindruckende Persönlichkeiten sind nicht in Sicht

● MELDUNGEN

Schließung
von 34 Kliniken

Essen – Während der Pandemie wurden in der Bundesrepublik 34 Krankenhäuser geschlossen oder befinden sich kurz vor der Schließung. Das geht aus einem Bericht vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen hervor. An weiteren 24 Standorten fielen insgesamt 36 Abteilungen weg. Insgesamt gibt es dadurch nun 3099 Krankenhausbetten weniger in Deutschland. Dies ist eine Folge des mit dem ersten Krankenhausstrukturfonds eingeleiteten Abbaus von angeblichen Überkapazitäten im Gesundheitswesen im Verein mit einer stärkeren Konzentration von stationären Versorgungsangeboten. Hierfür stellte die Bundesregierung Fördermittel in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung. Zu den umstrittenen Entscheidungen zählt dabei die aus „ökonomischen Gründen“ vollzogene Schließung der Lungenfachklinik am Forschungszentrum Borstel bei Hamburg mit 81 Betten, darunter zwölf auf der Intensivstation. W.K.

Armutquote
steigt weiter an

Berlin – Aus einer aktuellen Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes geht hervor, dass die Armutsquote in der Bundesrepublik im Verlauf des Jahres 2020 auf 16,1 Prozent stieg. Damit gelten nun 13,4 Millionen Menschen als arm, weil ihre Nettoeinkünfte einschließlich aller Sozial- und Transferleistungen bei weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hierzulande lagen. Das ist ein bislang nie erreichter Rekordwert, wobei die Quote bereits seit 2006 stetig zunahm. Zu den großen Einkommensverlierern zählten 2020 die Selbstständigen: Der Anteil der Armen unter dieser Gruppe wuchs auf 13 Prozent. Ansonsten gab es keine wesentlichen Veränderungen im soziodemographischen Risikoprofil. An der Spitze der Rangliste stehen wie immer Erwerbslose, Alleinerziehende, Eltern mit drei oder mehr Kindern sowie Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Die wenigsten Armen wurden in Bayern gezählt und die meisten in Bremen. Die Einkommensverluste infolge der Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung dürften einen großen Anteil am Armutsanstieg gehabt haben. W.K.



Warten auf die Durchfahrt bis nach Deutschland: Ein neuer Schwung an Migranten ist in Griechenland auf Lesbos angelandet

Foto: pa

ASYLPOLITIK

Einmarsch in den Sozialstaat

Deutschland ächzt unter Sekundärmigranten, die bereits in anderen EU-Staaten Schutzstatus genießen

VON BODO BOST

Ein Drittel aller Asylsucher kommt derzeit nicht mehr nach Deutschland, um Asyl zu erhalten, sondern spekuliert auf eine höhere Sozialalimention. Der Anteil dieser als Sekundärmigranten bezeichneten Ausländergruppe dürfte dank Griechenland in Deutschland im nächsten Jahr bereits die Mehrheit ausmachen.

Im deutschen Grundgesetz heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Allerdings hat ein deutsches Gericht vor zwei Jahren dies dadurch ergänzt, dass jedem Immigranten, der nach deutschem Standard unter unzumutbaren Lebensbedingungen in einem anderen EU-Staat lebt, auch die Aufnahme in Deutschland zusteht. Da in den 27 EU-Staaten, vor allem in den Staaten an den Außengrenzen im Süden, derzeit bis zu vier Millionen Zuwanderer leben und Deutschland das Land mit den höchsten Sozialleistungen ist, dürfte dieses Gerichtsurteil den Wanderungsdruck nach Deutschland erheblich erhöhen und das verfassungsmäßige Asylrecht bald zahlenmäßig übertreffen.

Dies wusste auch die neue Ampelregierung, denn sie hat in ihrem Koalitions-

vertrag hineingeschrieben: „Wir wollen Sekundärmigration in der EU reduzieren. Dazu wollen wir den Missbrauch der visafreien Reisefreiheit verhindern und durch ein geordnetes Relocation-Programm dazu beizutragen, dass Außengrenzstaaten die Bedingungen für Geflüchtete in ihren Ländern verbessern.“

Bereits geschützte Schutzsucher

In einer seiner letzten Bundespresskonferenzen hatte sich im Oktober der damals noch amtierende Innenminister Horst Seehofer über die Migrationslage in Deutschland und auch zu der wachsenden Sekundärmigration geäußert. Trotz der damaligen Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze betrachtete Seehofer seinerzeit nicht die Erstaufnahme von Schutzsuchenden als das größere Problem in Deutschland, sondern die Weiterwanderung von Menschen, die bereits in einem anderen Land Schutz und Asyl gefunden hatten.

Mehr als ein Drittel aller Asylgesuche von Menschen in Deutschland kam im Jahr 2021 von Migranten, die eigentlich bereits in einem anderen EU-Land anerkannt und Asyl gefunden hatten. Das waren bis Oktober bereits 34.000 Sekundär-

migranten. Die meisten dieser bereits geschützten Schutzsucher kamen aus Griechenland. Damit war Griechenland bis Oktober das Hauptherkunftsland aller Asylsucher in Deutschland, noch vor Syrien, dem Irak oder Afghanistan, von wo die Erstaufnahme-Zahlen allesamt niedriger lagen. Aber auch aus Spanien, Italien oder Osteuropa machen sich Sekundärmigranten auf den Weg nach Deutschland, weil die soziale Versorgung hier besser ist als in ihren eigentlichen Aufnahme-ländern.

Gemäß dem Dublin-Verfahren müssten diese Menschen eigentlich in das Land zurückreisen, in dem sie ursprünglich Asyl beantragt und bekommen hatten. Das Innenministerium prüft deshalb bereits eine Möglichkeit, Grenzkontrollen für Flüge aus Griechenland einzuführen, was wiederum dem Schengen-Abkommen widerspricht, denn alle diese genannten Länder sind Mitglieder im Schengenraum, in dem der visafreie Verkehr gilt.

Frische Welle aus Afghanistan

Griechenland hat unter der von Kyriakos Mitsotakis geführten Regierung seit zwei Jahren eine verschärfte Asylgesetzgebung eingeführt, die im August noch einmal

verschärft wurde. Angesichts der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan rechnet Europa mit einer neuen Migrationswelle von dort, die zuerst auf Griechenland treffen wird. Vor dem Machtwechsel wurden afghanische Migranten auch in Griechenland kaum als asylberechtigt anerkannt, doch dies ist seit August anders. Jetzt werden auch afghanische wie syrische Flüchtlinge zu fast 100 Prozent als asylberechtigt anerkannt.

Die neuerlichen Befugnisse der Polizei dort sollen Migranten nicht aus dem Lande schaffen, sondern schneller ins Asylverfahren, in dem sie jetzt sehr schnell anerkannt werden. Da sie dann nur für eine kurze Zeit Eingliederungshilfen in Griechenland erhalten, wandern sie danach sehr schnell nach Deutschland weiter, wo entsprechende Hilfen unbegrenzt bezahlt werden, sogar an Ausreisepflichtige. Aus diesem Grunde sind die Lager auf den griechischen Inseln in den zurückliegenden Monaten ziemlich leer geworden und ist Deutschlands Asylstatistik wieder am Wachsen, aber nicht wegen Menschen, die Schutz brauchen, sondern solchen, die eine höhere Sozialalimention erwarten, die ihnen nach dem Grundgesetz aber nicht zusteht.

LANDTAGSWAHLEN 2022

CDU oder SPD – das ist hier die Frage

Drei CDU-Landeschefs müssen bangen – Im neuen Jahr wird im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen gewählt

Wer vor einem Jahr vorhergesagt hätte, dass Deutschland 2022 von einem sozialdemokratischen Kanzler regiert würde, den hätte man ausgelacht. Doch in Pandemie-Zeiten ist alles anders. Was heute gilt, kann morgen schon anders sein. Blickt man auf die Landtagswahlen, die im ersten Halbjahr 2022 anstehen, könnte die SPD der CDU alle drei Ministerpräsidentenposten abjagen.

Den Anfang machen am 27. März die Saarländer. Seit 1999 sitzt die Union dort auf dem Chefsessel, derzeit regiert Tobias Hans in der Staatskanzlei. Als besonnener „Corona-Mahner“ hat sich der Dauergast vieler Talkshows einen Namen gemacht,

doch in der Heimat ist er nicht sonderlich beliebt. Hans trat vor knapp drei Jahren die Nachfolge Annegret Kramp-Karrenbauers an und stellt sich somit erstmals zur Wahl. Seine Herausforderin ist die hemdsärmelige Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger. Die frühere Spitzensportlerin, die immer noch den Landesrekord im Kugelstoßen hält, geht mit einem saten Umfragen-Vorsprung ins Rennen.

Im kleinsten Flächenland der Republik kommt den großen Parteien zugute, dass sowohl Grüne als auch die Linke derart zerstritten sind, dass ihr Einzug in den Landtag unsicher ist. So deutet derzeit vieles auf eine Große Koalition hin, in der

dann aber die SPD den Ton angibt. Traditionell zerstritten an der Saar ist auch die AfD, dennoch wird sie möglicherweise sogar mit einem zweistelligen Ergebnis erneut in den Landtag einziehen.

Kurios könnte es auch in Schleswig-Holstein werden. Dort drohen der CDU ebenfalls herbe Verluste. Da aber Grüne und FDP in den Umfragen äußerst stark sind, könnte Ministerpräsident Daniel Günther seine Jamaika-Koalition nach jetzigem Stand problemlos fortsetzen. Allerdings hat SPD-Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller bereits angekündigt, dass er ein Ampel-Bündnis nach Berliner Vorbild plant.

Die SPD liegt derzeit acht Punkte vor der CDU. Schwer wird es im Norden für die AfD, die 2017 den Einzug mit fast sechs Prozent nur knapp schaffte. Heillos zerstritten verfügt der Landesverband derzeit nicht einmal über einen Vorsitzenden. Die fünfköpfige Fraktion im Kieler Landtag hat sich gespalten. Der frühere Landeschef Jörg Nobis hat seinen Hut als Spitzenkandidat in den Ring geworfen. Ob er gewählt wird, steht auf einem anderen Blatt. Der Nominierungsparteitag findet Anfang des Jahres statt.

Eine Woche nach der Wahl an der Watterkant kommt es zum Schlagabtausch an Rhein und Ruhr. Nach dem Scheitern von

Armin Laschet als Kanzlerkandidat der CDU hat Hendrik Wüst die Düsseldorfer Staatskanzlei bezogen. Auch ihm drohen Verluste, allerdings läuft derzeit vieles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD hinaus, die mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschatay ins Rennen geht.

Eine neuerliche Mehrheit für das schwarz-gelbe Bündnis ist derzeit allerdings unwahrscheinlich, sodass es auch im bevölkerungsreichsten Bundesland heißen könnte: Jamaika oder Ampel. Für die AfD, die mit dem Fraktionsvorsitzenden Markus Wagner an den Start geht, werden derzeit sieben Prozent vorhergesagt. Peter Entinger

OMIKRON

Die Politik verharret im Panikmodus

Berlin und Brandenburg beschließen „epidemische Lage“ und setzen auf härtere Corona-Regeln

VON NORMAN HANERT

Die südafrikanische Ärztin Angélique Coetzee gehörte zu den Ersten, die vergangenes Jahr auf die Omikron-Variante des Coronavirus aufmerksam machte. Angelegentlich der Resonanz, den die neue Virusvariante in Großbritannien hervorgerufen hat, zeigte sich die Vorsitzende des südafrikanischen Ärztverbandes in einem Gastbeitrag für die „Daily Mail“ regelrecht „fassunglos“. „Lassen Sie mich klarstellen: Nichts, was ich an dieser neuen Variante gesehen habe, rechtfertigt die extremen Maßnahmen, die die britische Regierung als Reaktion darauf ergriffen hat“, so die Medizinerin aus Pretoria. Tatsächlich hat sich die Regierung von Boris Johnson bislang noch sehr zurückhaltend gezeigt.

Coetzee entsetzt über Reaktion

Zwar rief Londons Bürgermeister Sadiq Khan (Labour) für die Hauptstadt den Katastrophenfall aus. Auch der Expertenrat Sage warnte vor einer Überlastung des Gesundheitssystems durch 3000 Krankenhauseinweisungen pro Tag allein in England. Boris Johnson verzichtete allerdings darauf, noch vor Weihnachten Kontaktbeschränkungen oder ähnliche Maßnahmen zu verhängen. Beobachter sehen Johnsons Zurückhaltung teilweise als Folge seiner geschwächten Position nach Enthüllungen über Feiern der Downing Street, die während der Zeit scharfer Pandemiebeschränkungen stattgefunden haben sollen.

Im Unterschied zu den vorhergehenden Corona-Wellen sind in der Berichtserstattung über die neue Corona-Variante allerdings auch neue Töne zu hören. Nach den Angaben von Medizinern aus Südafrika ist Omikron zwar ansteckender als die bisherigen Corona-Varianten, dafür aber meist auch nur mit einem milden Krankheitsverlauf verbunden. Gegenüber der BBC sagte Coetzee zu ihren Erfahrungen aus Südafrika: „Die Patienten klagen meist über einen schmerzenden Körper und Müdigkeit, extreme Müdigkeit, und wir sehen es bei der jüngeren Generation, nicht bei den älteren Menschen.“ Forscher entdeckten inzwischen ein weiteres Symptom, das neben Niesen, Halskratzen und Nachtschweiß



Befürworterin des Beschlusses einer „epidemischen Lage“: Berlins neue Gesundheitsministerin Ulrike Gote

nach einer Infektion mit der Omikron-Variante auftritt: Appetitlosigkeit.

Vor dem Hintergrund des Berichts über die relativ harmlosen Symptome haben Analysten der US-Bank JP Morgan inzwischen die Frage aufgeworfen, ob das Auftauchen der Omikron-Variante nicht sogar das Ende der Pandemie einläutet. Tatsächlich liefern die bisherigen Berichte zu Omikron-Infektionen wenig Potenzial für neuerliche Horrorprognosen.

Ausfall von Arbeitskräften befürchtet

Aufgrund der Erfahrungen aus Südafrika und inzwischen auch aus Großbritannien besteht allerdings für hiesige Politiker ein dringender Handlungsbedarf bei den Quarantäne-Regelungen. Weil Omikron sehr ansteckend ist, besteht die Gefahr, dass die Beibehaltung der bisherigen Quarantäneregeln dazu führt, dass möglicherweise Millionen Arbeitnehmer bei allenfalls leichten Symptomen nicht mehr am Arbeitsplatz erscheinen dürfen.

Berlin und andere Bundesländer haben dagegen erst einmal andere Prioritä-

ten verfolgt. Noch kurz vor den Weihnachtsfeiertagen beschlossen in Berlin SPD, Grüne und Linke sowie die CDU auf Antrag des Senats im Abgeordnetenhaus erneut eine sogenannte epidemische Lage. Der Beschluss macht für den Senat den Weg frei, neue Beschränkungen bis hin zu Ausgangssperren zu verhängen.

Berlins neue Gesundheitsministerin Ulrike Gote (Grüne) sagte zur Begründung: „Omikron verändert fast alles, was wir über die Pandemie bisher gehört haben.“ Die Grünen-Politikerin sprach sogar davon, dass die Omikron-Variante des Coronavirus eine bisher nicht da gewesene Bedrohung darstelle, die neue Beschränkungen nötig mache. Laut Gote sei die Omikron-Ansteckungsrate so gravierend, dass es nicht wie bisher allein um die Sicherung der Gesundheitsversorgung gehe.

Woidke vermeidet Alarmismus

Schon einige Tage zuvor hatte auch der Landtag in Potsdam eine „epidemische Lage“ beschlossen. Im Kontrast zu den

Tönen aus Berlin vermied Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) allerdings offenbar ganz bewusst jeglichen Alarmismus. Woidke warnte angesichts der Omikron-Variante sogar vor einer übereilten Debatte über schärfere Corona-Regeln: „Wir dürfen die Menschen nicht überstrapazieren.“ Woidke wies zudem auf die Gefahr hin, dass neue Maßnahmenpakete im Wochenrhythmus zu Unverständnis in der Bevölkerung führen.

Tatsächlich wächst in Brandenburg mittlerweile eine Protestbewegung heran, die sich gegen die bisherigen Pandemiemaßnahmen der Politik richtet. Allein in der Zeit zwischen dem 14. und 20. Dezember registrierte die Polizei in Brandenburg mehr als 90 Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Zu denken geben muss der Landesregierung auch, dass die Demonstrationen nicht nur in der AfD-Hochburg Cottbus stattfanden, sondern zunehmend auch in vielen Kleinstädten in der Fläche des Landes.

BERLIN

Rot-Rot-Grün wollen ein Jahr Burgfrieden halten

Unterschiedliche Positionen beim Thema Enteignung könnten zum Bruch der Koalition führen

Noch kurz vor Weihnachten ist im Berliner Abgeordnetenhaus die frühere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) zur neuen Regierenden Bürgermeisterin gewählt worden. Zugleich nahm auch die Neuaufgabe des Regierungsbündnisses aus SPD, Grünen und Linkspartei die Arbeit auf.

Anlässlich der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags hatte die neue Verkehrsministerin Bettina Jarasch von den Grünen den Neustart des Dreierbündnisses angekündigt: „Heute beginnt RGR Staffel 2.“ Die Opposition bescheinigt der neuen rot-grün-roten Landesregierung einen „überaus wackeligen Koalitionsfrieden“. Der Berliner FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja will mit Blick auf den Volksentscheid zu Enteignungen von Wohnungskonzernen bei Rot-Grün-Rot sogar eine „Sollbruchstelle“ festgestellt haben.

Am 26. September hatten sich fast 60 Prozent der Berliner Wähler bei einer Abstimmung für die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ausgesprochen. Die Frage, wie mit diesem Abstimmungsergebnis umgegangen wird, schwebt auch nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen als ungelöster Konflikt über dem Dreierbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei weiter.

SPD setzt auf Wohnungsneubau

Giffey hatte im Wahlkampf klar gegen Enteignungen von Wohnungsunternehmen Position bezogen. Stattdessen setzt die SPD auf ein Bündnis mit privaten Wohnungsbauunternehmen, das zu mehr Neubau von Wohnungen führen soll. Die Linkspartei hat im Wahlkampf dagegen offensiv für die Enteignungsinitiative getrommelt. Teile des Linke-Landesvor-

stands sind zudem eng mit der Initiative verwoben.

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Linke diesen Konflikt nicht gelöst, sondern eine Entscheidung vertagt. Vereinbart haben die drei Koalitionsparteien, zunächst eine Expertenkommission einzusetzen. Diese soll innerhalb eines Jahres Möglichkeiten zur Umsetzung des Volksentscheids prüfen. Anfang des Jahres 2023 soll die Expertenkommission schließlich für den Senat eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen erarbeiten. Sollte diese lauten, dass die Enteignung von Wohnungsunternehmen rechtlich nicht zulässig ist, besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Linkspartei die Koalition nach nur einem Jahr platzen lässt. Schon die Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag hat ein beträchtliches Widerstandspotential gegen ein Bündnis mit SPD und Grünen zutage gefördert.

Auch Parteichefin Katina Schubert hatte für den Koalitionsvertrag mit dem Argument geworben, die Linke könnte notfalls wieder aus dem Dreierbündnis aussteigen, „wenn uns die Partner versuchen, über den Leisten zu ziehen“.

Auch die personelle Zusammensetzung des neuen Berliner Senats kann als kritisches Signal gesehen werden. Von den zehn Senatsmitgliedern aus der vergangenen rot-rot-grünen Landesregierung sind im neuen Senat nur noch zwei mit von der Partei. Wohlwollende Beobachter können die vielen neuen Gesichter auf der Regierungsbank optimistisch als ein Zeichen für einen Neuanfang interpretieren. Allerdings können sich auch Skeptiker im Verdacht bestätigt fühlen, dass die Probleme der Millionenstadt so groß sind, dass ein Großteil der bisherigen Senatsmitglieder lieber das Weite sucht. Hermann Müller

KOLUMNE

Giffey's Wortbruch

VON THEO MAASS

Im Frühjahr 2021 – vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus – warb die SPD mit dem Bau der schon in den 20er Jahren geplanten Linie 10 der Berliner U-Bahn.

Zuvor hatte die SPD, der Straßenbahnideologie der grünen Verkehrsministerin folgend, die Linie 10 als „verspinnerte Vision“ titulierte. Die Linie 10 soll die Verbindungen vom Osten der Stadt in den Westen verbessern. Der Ortsteil Weißensee (im Nordosten) ist gar nicht an das U-Bahn-Netz angeschlossen, Steglitz-Zehlendorf im Südwesten ist gleichfalls unterversorgt. Zahlreiche Bauvorleistungen für diese Linie wurden – teilweise schon in den 30er Jahren – erbracht. Grüne und Kommunisten waren strikt dagegen.

Berliner, die der SPD die Stimmen gegeben haben, hoffen darauf, dass die Linie 10 endlich kommt. Aber damit ist es nichts. Die neue Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey hat zwar den Bau von einigen U-Bahn-Kilometern angekündigt. Aber es handelt sich lediglich um die Verlängerung schon bestehender Strecken.

Ein Startschuss für die Linie 10 würde eine Eigendynamik entwickeln. Selbst einige gebaute Kilometer würden weitere Verlängerungen zwangsläufig nach sich ziehen. Offenbar will Giffey genau das vermeiden. Sie glaubt, zur Erfüllung ihrer Wahlversprechen reichen einige „Machbarkeitsstudien“. Dass in dieser Legislaturperiode wenigstens eine der angekündigten Verlängerungen in Angriff genommen wird, darf bezweifelt werden. Vielleicht wird überhaupt nichts gebaut.

Versprechungen in Sachen Berliner U-Bahn sind dann 2026 wieder zu erwarten, wenn die nächsten Wahlen anstehen. Dabei hält Berlin einen Vergleich mit dem U-Bahn-Netz von Paris oder London nicht einmal ansatzweise aus.

MELDUNG

Schlusslicht ist der rbb

Berlin/Potsdam – Bei einem Vergleich der Marktanteile der Dritten Programme im ARD-Verbund ist der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) auf dem letzten Platz gelandet. Mit Stand vom 20. Dezember 2021 erreichte der rbb lediglich einen Marktanteil von 6,3 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte noch das dritte Programm des Hessischen Rundfunks hinter dem rbb gelegen. Als Sieger ging aus dem Vergleich für das Jahr 2021 der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) mit einem Marktanteil von 10,3 Prozent in seinem Sendegebiet hervor. Nimmt man die bundesweite Reichweite als Maßstab, dann lag im vergangenen Jahr der NDR auf Platz eins der Dritten Programme. Zum ersten Mal in der Geschichte der ARD hat zum Jahresbeginn der Rundfunk Berlin-Brandenburg die Geschäftsführung in dem öffentlich-rechtlichen Medienverbund übernommen. Neue ARD-Vorsitzende ist damit bis zum Jahresende die rbb-Intendantin Patricia Schlesinger. N.H.

● MELDUNGEN

Geschäfte mit Abtrünnigen

Kiew – Dem ehemaligen Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko, der während des Majdan-Umsturzes als Hoffnungsträger des Landes galt, droht ein Prozess wegen Hochverrats. Ihm wird vorgeworfen, durch den Einkauf von Kohle in Höhe von umgerechnet 50 Millionen Euro aus dem von den Separatisten kontrollierten Gebieten im Osten deren „terroristische Aktivitäten“ finanziert zu haben. Die staatlichen Ermittler sehen darin eine Zusammenarbeit mit den Separatisten. Poroschenko hatte den Handel mit den prussischen Separatistengebieten, in denen sich die Kohleminen befinden, erst 2017 eingestellt. Das neue Verfahren ist eines von vielen. Seit seiner Abwahl 2019 wurden knapp zwei Dutzend Verfahren gegen ihn eingeleitet, unter anderem wegen Amtsmissbrauchs, Korruption, Steuerhinterziehung und Hochverrats. Bislang verliefen alle Verfahren ergebnislos. Sollte es dieses Mal zu einer Verurteilung kommen, drohen ihm bis zu 15 Jahren Haft. **MRK**

Lockerungen in Südafrika

Kapstadt/ Pretoria – Nachdem immer mehr Corona-Infektionen auf die neue Omikron-Variante zurückzuführen sind, hat Südafrikas Regierung Lockerungen bei den Pandemiemaßnahmen beschlossen. Nach der neuen Regelung müssen sich Kontaktpersonen von positiv auf das Coronavirus Getesteten künftig nicht mehr in Quarantäne begeben. Stattdessen fordert die Regierung solche Kontaktpersonen auf, sich testen zu lassen, wenn sie bei sich die Entwicklung von Symptomen bemerken. Zudem gibt Südafrika auch die Rückverfolgung von Kontaktpersonen auf. Die Omikron-Variante des Coronavirus gilt als ansteckender denn die bisherige Delta-Variante, doch schätzen südafrikanische Mediziner die Gefahr schwerer Krankheitsverläufe als wesentlich niedriger ein. Auf der Basis von Antikörpertests gehen Forscher der Universität Kapstadt davon aus, dass mittlerweile zwischen 60 und 80 Prozent der Bevölkerung bereits mindestens einmal an Corona erkrankt gewesen sind. **N.H.**

Litauen erhöht Prämie

Wilna – Eine irakische Regierungsdelegation hat im Dezember Litauen besucht und Vereinbarungen getroffen, welche die Lage jener Iraker verbessern soll, die illegal aus Weißrussland nach Litauen eingedrungen sind. Wie das irakische Ministerium für Migranten und Vertriebene mitteilte, wurde mit den litauischen Behörden vereinbart, dass die irakischen Bürger aus Aufnahmelagern in Grenznähe in Studentenwohnheime in Wilna umgesiedelt werden. Nach Angaben des irakischen Delegationschefs wurde zudem vereinbart, die Prämie für diejenigen Iraker, die freiwillig von Litauen in ihr Heimatland zurückkehren, von 300 auf 1000 Euro pro Person zu erhöhen. Die irakische Fluggesellschaft Iraqi Airways hat bereits vom weißrussischen Flughafen Minsk mehrere Rückführungsflüge nach dem Irak durchgeführt. **N.H.**

TSCHECHIEN

Fiala entscheidet Machtkampf für sich

Befürworter eines Sudetendeutschen Heimattags wurde tschechischer Außenminister

VON BODO BOST

Der tschechische Präsident Miloš Zeman wollte Jan Lipavský als Außenminister verhindern, weil der den Sudetendeutschen das Recht zur Abhaltung ihres Heimattages in ihrem Heimatland einräumen wollte. Erst nach Drohung des neuen Regierungschefs Petr Fiala mit dem Verfassungsgericht gab Zeman klein bei.

In der Tschechischen Republik war kurz vor dem am 17. Dezember erfolgten Regierungswechsel ein Machtkampf zwischen dem bereits am 28. November ernannten Ministerpräsidenten Fiala und

Staatspräsident Zeman entbrannt. Zunächst wollte der Präsident den von der neuen konservativ-liberalen Fünf-Parteien-Regierungskoalition vorgeschlagenen Außenminister Jan Lipavský von der Piratenpartei nicht ernennen. Fiala machte daraufhin deutlich, dass er nur eine Ernennung des neuen Kabinetts als Ganzes akzeptieren werde. Zeman musste schließlich einlenken.

Sowjetische Denkmäler abbauen

Die Präsidialkanzlei nannte mehrere Gründe, aus denen Zeman den 36 Jahre alten Lipavský nicht zum tschechischen Außenminister ernennen wollte. Dieser sei mit einer angeblich schlecht benote-

ten Bachelorarbeit in Regionalstudien nicht genug qualifiziert. Dabei besagt die Verfassung nicht, dass ein Minister einen wie auch immer gearteten Hochschulabschluss haben müsse. Zweitens sei Lipavský in Bezug auf die politische Zusammenarbeit innerhalb der Visegrád-Staaten-Gruppe, der Tschechien angehört, zu zurückhaltend und distanziert. Vor allem aber missfiel Zeman die Äußerung Lipavskýs im Jahre 2019, dass er sich einen Sudetendeutschen Tag, der an Pfingsten normalerweise in Bayern stattfindet, auch auf tschechischem Boden vorstellen könne, was Zeman offenbar nicht gutheißt.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, werte-

te diese Einstellung Zemans als „absurd“. Wer in einer innenpolitischen Auseinandersetzung das „Gespenst vom bösen Sudetendeutschen herausholt“ zeige, dass er den tschechisch-sudetendeutschen Aussöhnungsprozess der letzten Jahre offenbar verschlafen habe und nicht im Europa des 21. Jahrhunderts angekommen sei, heißt es in einer Pressemitteilung, welche die Sudetendeutsche Landsmannschaft veröffentlicht hat.

Feindbild Sudetendeutsche

Zeman bewies mit seinem Einsatz der „sudetendeutschen Karte“, dass das Feindbild „Sudetendeutsche“ in einem bestimmten Teil der tschechischen Bevölkerung, sowohl am rechten als auch am linken Rand des politischen Spektrums, immer noch zieht. Denn Zeman wurde sowohl von der oft als populistisch beschriebenen Partei ANO des Oligarchen Andrej Babiš unterstützt als auch von den gewendeten Altkommunisten. Beide hatten Babiš 2017 zum Ministerpräsidenten gewählt, aber die letzten Wahlen hatte er verloren.

Verschiedene Kommentatoren äußerten den Verdacht, dass die vom Präsidenten genannten Gründe zur Verhinderung von Lipavský nur vorgeschoben sind. Denn Lipavský hatte sich als Piraten-Abgeordneter auch einen Namen als Unterstützer Taiwans und als Befürworter des Abbaus sowjetischer Denkmäler in der Tschechischen Republik gemacht. Das kam in China und Russland nicht gut an. Präsident Zeman und seinem Umfeld wird dagegen ein guter Draht nach Moskau und Peking nachgesagt.

Schluss mit alten Seilschaften

Die neue tschechische Regierung unter dem Hochschulprofessor Fiala möchte endlich Schluss machen mit den altkommunistischen und oligarchischen Seilschaften in Wirtschaft und Verwaltung und das Land wieder zur EU hinführen. Dazu gehört auch eine Aussöhnung mit den Sudetendeutschen. Zeman stellt auf diesem Weg ein Hindernis dar.



Gilt als volksnah: Der neue tschechische Ministerpräsident Petr Fiala (rechts)

Foto: Mauritius

FRANKREICH

Radikale Moslems attackieren Marienwallfahrt

In Nanterre mussten Teilnehmer einer Prozession wüste Beschimpfungen über sich ergehen lassen

Am 8. Dezember wurde in Nanterre bei Paris eine Prozession zu Ehren der Jungfrau Maria, die von einer Pfarrei organisiert worden war, von radikalen Moslems ins Visier genommen. Nach verbalen Attacken, Beleidigungen und Drohungen zogen sich die Dschihadisten zurück.

Am kirchlichen Hochfest Marias unbefleckte Empfängnis zogen etwa 30 zumeist ältere Gemeindeglieder aus dem Ort Fontenelle bei Paris mit einer Marienstatue und Fackeln unter Gesang von Kirchenliedern wie jedes Jahr an diesem Festtag zu einem einen Kilometer entfernten marianischen Wallfahrtsort. Die kleine Prozession war bei der Präfektur angemeldet, es war eine Marienprozession, wie sie in Frankreich seit jeher üblich ist.

Als die Prozessionsteilnehmer nach 100 Metern zum ersten Mal stehen blieben, wurden sie von Passanten beschimpft: Ein Dutzend junger Männer umringte sie und kicherte. Die Beschimpfungen wurden immer heftiger, sie riefen „Hurensöhne“, „Ihr seid Kuffas“ (Ungläubige), „Verpisst euch, ihr seid nicht zu Hause“. Dann griffen sie den Priester an, der die Prozession

anführte. Er wurde bespuckt und mit kaltem Wasser beschüttet. Die Gruppe rief: „Wallah beim Koran, ich werde dir die Kehle durchschneiden.“ Der Priester versuchte zu erklären, dass es sich um eine der Jungfrau Maria gewidmete Prozession handele und dass Maria auch für Muslime eine Prophetenmutter sei und keine Hure. Ohne Erfolg. „Hier ist das Land Allahs, verpisst euch“, riefen die des Korans offenbar unkundigen Moslems weiter. Weitere Worte wurden auf Arabisch geschrien, während mehrere Gemeindeglieder heftig ange-

remgelt wurden. Ein Diakon beschrieb der Polizei, wie die Gläubigen übelst beleidigt, beschimpft und bedroht wurden. „Dann schütteten sie Wasser auf uns und rissen einem Wallfahrer die Fackel weg, die sie dann in unsere Richtung warfen.“

Unerklärlicher Hass

Niemand wurde verletzt, aber die Gemeindeglieder waren schockiert über diese unerklärliche Gewalt gegen eine einfache Prozession. „Der Hass in den Augen der Angreifer war da, ohne dass man ihn erklären konnte“, sagten einige Teilnehmer. Die Gemeindeglieder nahmen ihre Prozession wieder auf, wurden jedoch „fast während der gesamten Prozession verfolgt und beschimpft. Die alarmierte Polizei erwartete die radikalen Moslems bei ihrer Ankunft an der Kirche. Die Präfektur des Départements Hauts-de-Seine „verurteilte die Beleidigungen, Drohungen und Einschüchterungen“, die während der religiösen Versammlung ausgesprochen wurden, scharf und drückte ihre Solidarität mit den Katholiken von Nanterre aus.

Der Angriff löste bei mehreren Politikern Empörung aus, allen voran bei Innenminister Gérald Darmanin. Er sicherte den Katholiken in Frankreich seine Unterstützung zu. „Die Religionsfreiheit muss in unserem Land in aller Ruhe ausgeübt werden können“, betonte er. Marine Le Pen äußerte ihr Bedauern über „Islamisten, die glauben, dass sie sich alles erlauben können“. „Diejenigen, die Todesdrohungen gegen Gläubige aussprechen, müssen exemplarisch verurteilt und ausgewiesen werden, wenn ihr Status dies zulässt“, sagte die Präsidentschaftskandidatin.

In Frankreich, wo 2016 ein Priester vor seinem Altar unter „Allahu Akhbar“-Rufen ermordet wurde, hat es in diesem Jahr bereits 200 Hassverbrechen gegen Christen und christliche Einrichtungen gegeben. Dazu gehörten Überfälle, Verwüstungen, Einbrüche in Kirchen und Brandstiftungen – die weitaus meisten wurden von radikalen Moslems verübt. Es ist absehbar, dass der Tag kommen wird, an dem christliche Prozessionen im ersten christlichen Land Europas nicht mehr ohne Polizeischutz stattfinden können. **Bob**

Störer der Prozession riefen „Hurensöhne“, „Ihr seid Kuffars“ und „Verpisst euch, ihr seid nicht zu Hause“

VON NORMAN HANERT

Bereits vergangenen Monat hatte der Chef des Amsterdamer Rohstoffhandelsunternehmens Trafigura, Jeremy Weir, gewarnt, dass sich die Verbraucher in Europa aufgrund der Liefersituation bei Erdgas im Falle eines strengen Winters auf Stromausfälle einstellen müssten. Obwohl sich inzwischen die Lage auf dem Strommarkt und auch bei der Gasversorgung Europas sogar noch zugespitzt hat, sieht die neue Bundesregierung offenbar noch immer keinen Handlungsbedarf.

Wie angespannt die Lage auf den Energiemärkten ist, bekommen derzeit schon Verbraucher zu spüren, die sich nach einem neuen Stromversorger umsehen. Eine ganze Reihe von Energiefirmen teilt potentiellen Neukunden mit, dass sie ihnen temporär keine Angebote machen könnten. Fast wortgleich heißt es bei diesen Stromlieferanten: „Aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf dem Energiemarkt überarbeiten wir gerade unsere derzeitigen Tarife und Angebote.“

Bei einige lokalen Grundversorgern müssen sich die Verbraucher bei Neuverträgen auf gepfefferte Strompreise im Bereich von 50 bis über 70 Cent einstellen. Zum Vergleich. Im ersten Halbjahr zahlten deutsche Stromkunden im Durchschnitt 32,62 Cent für die Kilowattstunde.

Billiganbieter vom Markt gefegt

Die explodierenden Preise für Gas und Strom haben inzwischen die ersten Billiganbieter vom Markt gefegt. Diesen Monat stellten Billigdiscounter wie Grünwelt, Gas.de, Neckermann Strom oder Stromio ihre Lieferungen ein oder meldeten Insolvenz an, weil sie sich außerstande sahen, ihre Kunden weiterhin zu den vertraglich vereinbarten Preisen zu beliefern. Neckermann Strom wies in einer Mitteilung darauf hin, dass die Preise im Stromgroßhandel gestiegen sind „wie noch nie“: „Der Durchschnittspreis lag dieses Jahr fast viermal so hoch wie im Vorjahr.“ Als Gründe nannte das Unternehmen die „rasche Erholung der Wirtschaft“, „den rasanten Anstieg der Elektromobilität bis zu einer deutlich geringeren Produktion der Windkraftanlagen“. Das Unternehmen weiter: „Auch die Problematiken um Nord Stream 2, führten zu explodierenden Gaspreisen. Gas wird nicht nur zum Heizen, sondern auch zur Stromerzeugung genutzt.“

US-Flüssiggas ist keine Lösung

Obwohl einige Leitmedien berichteten, eine Tankerflotte mit US-amerikanischem Flüssiggas sei bereits auf dem Weg nach Europa, ist eine Entspannung auf



Geht immer mehr ins Geld. Der Verbrauch von Gas

Foto: imago/Roland Mühlanger

CORONA-HILFEN

Europa droht in diesem Winter eine Energiekrise

Anstieg der Elektromobilität – Geringere Produktion von Windkraftanlagen – Verzicht auf Nord Stream 2 – Abschaltung von AKW und Kohlekraftwerken

dem Energiemarkt vorerst nicht in Sicht. Nach Recherchen des Wirtschaftsdienstes Bloomberg haben von 76 Tankern, welche die US-Küsten mit Flüssiggas verlassen haben, derzeit zehn Schiffe Europa zum Ziel. Deren Ladung soll nach Berechnungen von Bloomberg 1,6 Millionen Kubikmeter Gas entsprechen. Zum Vergleich: Der Erdgasverbrauch aller EU-Länder lag im Jahr 2020 bei rund 380 Milliarden Kubikmeter. Die „Tankerflotte“ kann vor diesem Hintergrund die Gasversorgung des Kontinents zur Winterzeit allenfalls für einige Minuten sichern.

Energiewende in Deutschland

Der Umstand, dass Flüssiggas aus den USA überhaupt nach Europa verschifft wird, ist jedoch ein wichtiges Signal, und zwar nicht für die Versorgungssicherheit, sondern für das extreme hohe Preisniveau, das inzwischen auf dem europäischen Energiemarkt erreicht ist.

Tatsächlich entspannen könnte die angespannte Versorgungslage die neue Bundesregierung. Die Ampelkoalition hält allerdings an dem Fahrplan zur Stilllegung von Kraftwerken fest. Zum Jahreswechsel gehen nicht nur die drei Kernkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf vom Netz, sondern auch noch zehn Kohlekraftwerke. Insgesamt stehen damit ab Jahresbeginn 8900 Megawatt an grundlastfähiger Kraftwerksleistung nicht mehr zur Verfügung.

Wartungsarbeiten in Frankreich

Obendrein kann sich Deutschland in diesem Winter nicht darauf verlassen, dass Strom aus Frankreich zur Verfügung stehen wird, um die deutsche Versorgung zu sichern. Zurzeit stehen gleich vier französische Kernkraftwerke wegen Wartungsarbeiten teilweise bis in den März und den April hinein still. Insgesamt fehlen damit in diesem Winter weitere 6000 Megawatt

Kraftwerksleistung im europäischen Stromnetz.

Koalitionsstreit bei der „Ampel“

Im Fall der fertiggestellten Gasleitung Nord Stream 2 liefert sich die neue Bundesregierung kurz nach ihrem Start einen handfesten internen Streit. Aus Sicht von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) handelt es sich bei der Ostseeleitung mit einer Kapazität von 110 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr um ein privatwirtschaftliches Vorhaben. Die Erteilung einer Betriebserlaubnis für die Leitung will Scholz der zuständigen Genehmigungsbehörde überlassen. Dagegen beharrt Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) auf ihrer Ansicht, dass ein Betrieb der Ostsee-Pipeline derzeit nicht genehmigt werden könne, weil Vorgaben des europäischen Energierechts nicht erfüllt seien und „die Sicherheitsfragen ohnehin noch im Raum stehen“.

TÜRKEI

Erdoğan will China nacheifern

Angeblich sind die Voraussetzungen in seinem Land noch vorteilhafter als in der Volksrepublik

Während die Türkei eine Zeit wirtschaftlicher Turbulenzen wie nie zuvor durchlebt, die durch die ständigen Eingriffe des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in die Wirtschaftspolitik herrühren, hält dieser seinen Kurs aufrecht, koste es, was es wolle, um ein klares Ziel zu erreichen: chinesische Zustände. Der Präsident, der diese Woche seinen Finanzminister entließ, den er erst vor einem Jahr ernannt hatte, hält an einer Politik der billigen Kredite fest, die das Wachstum ankurbelt, aber die Währung abtörnen lässt und die Inflation in die Höhe treibt. Das türkische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs in diesem Jahr wie das chinesische um bis zu neun Prozent. Aber die Türkei steht kurz vor der Pleite, während China das nicht tut, weil dort im Gegensatz zur Türkei noch etwas wirtschaftliche Vernunft herrscht.

Wie die türkische Tageszeitung „Hurriyet“ berichtete, hat Erdoğan seinen Fahrplan vor den Führungskräften seiner Partei, der AKP, ausführlich erläutert und sich dabei ausdrücklich auf das chinesische Modell bezogen: „Wir sind in eine neue Ära eingetreten, um den Druck der Zinssätze loszuwerden und ein produktionsbasiertes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Wir werden ausländische Investoren anziehen. So ist die chinesische Wirtschaft gewachsen, indem sie sich auf ihre junge Bevölkerung und ihre Industrie gestützt hat.“

Keine Solidarität mit den Uiguren

So deutlich auf das chinesische Modell berufen hatte sich Erdoğan in der Vergangenheit nie. Diese Neuerung ist umso erstaunlicher, als sich der türkische Präsident als Führer aller unterdrückten Muslime welt-

weit versteht und China gerade die muslimischen Uiguren millionenfach unterdrückt.

„Mehr Vorteile als China“

Laut Erdoğan hat sein Land sogar noch „mehr Vorteile als China“, da es näher an den zahlungskraftigen Märkten Europas liege und eine viel jüngere Bevölkerung als die überalterte Volksrepublik habe. Erdoğan gibt zwar zu, dass die Zeiten für seine türkischen Landsleute schwierig sind, stellt ihnen aber in Aussicht, „die Früchte dieses neuen Modells in sechs Monaten zu ernten“.

In gut zwölf Monaten, Anfang 2023, muss sich Erdoğan den nächsten Wahlen stellen. Seine Popularität hat infolge des Währungsverfalls, der viele Türken verarmen lässt, enorm gelitten. Millionen Men-

schen werden um ihre Ersparnisse gebracht, den Banken droht die Pleite. Aber der Präsident hält an seiner kruden Inflationstheorie fest. Die Zentralbank befolgt die Anweisungen Erdoğan, der eine eigene Inflationstheorie erfunden hat. Obwohl der Lira-Verfall faktisch außer Kontrolle geraten ist, zeigt sich Erdoğan uneinsichtig. An einen Wahlsieg mit legalen Mitteln scheint selbst er schon nicht mehr zu glauben.

Selbst offiziell beträgt die Inflation bereits über 21 Prozent. Die Opposition und einige Wirtschaftswissenschaftler zweifeln jedoch selbst diesen hohen Wert an. Angeblich liegt die wirkliche Inflation noch höher. Dabei hätte die Türkei allein schon nach den offiziellen Zahlen eine der höchsten unter den Industrieländern.

Franz Bacchus

● MELDUNGEN

Cyberangriff simuliert

Jerusalem – Laut der Nachrichtenagentur Reuters simulierten Finanzfachleute aus Israel, den USA, Großbritannien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Österreich, der Schweiz, der Bundesrepublik, Italien, den Niederlanden und Thailand sowie Vertreter des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Anfang Dezember eine zehn Tage währende Attacke auf das globale Finanzsystem. Die Übung mit dem Codenamen „Collective Strength“ basierte auf dem Szenario, dass gefälschte Daten und Nachrichtenmeldungen die Runde machen und für heftige Turbulenzen auf den Geldmärkten sorgen, die wiederum einen allgemeinen Ansturm auf die Banken auslösen. Anlass des Ganzen waren die vielen Cyberangriffe auf große Unternehmen und staatliche Institutionen während der letzten Monate. Vor diesem Hintergrund erscheinen Sabotageaktionen gegen den Finanzsektor immer wahrscheinlicher. W.K.

Geldstrafe für Amazon

Rom – Die italienische Wettbewerbsbehörde Autorità garante della concorrenza e del mercato (AGCM) hat eine Strafe von rund 1,129 Milliarden Euro gegen den US-amerikanischen Online-Versandhändler Amazon verhängt. Grund hierfür ist der Schaden, der anderen Logistikdienstleistern und externen Verkäufern auf der Amazon-Plattform entstanden sein soll, weil das Unternehmen sie durch allerlei Tricks dazu brachte, ihre Lieferungen komplett über Amazon abzuwickeln. Darin sieht die AGCM einen Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung des US-Konzerns. Um diesen künftig zu verhindern, will die Behörde Amazon Verhaltensmaßregeln vorgeben und deren strikte Befolgung von Treuhändern überwachen lassen. Das Unternehmen selbst hält die Strafe sowie die Auflagen der italienischen Wettbewerbsbehörden für ebenso ungerechtfertigt wie unverhältnismäßig und kündigte Widerspruch gegen das milliardenschwere Bußgeld an. W.K.

Stopp für Wasserstoffzug

Erfurt – Das Thüringer Infrastrukturministerium hat ein Pilotprojekt für den Betrieb von Wasserstoffzügen im Schwarzatal im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gestoppt. Ursprünglich sollten ab 2023 auf der 25 Kilometer langen Strecke zwischen Rottenbach und Katzhütte Züge fahren, die mit Wasserstoff betrieben werden. Das Thüringer Ministerium hatte für das Projekt 55 Millionen Euro veranschlagt. Der einzige Bewerber, die Deutsche-Bahn-Tochter Thüringer Bergbahn, war bei seiner Kalkulation allerdings bei Kosten von 90 Millionen Euro angelangt. Als weiteren Grund für den Abbruch des Vergabeverfahrens wurden Lieferprobleme bei den Wasserstoffzügen der Anbieter Alstom und Siemens genannt. Nach Angaben des Ministeriums soll ein externes Gutachterbüro in den nächsten zwei Jahren prüfen, wie sich der Betrieb von Wasserstoffzügen im Schwarzatal realisieren lässt. N.H.

KOMMENTARE

Kalter Krieg ums Gas

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

„Russland benutzt Gaspreis als Druckmittel“, „Gazprom reduziert Lieferungen über die Jamal-Pipeline“ – die Liste der Vorwürfe, mit denen suggeriert werden soll, dass Moskau seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, sind lang. Stets wird in der hiesigen Presse der Eindruck erweckt, die Russen drehten an der Preisschraube, um die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu erzwingen.

Entgegnungen von Gazprom, dass das Erdgas entsprechend der Nachfrage und der geschlossenen Verträge in die EU geliefert werde, werden als Ablenkungsversuche abgewertet. Dabei hat Russland schon länger darauf hingewiesen, dass einige EU-Staaten ihre Gasspeicher ungenügend aufgefüllt hätten, weil sie auf fallende Preise spekuliert hätten und statt auf meist teurere langfristige Verträge auf den Spotmarkt gesetzt hätten. Dort können Gasmengen für den darauffolgenden Tag zu den aktuellen Tagespreisen gehandelt werden.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Moskau nie politisiert hat, wenn es um die Einhaltung seiner Verträge ging. Selbst Angela Merkel gab zu, dass die Russen selbst in den dunkelsten Stunden des Kalten Krieges ihre Lieferverträge eingehalten haben. Seit 1973 liefert Gazprom Erdgas in die Bundesrepublik. Von Beginn an lieferten deutsche Firmen die Rohre und waren am Aufbau von Vertriebsnetzen beteiligt. Bisherige politische Krisen wie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan oder der NATO-Doppelbeschluss hatten keinen Einfluss auf das Gasgeschäft. Erst seit der Krimkrise findet eine Moralisierung des Energiehandels statt. Dabei ging die Politisierung immer vom Westen aus.

Gasgeschäft war immer Konstante

Dass die Bundesrepublik mit dem Klassenfeind Handel betrieb, war den USA von Beginn an ein Dorn im Auge. So verhinderten die USA in den 1950er Jahren den ersten Gashandel, der dann erst 1973 im Zuge der Entspannungspolitik zustande kam. Seit dieser Zeit hat sich die Zusammenarbeit zwischen Gazprom und deutschen Firmen wie der Ruhrgas AG, Wintershall oder Siemens positiv entwickelt.

Die Blockade von Nord Stream 2 ging maßgeblich von den USA aus. Erinnert sei an die Sanktionsandrohungen von

2019 gegen am Bau beteiligte europäische Firmen. Um die Fertigstellung zu verhindern und die Inbetriebnahme hinauszuzögern, werden die Feindbilder des Kalten Kriegs heraufbeschworen.

Es ist hinreichend bekannt, dass der amtierende US-Präsident Joe Biden nach dem Umsturz in der Ukraine als damaliger Vizepräsident maßgeblich Einfluss auf die Regierung der Ukraine genommen hat. Seit 2014 dient das Land als Schauplatz des Kräftemessens und als militärische Drohkulisse zwischen West und Ost. Russland begründet seine militärische Aufrüstung mit der Bedrohung durch NATO-Kräfte in der Ukraine und verlangt Sicherheitsgarantien, die USA und die EU unterstellen Russland, dass es einen Einmarsch in die einstige Sowjetrepublik plant.

Ukraine-Transit als Druckmittel

Da die Ukraine jahrzehntlang ein wichtiges Transitland für russisches Gas nach Westeuropa war und es seit dem Zerfall der Sowjetunion in den 1990er Jahren immer wieder Konflikte wegen der Nutzung der Pipelines gab, hat Russland Leitungen unter Umgehung der Ukraine gebaut wie die aktuell in den Schlagzeilen stehende Jamal-Röhre, die über Weißrussland und Polen nach Frankfurt an der Oder führt, oder die Ostseeleitung Nord Stream 1.

Als Druckmittel des Westens gegenüber Russland werden diese erst seit der Annäherung der Ukraine an den Westen benutzt. Plötzlich steht nicht mehr das gegenseitige wirtschaftliche Interesse im Vordergrund, sondern es hängt vom Wohlverhalten Russlands nach westlichen Richtlinien ab, ob Nord Stream 2 in Betrieb gehen darf.

Wen wundert es, wenn Russland in dieser Situation nur seine Verpflichtungen aus langfristigen Verträgen bedient und ansonsten auf stur schaltet? Mag auch das Kalkül dahinterstecken, zusätzliche Lieferungen nur unter der Bedingung möglich zu machen, dass Berlin und Brüssel die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 beschleunigen, so wird eine Blockade der Pipeline nicht, wie von den USA erhofft, Russland wirtschaftlich in die Knie zwingen. Abnehmer für sein Erdgas findet Moskau längst in China und den aufstrebenden Ländern Asiens, während die Diversifizierung des Energiemarkts in der EU noch in den Kinderschuhen steckt.



Auf dem Rückzug aus Timbuktu: Frankreichs Militär

Foto: ddp images

LEITARTIKEL

Platzhalter für Frankreich

BODO BOST

Nach Kidal und Tessalit haben 425 französische Soldaten am 14. Dezember auch ihren Stützpunkt in der Stadt Timbuktu verlassen, um sich nach Gao, ihrem letzten Stützpunkt in Mali, zurückzuziehen. Der Abzug aus dem Norden des Landes war im Juni von Emmanuel Macron im Rahmen der „tiefgreifenden Transformation“ der französischen Militärpräsenz in der Sahelzone angekündigt worden.

Der Generalstab der französischen Streitkräfte hat klargestellt, dass sich der Kampf gegen den islamischen Terrorismus auf die südliche Sahelzone konzentrieren müsse. Mali sei nicht mehr das Haupteinsatzgebiet und es sei die Bedrohung durch die Ausbreitung des Dschihadismus in Richtung Golf von Guinea, der in erster Linie entgegengewirkt werden müsse. Die rund 425 französischen Elitesoldaten der Opération Barkhane sollen den Dschihadisten nach Süden folgen.

Der lokale Al-Kaida-Ableger GSIM will zum Golf von Guinea vordringen, und die französischen Streitkräfte wollen ihm zu-

vorkommen. Die Gefahr ist in Niger, Burkina Faso und im Norden der Elfenbeinküste bereits konkret. Vor Kurzem explodierten dort improvisierte Sprengsätze. Auch in Benin gibt es erste Anzeichen eines islamischen Angriffs. Am 2. Dezember wurden dort zwei Soldaten getötet.

Die Grande Nation zieht sich aus Malis Norden zurück, aber der Michel bleibt

In Afrika selbst sieht man die französischen Truppenverlegungen anders als in Frankreich. Die Bevölkerung begegnet der ehemaligen Kolonialmacht mit Skepsis. Vor Kurzem wurden französische Truppentransporte in Mali und Burkina Faso von aufgebrachten Menschen sogar mit Gewalt gestoppt. Die Bevölkerung sieht die Franzosen nicht als Beschützer, son-

dern als Besatzer. Die neue Regierung in Mali hat längst ihre Fühler nach Russland ausgestreckt und baut auf die Ankunft russischer Truppen und Söldner.

Frankreich hat vor allem wirtschaftliche Interessen im Niger. Dort lagern die weltweit größten Uranvorkommen, die Frankreich für den Betrieb seiner zahlreichen Kernkraftwerke nutzen will. Die Verfolgung dieser wirtschaftlichen Interessen will die Grande Nation, wie einst Otto von Bismarck in Ostafrika, als ein humanitäres Projekt verkaufen. Bei Bismarck war es damals der Kampf gegen den Sklavenhandel des Sultanats Oman, bei Frankreich ist es heute der Kampf gegen den islamischen Terror.

Die 1000 Bundeswehresoldaten in Mali kamen einst zum großen Teil mit einem UN-Mandat zur Unterstützung der französischen Opération Barkhane ins Land. Einen Kampfauftrag hatten sie – anders als die Franzosen – nicht. Ein Dutzend Bundeswehrangehörige kamen im Juni 2021 im Norden Malis unter das Feuer von Dschihadisten. Solche Vorfälle dürften sich ohne den Schutz der Franzosen bald häufen.

PORTRÄT

Auf bildungspolitischer Mission

Wie hieß doch gleich die Ministerin für Bildung und Forschung im letzten Kabinett Merkel? Ach, richtig: Anja Karliczek. Selbst unter Berücksichtigung dessen, dass wegen Corona andere Ressorts im Fokus standen, stellten ihr dennoch viele ein schlechtes Zeugnis aus. Viel bewirkt hat die CDU-Politikerin in ihrer vierjährigen Amtszeit offenkundig nicht, denn ihren Namen bringt man mit keiner bildungspolitischen Großtat in Verbindung.

Es steht zu hoffen, dass sich das mit ihrer Nachfolgerin **Bettina Stark-Watzinger** ändert. Denn im Koalitionsvertrag finden sich viele bildungspolitische Punkte, welche die FDP-Frau aus dem mit Bundesministern überrepräsentierten Bundesland Hessen (siehe PAZ-Porträt vom 17. Dezember) bislang auch öffentlich vertreten hat. Digitalisierung der Schulen, BAföG-Reform, Chancengleichheit bei der Ausbildung sowie bessere Arbeitsbe-

dingungen für den Uni-Nachwuchs und Forschungsfinanzierung an den Hochschulen betrachtet sie als ihre Kernaufgaben als Ministerin.

Für diese Mission bringt die 53-jährige Volkswirtin aus Frankfurt am Main gute Voraussetzungen mit. Denn nach einer Managementtätigkeit in einer Frankfurter Privatbank und einer Anstellung bei der European Business School war sie Ge-

schaftsführerin eines Forschungsinstituts. Im Finanzwesen kennt sie sich ebenso gut aus wie im akademischen Bereich. Dass Stark-Watzinger, die seit 2017 ein Bundestagsmandat besitzt und seit 2020 hessische FDP-Landesvorsitzende ist, bis zu ihrem Wechsel in den Haushaltsausschuss Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages war, kommt ihr bei ihrer künftigen Arbeit als Ministerin entgegen. Denn es geht darum, Geld etwa für die fast schon breitgelatschte Digitalisierung der Schulen zu akquirieren, von denen viele in diesem Land so marode sind, dass sie Dritte-Welt-Charakter haben.

Wenn sie dazu die Kultusminister auf ihre Seite bringt, kann ihr Name später tatsächlich einmal in Erinnerung bleiben. Dafür muss sie nur den Spagat zwischen dem föderalen Prinzip, für den ihre Partei steht, und den zentralen Lenkungsorganisationen schaffen.

H. Tews



Bildungsministerin Stark-Watzinger

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der Erfinder Trojas

Vor 200 Jahren wurde der Archäologe und Millionär Heinrich Schliemann geboren – Seine Heimatorte ehren ihn mit Ausstellungen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Heinrich Schliemann ist der einzige Archäologe, der ebenso berühmt ist wie seine Ausgrabungen. Der Entdecker des „Schatzes des Priamos“ und der „Goldmaske des Agamemnon“ wurde am 6. Januar 1822 im mecklenburgischen Städtchen Neubukow geboren.

Der Pastorensohn brachte es als Großkaufmann zum Multimillionär, der kostspielige Ausgrabungen initiierte. Der rastlose und ungeduldige Schliemann starb am 26. Dezember 1890 an den Folgen einer nicht ausgeheilten Ohrenoperation in Neapel und wurde in Athen beigesetzt. Seine Heimatorte Neubukow und Ankershagen ehren ihn mit Dauerausstellungen, die zum 200. Geburtstag um Sonderausstellungen bereichert werden.

Mit Originalfunden aus Troja und Informationstafeln vermittelt Neubukows Gedenkstätte kompaktes Wissen über Schliemanns Leistungen. Seine in Fürstenberg begonnene kaufmännische Karriere setzte er dank der Beherrschung von Fremdsprachen im Ausland fort. Er erlernte autodidaktisch Russisch, Englisch, Altgriechisch und 17 weitere Sprachen bei. Mit seinen Handelsniederlassungen in St. Petersburg und Moskau sowie seiner im kalifornischen Sacramento betriebenen Bank für Goldgräber brachte es Schliemann zu enormem Reichtum.

Doch das Kaufmannsleben behagte ihm immer weniger. Wissenschaftliche Betätigung erkor er zur neuen Lebensaufgabe. An der Uni Rostock erlangte er 1869 die Doktorwürde und verlieh im selben Jahr auch seinem Privatleben eine neue Wendung: Er ließ sich von seiner russischen Ehefrau scheiden und heiratete in Athen Sophia Engastromenos, die 17 Jahre alt und wie er von Homer begeistert war.

Homer war der Leitstern von Schliemanns Leben. Er setzte seinen ganzen Ehrgeiz daran, das vom griechischen Dichter besungene Troja zu finden, in dem König Priamos herrschte und das die Griechen unter Führung Agamemnons zerstörten. In seiner Selbstbiographie be-



Im Schliemann-Museum von Ankershagen: Nachbildungen des Großen Diadems und anderer „Schätze des Priamos“ Foto: pa

hauptet Schliemann, sich das bereits in seiner Kindheit vorgenommen zu haben, die er von 1823 bis 1832 in Ankershagen verbrachte. Im damaligen Pfarrhaus ist heute das Heinrich-Schliemann-Museum untergebracht. Die ansprechend inszenierte ständige Ausstellung informiert mit Briefen, Originalfunden und Multi-Mediastationen über Leben und Ausgrabungen des Jubilars.

Im Vertrauen auf die Beschreibungen des antiken Reiseschriftstellers Pausanias, der 160 n. Chr. Mykene besuchte, wies Schliemann die 1876 von ihm dort entdeckten fünf Schachtgräber Agamemnon und weiteren griechischen Helden des von Homer beschriebenen Trojanischen Krieges zu. Der vermutlich im 8. und 7. Jahrhundert v. Chr. lebende Dichter griff mündliche Überlieferungen auf, die sich auf die Zeit um 1200 v. Chr. beziehen.

Das aber passt nicht zu den von Schliemann entdeckten Gräbern, da diese 400 Jahre älter sind. Ihre prächtigen Beigaben sind in Athens Archäologischem Nationalmuseum ausgestellt. Ankershagen zeigt Kopien der sogenannten „Goldmaske des Agamemnon“ und anderer Prunkstücke. Zwar irrte sich Schliemann mit der Datierung und Personalisierung der Gräber. Dennoch ist sicher, dass er die vor seinen Aktivitäten völlig unbekannt „mykenische Kultur“ entdeckt hat.

Drei neue Jubiläums-Ausstellungen

Troja ist der letzte Raum des Rundgangs gewidmet. Als sich Schliemann auf der Suche nach den Überresten der antiken Stadt in Kleinasien umsah, begegnete er 1868 Frank Calvert. Der Hobbyarchäologe überzeugte Schliemann, dass sich in dem in der Nähe der Dardanellen gelegenen

Schutthügel Hissarlik die Überreste des von Homer beschriebenen Troja befinden. Von 1870 bis 1890 rückte Schliemann in mehreren Grabungskampagnen dem 15 Meter hohen Schutthaufen zu Leibe. Er besteht aus den Überresten von Siedlungen, die im Laufe von 3500 Jahren aufeinander erbaut wurden. Unterschieden werden neun Hauptschichten. In Schicht II, die heute auf 2500 bis 2300 v. Chr. datiert wird, ermittelte Schliemann Brandspuren und verkündete, die im Trojanischen Krieg untergegangene Stadt entdeckt zu haben. Im Gegensatz zu Schliemann plädiert heute die Mehrheit der Wissenschaftler für Schicht VIIa (1250–1180 v. Chr.) als das homerische Troja.

In Schicht Troja II machte Schliemann 1873 einen Fund, dem er den aufsehenerregenden Namen „Schatz des Priamos“ gab. Er besteht aus Gefäßen, Waffen und

Goldschmuck. Beraten von seinem Freund, dem Arzt und Urgeschichtsforscher Rudolf Virchow, trennte sich Schliemann von seinem Schatzfund und vielen weiteren trojanischen Objekten. Der Königlich-Preußische Staatsanzeiger berichtete am 7. Februar 1881: „Der durch seine Entdeckungen in Troja und Mykene bekannte Dr. Heinrich Schliemann in Athen hat seine bisher in London ausgestellt gewesene Sammlung trojanischer Alterthümer zu einem Geschenk für das deutsche Volk und zur Aufstellung in der Reichshauptstadt bestimmt.“

Zahlreiche Keramikfunde sind noch heute auf der Berliner Museumsinsel ausgestellt. Die wertvollsten Stücke aber verschlug es infolge des Zweiten Weltkrieges als Beutekunst nach Moskau, wo sie heute im Puschkin-Museum zu sehen sind, während sich das Neue Museum von Berlin mit Kopien begnügen muss.

Pünktlich zum 200. Geburtstag beginnt am 6. Januar in Neubukow die Ausstellung „Schliemanns Erben – Archäologie heute“. Am 8. Januar eröffnet in Ankershagen die Schau „Und überall sprach man plötzlich von Troja“. Denn Schliemanns Ausgrabungen waren ein Medienereignis. An diesem wirkte Schliemann eifrig mit, indem er in Zeitungsartikeln die Öffentlichkeit über seine sensationellen Ausgrabungserfolge unterrichtete. Und am 13. Mai startet in der James-Simon-Galerie auf der Berliner Museumsinsel die Schau „Schliemanns Welten“. Sie legt ihr besonderes Augenmerk auf das abenteuerliche Leben des nach den Worten seiner Biographin Leoni Hellmayr disziplinierten und ehrgeizigen, aber auch verbissenen und geltungsbedürftigen Menschen Heinrich Schliemann.

● **Heinrich-Schliemann-Gedenkstätte Neubukow** www.museumsverband-mv.de/heinrich-schliemann-gedenkstaette-neubukow. **Heinrich-Schliemann-Museum Ankershagen** www.schliemann-museum.de. **Sonderschau Berlin:** www.smb.museum/ausstellungen/detail/schliemanns-welten. **Lesetipp** Leoni Hellmayr: „Der Mann, der Troja erfand“, wbg Paperback, 20 Euro

FERNSEHEN

Das doppelte Tanz-Lottchen

Ein Stück Ost-West-Konflikt im deutschen Fernsehen – Das ZDF zeigt im neuen Jahr eine Serie über den Berliner Friedrichstadt-Palast

Da sitzt die Besucherin aus dem Westen im Parkett des Ost-Berliner Friedrichstadt-Palastes und starrt gebannt auf eine Tänzerin in der ersten Reihe, die ihr bis aufs Haar gleicht. Kein Wunder, wie sich wenig später herausstellen wird: Christine ist ihre Zwillingsschwester. Sie selbst, Marlene, wurde unmittelbar nach der Geburt und kurz vor dem Mauerbau von ihrem Vater in den Westen entführt und wusste nichts von Schwester und gemeinsamer leiblicher Mutter in Ost-Berlin.

Das soll sich ändern. Die Schwestern, die in gegensätzlichen Welten aufwuchsen und sich nun kurz vor dem Fall der Mauer wiederfinden, wechseln aus einer Laune heraus vorübergehend die Identitäten und tauchen ins Leben der anderen ein. Was dabei geschieht, zeigt das ZDF am 3., 4. und 5. Januar um 20.15 Uhr in drei Folgen von „Der Palast“. Und am 3. Januar läuft ab 19.25 Uhr eine Dokumentation über den Friedrichstadt-Palast.

Nach dem Tausch der Pässe fährt Tänzerin Chris mit der Bahn in den Westen und findet sich plötzlich im Kreis einer Unternehmersdynamie wieder. Marlene wiederum reist an das Krankenbett ihrer

Mutter. Was wie ein märchenhafter Plot frei nach Erich Kästners „Doppeltem Lottchen“ beginnt, entwickelt sich zu einem spannenden Verwirrspiel, denn die vertauschten Schwestern bringen das Le-

ben der jeweils anderen gehörig durcheinander. Was das teilweise etwas konstruiert wirkende Drehbuch zum Leuchten bringt, sind die Leistungen der Schauspieler: Heino Ferch gibt den verknöcherten und von Schuldgefühlen geplagten Vater, der sich wegen des Kinderraubs einen Gefühlspanzer zugelegt hat. Eine ungewohnt verhärtet und graumäusig aussehende Anja Kling spielt die Mutter, die immer noch an den Sozialismus glaubt. Und Jeanette Hain ist als eiserne Ballettmeisterin zu sehen, der ein Choreograph aus den USA vor die Nase gesetzt wird.

In der unbestrittenen Hauptrolle aber glänzt der Friedrichstadt-Palast, jenes 1984 neu eröffnete Revuetheater, das den eingesperrten DDR-Bürgern den Glanz des Pariser Lido in ihr enges Leben bringen sollte, und das auch heute noch für seine langbeinigen Tänzerinnen berühmt ist. Einen grandiosen Auftritt legt die Neuentdeckung Svenja Jung (28) in der

Doppelrolle der Christine/Marlene hin. Die in Tanz ausgebildete Schauspielerin wirbelt in der ersten Reihe der Revuegirls, als hätte sie nie etwas anderes gemacht, und meistert glaubhaft den fliegenden Wechsel zwischen der unbekümmerten Tänzerin und der spröden Firmenerbin.

Zum glücklichen Ende hin drückt Regisseur Uli Edel noch einmal ordentlich Schmalz ins Festmenü. Die mal wieder aus dem Westen zurückpendelnde Chris wird wegen unerlaubten Grenzübertretts verhaftet und in ein Stasi-Gefängnis gesperrt. Glückliche Wendung des Schicksals: Ihrem Vater gelingt es, sie aufgrund seiner guten Geschäftsbeziehungen mit der DDR freizukaufen. Endlich kann er seine moralische Schuld begleichen und die einst zurückgelassene Tochter heimholen. In einem Film über ein glamouröses Revuetheater ist eben alles größer als in einem normalen Leben – auch die Fallhöhe des Schicksals. *Anne Martin*



Neuer Tanzstar im Friedrichstadt-Palast: Solotänzerin Chris/Marlene (Svenja Jung)

VOM KULTURZENTRUM
OSTPREUSSEN, ELLINGEN

Wilhelm Voigt, ein Schumacher aus Tilsit, war der Hauptmann von Köpenick. Er lebte ein Leben zwischen Arbeitssuche und Zuchthaus. Wie viele Handwerkstreibende seiner Zeit reiste Voigt durchs Land auf der Suche nach Arbeit. Lohn erhielt er häufig in Form von Kost und Logis. Sein Leben glich einem Teufelskreis: keine Papiere, keine Arbeit und Unterkunft, illegaler Aufenthalt und damit Auflehnung gegen die Behörden, Ausweisung oder Straftat, wieder Gefängnisstrafe. Über 30 Jahre seines Lebens verbrachte er in Zuchthaus und Strafanstalt.

Sein größter Coup, der Überfall auf das Rathaus der damals noch von Berlin unabhängigen und mit „C“ geschriebenen Stadt „Köpenick“, ging durch das Theaterstück Carl Zuckmayers in die Geschichte ein. Ganz Berlin lachte und der Kaiser, für dessen staatliche Autorität der Gaunerstreich eine veritable Blamage war, forderte unverzüglich einen Bericht.

Sein Leben glich einem Teufelskreis

Die Legende lässt den Menschen hinter der Köpenickiade verblassen. Im Film mit „Berliner Schnauze“ dargestellt, geriet seine ostpreußische Herkunft in Vergessenheit. In der ihm im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen 2020 gewidmeten Ausstellung ist ein Blick abseits der Legende gewagt worden.

Eingeschult mit sechs Jahren an Ostern 1855 besuchte Wilhelm die dreiklassige Stadtschule in Tilsit bis zur Obertertia und erlernte dann das Schuhmacherhandwerk bei seinem Vater. Nach der Lehre ging er wie die meisten Ausgelernten seiner Zeit auf Wanderschaft.

Der kleine Wilhelm musste schon früh in der Schuhmacherwerkstatt helfen. Wie bei den meisten seiner Altersgenossen war die Berufswahl durch die Herkunft vorherbestimmt und der Alltag von Arbeit geprägt. Kinderarbeit war zu dieser Zeit, obwohl bereits öffentlich diskutiert und in der Kritik, noch weit verbreitet. Schon im Schulalter straffällig geworden, verließ er die Schule als 14-Jähriger.

Die erste Verurteilung mit 14 Jahren

Am 12. Juni 1863 wurde Voigt das erste Mal verurteilt. Wegen Diebstahls in einer Metzgerei musste er zwei Wochen ins Gefängnis – der Beginn von über drei Jahrzehnten Gefängnis in seinem 73 Jahre zählenden Leben.

Voigts Delikte waren meist Urkundenfälschung mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung und Diebstahl. In seinen Memoiren stellte er die Gründe dafür dar: Entbehrungen in der Jugend, Verleitung durch andere, wirtschaftliche Not als Folge von polizeilicher Willkür, als die er seinen Passenzug und vergebliche Versuche von dessen Neubeschaffung beschreibt, und Fehlverhalten der Justiz, allerdings nicht der Richter, sondern der Zeugen.

Von 73 Jahren über 30 in Haft

Direkt nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Jahre 1879 ging Voigt nach Frankfurt an der Oder. Dort erlernte er das mechanische Herstellen von Schuhen nach amerikanischem System. Vor Gericht gab er an, in den dann folgenden zehn straffreien Jahren in Erfurt, Eisenach, Prag, Wien, Budapest, Jasst, Odessa und Riga gewesen zu sein.

1880 dann ein bewaffneter Einbruch in die Gerichtskasse von Wongrowitz: Als 42-Jähriger wurde er deshalb 1891 zu 15 Jahren Zuchthaus in Rawitsch in der Provinz Posen verurteilt.

Nach seiner Entlassung vermittelte ihn der Anstaltsgeistliche nach Stralsund, wo er bei Hofschuhmeister Hilbrecht angestellt war. Voigt war angemeldet und besaß Arbeit, jedoch keinen Pass.

Der Hauptmann von Köpenick

Vor 100 Jahren starb der aus Tilsit stammende Schumacher, der wie kein anderer den Zeitgeist des wilhelminischen Reiches lächerlich gemacht hat



„Der Ernst seines Gesichtsausdrucks stimmt schlecht mit der Juxatmosphäre überein, mit der man sich ihn umgeben denkt“: Voigt

Am 16. Oktober 1906 besetzte Voigt als Hauptmann verkleidet das Rathaus in Köpenick. Dazu unterstellte er auf der Straße fünf Soldaten, die auf dem Weg vom Schießplatz Tegel zu ihrer Kaserne waren, seinem Kommando und ließ fünf weitere holen. Als Legitimation für seinen Befehl zeigte er ihnen ein Telegramm und gab vor, auf Befehl des Kaisers zu handeln.

Die Soldaten wies er an, das Rathaus abzusichern. Keiner dürfe hinein oder heraus ohne die Zustimmung des „Hauptmanns“. Voigt begab sich nun zum Bürgermeister und erklärte ihm, ihn festnehmen und zur Neuen Wache nach Berlin bringen zu müssen. Der Bürgermeister fragte zwar mehrfach nach, von wem der Befehl komme und was ihm zur Last gelegt werde, auch nach einem Ausweis des Hauptmanns, zweifelte jedoch letztlich nicht an der Befugnis des Uniformierten. Der gab ihm zur Antwort: „Als Legitimation haben ihnen vorläufig diese Soldaten zu genügen.“ Er befahl zweien, den Bürgermeister zu bewachen.

Neben einer Kaserne aufgewachsen

Dann begab er sich in das Kassenzimmer und wies den „Rendant“ genannten Stadtkassenbuchhalter an, einen Kassenabschluss zu machen und ihm das Geld auszuhändigen. Danach werde er zusammen mit dem Bürgermeister nach Berlin gebracht. Auch der Rendant fragte nach dem Auftraggeber des Hauptmanns und wollte ohne Erlaubnis des Bürgermeisters kein Geld aushändigen.

Der Beigeordnete des Bürgermeisters Fabrius schaltete sich ein: „Ich erklärte

ihm, dass ich als Beigeordneter der Stadt jetzt nähere Aufklärung von ihm erbitten müsse. Er könne mir als höherem Beamten vertrauen. Das lehnte er aber kurzweg ab.“

Wollte er wirklich nur einen Pass?

Nun ließ Voigt, der „Hauptmann“, zwei Pferdefuhrwerke rufen. Sie parkten im Innenhof des Rathauses, um kein Aufsehen zu erregen, denn die Nachricht von der Rathausbesetzung hatte sich in Köpenick wie ein Lauffeuer verbreitet, und vor dem Rathaus hatten sich bereits viele Menschen versammelt. Der Bürgermeister und seine Frau mit dem Magistratsdiener und der Stadtkassenrendant bestiegen mit jeweils einem Soldaten ihre Wagen und wurden zur Neuen Wache gebracht. Der Hauptmann gab dem Gendarmen, der vor dem Rathaus Dienst tat, den Befehl, das Rathaus noch eine halbe Stunde bewachen zu lassen, und ließ dann die Soldaten abrücken. Er selbst fuhr mit dem Zug und über 4000 Mark aus der Köpenicker Stadtkasse davon.

Neben einer preußischen Kavalleriekaserne aufgewachsen hatte Voigt großes Interesse am Militärwesen. Im Zuchthaus gehörte die Unterweisung in Heereskunde zum Alltag. Voigt war daher über den Umgang und die Hierarchie in der Armee gut informiert – wenn er auch selbst nicht gedient hatte aufgrund seiner Straftaten im jugendlichen Alter.

Großes Interesse bei Wilhelm II.

Bevor er sich nach Köpenick aufmachte, erwog Voigt auch, seinen Coup in Bernau, Oranienburg, Fürstenwalde oder Nauen

zu starten. Im Nachhinein rechtfertigte sich Voigt, er habe lediglich einen Pass erwirken wollen. Angesichts seiner genauen Kenntnisse der preußischen Verwaltung und der genauen Planung des Überfalls ist dieses jedoch sehr fraglich.

Voigt besorgte sich bei einem Trödler oder mehreren – das ist nicht festzustellen – eine Hauptmannsuniform, von der er jedoch aus praktischen Erwägungen heraus nur den Mantel und die Mütze trug. Er musste die Uniform leicht an- und ausziehen können. Nach der Aktion entsorgte er sie in einem Pappkarton.

Geschürt durch die Darstellung im Theaterstück Zuckmayers überlieferte sich der Mythos, dass Kaiser Wilhelm II., beeindruckt vom Geschick Voigts, auf eigene Initiative dessen Begnadigung erwirkt habe. Jedenfalls forderte der Kaiser unverzüglich einen genauen Bericht der Köpenicker Vorkommnisse an.

Vorzeitige Entlassung 1908

Das Justizministerium beobachtete die nationale und internationale Berichterstattung genau. Im Geheimen Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem findet sich eine umfangreiche Akte, die belegt, dass das Justizministerium und das Auswärtige Amt Reaktionen jeglicher Art zu diesem Fall akribisch sammelten.

Eine Säule der wilhelminischen Staatsordnung war Gehorsam gegenüber Kaiser Wilhelm II. Voigt hat diese Ordnung an der Nase herumgeführt und die ausführende staatliche Gewalt, die Beamten der Stadt Köpenick, Polizei und Militär, der Lächerlichkeit preisgegeben.

Dass der Kaiser Wilhelm Voigt freisprach, weil er dessen „Cleverness“ bewundert habe, ist also nahezu ausgeschlossen. Auch die zahllosen Begnadigungsgesuche aus dem In- und Ausland waren nicht ausschlaggebend angesichts der politischen Bewertung der Tat.

Voigt vermarktete die Köpenickiade

Am 16. August 1908, einem Sonntag, gegen 16 Uhr öffnete sich für Voigt das Gefängnistor in Berlins Strafanstalt Tegel. Noch am selben Abend fuhr Voigt in die Lindenstraße zur Redaktion der Zeitung „Welt am Montag“. Diese Zeitung, dessen Chefredakteur Hellmut von Gerlach ein Kritiker der wilhelminischen Politik und erklärter Pazifist war, hatte Voigt in seiner Haft stets unterstützt und sollte nun als erstes von dessen Entlassung erfahren.

Nach Absprachen mit dem Innen- und dem Justizminister war am 8. August eine Eingabe an den Kaiser gemacht worden, um ihn um die Begnadigung Voigts zu bitten. Die Begnadigung war am 15. August erfolgt, und einen Tag später war Voigt ein freier Mann. 28 Monate seiner Strafe wurden ihm erlassen.

Nach seiner Entlassung wurde Voigt weiterhin von der Polizei beobachtet und immer einmal wieder, aber nie länger als einige Tage, festgesetzt, wenn er zum Beispiel bei Auftritten Uniform trug, was nur Mitgliedern der Armee zustand, oder Autogrammkarten mit seinem Bild verkaufte, ohne einen Gewerbeschein zu besitzen. Der Innenminister hatte jedoch milde Behandlung im Umgang mit Voigt verfügt.

„Er ist ganz ergraut“

Nach seiner Entlassung zog Voigt zu seiner Schwester nach Rixdorf, dem heutigen Berlin-Neukölln. Er begann mit der Vermarktung seiner Person und seiner Geschichte. Mal in Uniform, mal in Zivil trat er in Kneipen und auf Jahrmärkten auf. In Sälen oder Zirkuszelten mimte er den Hauptmann von Köpenick und verkaufte Autogrammkarten mit Bildern, die ihn in Uniform oder in Zivil zeigten. Auch einzelne Mitglieder der „Truppe“, die er seinerzeit befehligt hatte, nahmen an den Auftritten teil oder ließen sich mit ihm fotografieren. Schon bald erschienen seine Memoiren „Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde. Mein Lebensbild / Von Wilhelm Voigt, genannt Hauptmann von Köpenick“.

Am 20. August 1908 stellte er sich leibhaftig von 11 bis 13 Uhr sowie von 15 bis 21 Uhr bei 50 Pfennig Eintritt im Berliner Passageoptikum aus. Vormittags bestaunten ihn rund 4000 Besucher. Er gab an, das eingenommene Geld der Stadt Donaueschingen zu spenden, wo durch einen Flächenbrand in jenem Jahre 270 Häuser verbrannt waren. Am Abend wurde ihm der Auftritt untersagt.

Ruhe und Frieden in Luxemburg

Am 4. Mai 1909 hielt Voigt einen Vortrag in Uniform in der Villa Louigny im Stadtpark der Stadt Luxemburg. Aus dem provisorischen Halt wurde sein neuer Lebensmittelpunkt. Als er in Luxemburg ankam, wurde er mit großem Hallo begrüßt. Doch die „Luxemburger Zeitung“ erkannte nach seinen ersten Auftritten: „Der ehemalige Schuster hat eine ziemliche Leibeslänge, er ist ganz ergraut, und der Ernst seines Gesichtsausdrucks stimmt schlecht mit der Juxatmosphäre überein, mit der man sich ihn umgeben denkt.“ Im Mai 1909 erwarb Voigt Wohnrecht in Luxemburg. Er war der polizeilichen Beobachtung, die seit seiner Haftentlassung 1908 sein Leben begleitet hatte, überdrüssig geworden. Die Hauptstadt des Großherzogtums wurde sein neues Zuhause. Mit 62 Jahren erhielt er 1910 einen luxemburgischen Pass. Im selben Jahr begann er, seine Auftritte ins Ausland auszuweiten.

Voigts Horizont, der von der ostpreußischen und der Berliner Kultur und Sprache geprägt war, erweiterte sich. In Luxemburg begann sein zweites Leben. Dort arbeitete er als Flickschuster und Kellner. Dort starb er auch vor 100 Jahren, am 3. Januar 1922.

FOTO: ULLSTEIN

VON REINHARD OLT

Zu denen, die in dem nun zu Ende gehenden Jahr von uns gegangen sind, gehört auch Sepp Mitterhofer. Im 90. Lebensjahr stehend ist der Tiroler und Ehrenobmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB) in der Nacht vom 20. zum 21. November verstorben.

Der Obstbauer vom Unterhasler-Hof in Meran-Obermais war einer der letzten jener, die sich einst mit dem legendären Gründer des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), Sepp Kerschbaumer, einem kleinen Lebensmittelhändler und Kleinbauern aus Frangart, zusammengetan hatten, um in konspirativen Klein- und Kleinstgruppen daran mitzuwirken, die Welt (Öffentlichkeit) auf die von der Italienischen Republik betriebene Entnationalisierung ihrer Heimat aufmerksam zu machen. Die Repubblica Italiana hatte trotz der zwischen ihrem Regierungschef Alcide DeGasperi und dem österreichischen Außenminister Karl Gruber 1946 in Paris vereinbarten Autonomie-Übereinkunft für das seit dem Friedensdiktat von Saint-Germain-en-Laye 1919 Italien zugesprochene südliche Tirol die unter Benito Mussolini ins Werk gesetzte systematische Italianisierung des Landes zwischen Brenner und Salurn unablässig fortgeführt. Erbarmungslos ließen die Bozner Statthalter der italienischen Staatsmacht die angestammte Bevölkerung partiell unterjochen.

Die Aktivisten des BAS verlangten, worauf Mitterhofer in vielen seiner späteren öffentlichen Mahnrufe stets hinwies, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch den in einen wesensfremden Staat gezwungenen Tiroler Volksteil. Sie wandten sich in Wort und ersichtlicher wie vernehmbarer Tat gegen die römische Verfälschung jenes Gruber-DeGasperi-Abkommens, in dem den Südtirolern die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten in Form einer statuarisch festgelegten Landesautonomie zugestanden worden war.

Die Geduld wich der Tat

Hatten die BAS-Akteure zunächst noch die Hoffnung, dass sich nach der machtvollen Demonstration von 30.000 Südtirolern auf Schloss Sigmundskron 1957 und mehrmaligen Vorstößen Wiens – so der Intervention des damaligen Außenministers Bruno Kreisky vor den Vereinten Nationen zugunsten der Südtiroler 1960/61 – die starre Haltung Roms ändern könnte, so sahen sie sich alsbald getäuscht. Die Geduld wich daher zugunsten der Tat der idealistischen Kämpfer des BAS. Ihr „großer Schlag“, das Sprengen von annähernd 40 Strommasten in der sogenannten Feuernacht vom 11. auf den 12. Juni 1961, wurde nicht nur im weiten Rund um Bozen sowie an Eisack und Etsch, sondern auch weit darüber hinaus gehört. Entgegen anderslautenden Auffassungen, Deutungen und geschichtspolitischen Interpretationen gab nicht zuletzt dieses Fanal der Verzweiflung den Anstoß für Verhandlungen der beteiligten Konfliktparteien, aus denen schließlich das zwischen 1969 und 1972 staatsrechtlich in Kraft gesetzte neue Autonomie-Statut hervorging, auf dessen Grundlage die heutige (gesellschafts)politische Verfasstheit Südtirols ruht.

An den Verhandlungstisch gebombt

Bis es so weit war, begleiteten zahlreiche Rückschläge den Verhandlungsprozess zwischen Wien sowie Bozen und Rom. Und die BAS-Aktivisten durchlitten ein von der italienischen Staatsgewalt legitimes Fegefeuer, das wider die Menschenrechte verstieß und eines demokratischen Rechtsstaates gänzlich unwürdig war. Südtirol wurde in den Belagerungszustand versetzt und von Sicherheitskräften förmlich überzogen. Mehr als 20.000 Soldaten, Carabinieri sowie Spezialisten der Geheimdienste hatten den verhängten Ausnahmezustand zu gewähr-



Am 21. November verstorben: Sepp Mitterhofer

Foto: SHB

NACHRUF

Ein Leben für Südtirol

Zu denen, die dieses Jahr von uns gingen, gehörte auch der Südtiroler Freiheitskämpfer Sepp Mitterhofer

leisten und jede „feindliche Regung“ zu unterdrücken. 150 Freiheitskämpfer des BAS wurden als „bombardieri“ beziehungsweise „terroristi“ inhaftiert, die meisten von Angehörigen einer Spezialeinheit gefoltert, denen Italiens Innenminister Mario Scelba einen Freibrief für ihr barbarisches Tun ausstellte.

Freibrief Selbas für barbarisches Tun

Mitterhofer, der Obstbauer und Vater von vier Kindern aus Meran-Obermais, war unter den Gefolterten. In einem aus dem Gefängnis geschmuggelten, an den Südtiroler Landeshauptmann von 1960 bis 1989, Silvius Magnago, gerichteten Brief hat er das Unfassbare geschildert, das er erleben musste. Dort heißt es: „Im Ganzen musste ich zwei Tage und drei Nächte strammstehen ohne etwas zu Essen, Trinken und zu Schlafen ... Mit Fußtritten wurde ich an den Füßen und am Hintern bearbeitet und auf den Zehen herumgetreten ... Am meisten geschlagen wurde mir ins Gesicht, dass ich so geschwollen wurde, dass ich später nicht mehr den Mund aufbrachte zum Essen. Die Arme wurden mir am Rücken hochgerissen, dass ich laut aufschrie vor Schmerz. Einmal musste ich mich halbnackt ausziehen, dann wurde ich so lange mit Fausthieben bearbeitet, bis ich bewusstlos zusammenbrach ... Öfters musste ich stundenlang vor brennende Scheinwerfer stehen und hineinschauen, bis mir der Schweiß herunter rann und die Augen furchtbar schmerzten. Man zog mich an den Ohren und riss mir Haare büschelweise vom Kopf ... Der Rücken musste glatt an der Mauer anheften, kaum, dass ich mich rührte oder mit den Zehenspit-

zen etwas herausrutschte, so schlug mich ein Carabiniere, der vor mir stand, mit dem Gewehrkolben auf die Zehen oder auf den Körper.“ Eine Reaktion von Seiten des Adressaten blieb aus.

Schilderung der erlittenen Folter

Wie anderen BAS-Aktivisten wurde auch Mitterhofer in Mailand der Prozess gemacht. Das Urteil lautete auf zwölf Jahre Gefängnis. Die Verurteilten wurden auf verschiedene Haftanstalten verteilt. BAS-Gründer Kerschbaumer verstarb während des Strafvollzugs in Verona. Seine und Mitterhofers Mitstreiter Franz Höfler aus Lana und Anton Gostner aus St. Andrä bei Brixen, Vater von fünf Kindern, ließen ihr Leben in unmittelbarer Folge von Folter-Torturen in Kasernen von Meran beziehungsweise Brixen und Bozen. Just in den Stunden, da man Höflers vor 60 Jahren erlittenen Foltertod in Südtirol gedachte, verstarb Mitterhofer.

Nach sieben Jahren und elf Monaten Gefängnisarrest war Mitterhofer entlassen worden. Weder hatten Folter und Haft ihn brechen können noch verbitterten ihn die davongetragenen gesundheitlichen Schäden und lebenslangen Beeinträchtigungen. Erfolgreich setzte er sich für die ehemaligen politischen Häftlinge ein. Mit Beistand namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konnte durch unermüdlichen Einsatz die Löschung der Hypotheken des italienischen Staates, die auf dem Besitz ehemaliger politischer Häftlinge lasteten, und deren Wiedererlangung der bürgerlichen Rechte erreicht werden. Unerschütterlich führte Mitterhofer den

Kampf für Freiheit und Einheit Tirols mit politischen Mitteln weiter und übernahm den Vorsitz im Südtiroler Heimatbund, an dessen Gründung er zusammen mit anderen ehemaligen politischen Häftlingen beteiligt gewesen war.

Vorsitz im Südtiroler Heimatbund

Ziel des SHB ist „die Durchsetzung des seit 1919 verwehrten Selbstbestimmungsrechts, das die Entscheidung über die Wiedervereinigung des geteilten Tirol bis zur Salurner Klausel zum Gegenstand hat. Die angestrebte Wiedervereinigung soll entweder durch einen einzigen Volksentscheid oder durch schrittweisen Vollzug verwirklicht werden“. Der politische Arm des SHB, die oppositionelle Bewegung Süd-Tiroler Freiheit, deren Mitgründer er war, vertritt dieses Ziel im Südtiroler Landtag und in allen öffentlichen Auftritten gemäß Mitterhofers Credo, dass „Südtirol nicht Italien“ sei und dass allein das ursprüngliche Ziel „Los von Rom“ das 1919 gesetzte historische Unrecht auslöschen könne.

Kein staatlicher Ehrerweis

Diesem Sohn Tirols ist weder von den Institutionen der beiden Landesteile in Bozen und Innsbruck noch von denen Österreichs, dessen politische Repräsentanten in Sonntagsreden Südtirol stets „eine Herzensangelegenheit“ nennen, jemals eine formelle Würdigung für seinen Lebens Einsatz zuteilgeworden. Auch blieb ihm – aus politischer Rückgratlosigkeit und weil das meist „ausgezeichnet“ genannte österreichisch-italienische Verhältnis nicht getrübt werden sollte – ein offizieller Ehrerweis versagt.

FAHRZEUGNACHBAU

„Eine Reise in die Geschichte der Technik“

Die Geschichte des Automobils reicht wohl mindestens bis ins Jahr 1675 zurück. Damals baute der flämische Jesuiten-Missionar Ferdinand Verbiest, der auch das Kalenderamt am Hofe des chinesischen Kaisers Kangxi leitete, das wohl erste aus eigener Kraft bewegliche Fahrzeug der Welt. Die nur 60 Zentimeter lange und 30 Zentimeter breite Maschine mit fünf Rädern, die im kaiserlichen Palast in Peking ihre Runden drehte, wurde durch Wasserdampf aus einer primitiven Überdruckturbine, einer sogenannten Aeolipile (Äolsball, Windkugel, Dampfkuugel), angetrieben. Der Zweck des Ganzen bestand darin zu demonstrieren, zu welcher erstaunlichen technischen Leistungen der Westen fähig sei.

Verbiest beschrieb das Fahrzeug, das verschollen ist, ausführlich in seiner 1687 in Dillingen gedruckten Schrift „Astronomia Europaea“. Diese inspirierte den Karlsruher Physiker Johann Lorenz Böckmann 1775 zu einem Nachbau des Modells, der allerdings gleichermaßen verlorenging. Allerdings blieben Detailzeichnungen der Konstruktion erhalten.

Die Berichte über Verbiests „Automobil“ brachten den Historiker Gerd Treffer von der Technischen Hochschule Ingolstadt (THI) auf die Idee, praktisch nachzuprüfen, ob sich das Gefährt tatsächlich in der beschriebenen Weise von der Stelle bewegen konnte. Hierbei erhielt er Unterstützung von Thomas Suchandt, der an der Technischen Hochschule Ingolstadt den Lehrstuhl für Maschinenelemente, Konstruktion und CAD (computer-aided design, rechnerunterstütztes Konstruieren) innehat. In mühevoller Kleinarbeit rekonstruier-



PHOTO: THI

THI-Angehörige mit ihrem Nachbau

ten Suchandt und dessen Studenten den frühneuzeitlichen Selbstfahrer.

Der Nachbau der Aeolipile, eines recht urchiglichen „Motors“ auf der Basis von bereits in der Antike ersonnenen und von Heron von Alexandria beschriebene Wirkprinzipien, hatte durchaus seine Tücken. „Einige Teile flogen uns um die Ohren“, berichtete Suchandt in einer Pressemeldung der THI vom 21. Dezember, um dann hinzuzufügen: „Das ganze Projekt war eine Reise in die Geschichte der Technik. Wir haben uns mit Dingen beschäftigt, die seit Jahrhunderten nicht mehr in Gebrauch waren.“

Am Ende gelang es den Tüftlern dann aber doch, die Rekonstruktion des Dampfautos von Verbiest zum Laufen zu bringen. Damit ist der Beweis erbracht, dass die zeitgenössischen Berichte stimmen und der flämische Missionar zu Recht als ein Pionier des Automobilbaus gilt. Nunmehr plant Suchandt weitere Versuche unter ausschließlicher Verwendung historischer Baumaterialien, um ein möglichst originalgetreues Abbild des Fahrzeuges zu schaffen.

Wolfgang Kaufmann

VON ERIK LOMMATZSCH

Selbst im Zeitalter einer sich immer weiter verflüchtigenden Allgemeinbildung dürfte es zumindest im deutschen Sprachraum kaum jemanden geben, der bei der Nennung des Namenspaars „Max und Moritz“ nicht sofort an die Bildergeschichte von Wilhelm Busch (1832–1908) denkt. Im besten Falle tritt das Wissen um das eine oder andere Zitat hinzu, etwa: „Also lautet ein Beschluß, / Daß der Mensch was lernen muß.“ Mit der Kenntnis einiger weiterer Titel aus der Feder Buschs – wie etwa „Die fromme Helene“ oder „Fipps, der Affe“ – hat es dann meist bereits sein Bewenden.

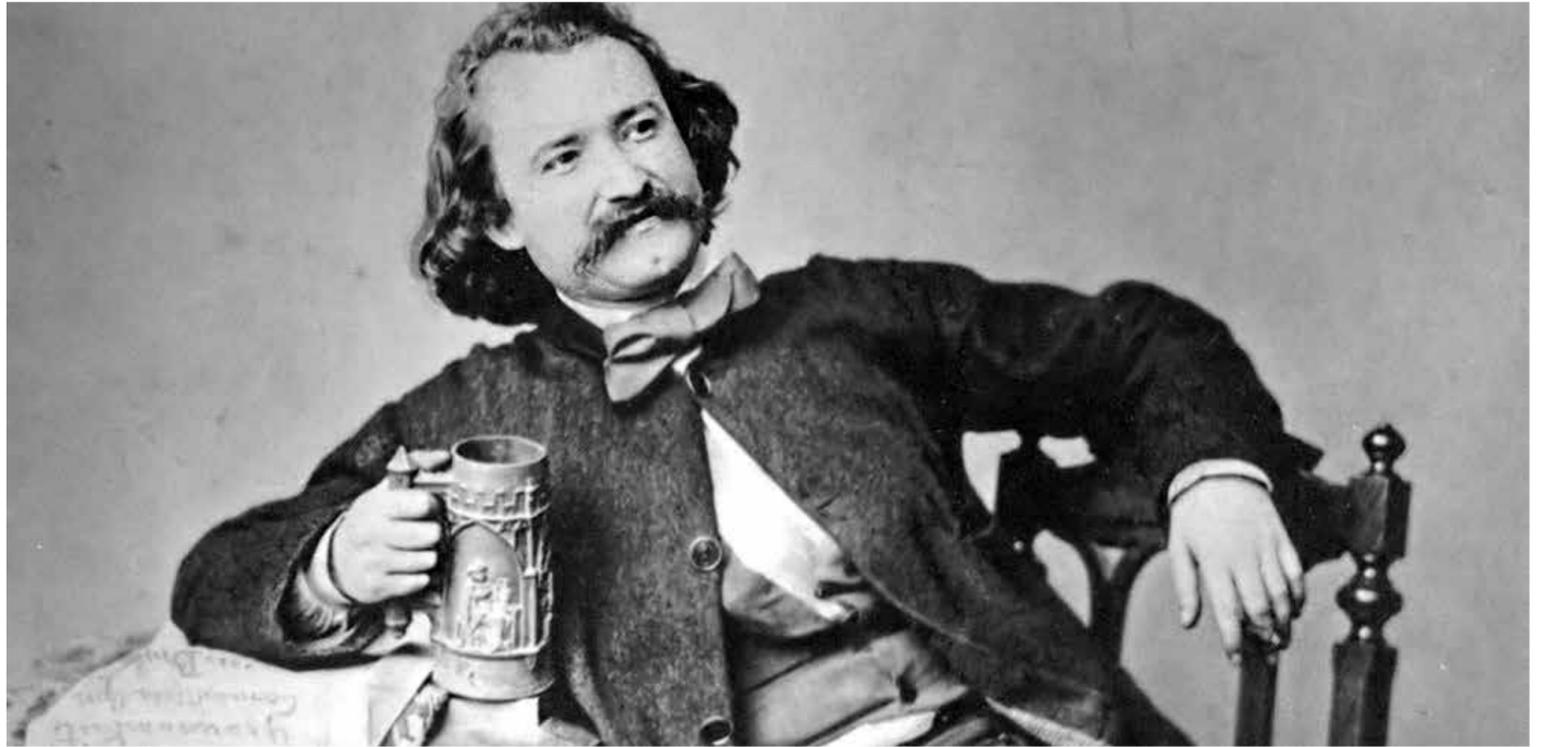
Allerdings „ist er eben nicht der Kinderunterhalter, Moritätenreimer und Witzzeichner, als der er allzu lange missverstanden worden ist“. Dies zeigt der Publizist, Schriftsteller und PAZ-Autor Rolf Stolz in einem gerade erschienenen, äußerst aufschlussreichen kleinen Band („Die Schärfe des Lachens: Wilhelm Busch“, Edition BuchHaus Loschwitz, Dresden 2021, 152 Seiten, 17 Euro). Das Werk des Dichters erschöpft sich nicht in den Bildergeschichten, es umfasst auch heute wenig bekannte Arbeiten wie „Der Schmetterling“ oder „Eduards Traum“, Stolz zufolge „Meisterwerke der phantastischen Literatur“.

Busch sei, über das historische Interesse, das dem „Schilderer“ seiner von Umbrüchen geprägten Epoche gelte, sowie über seine „geradezu klassische Widerspiegelung deutscher Nationalcharakteristika hinaus“ ein Humorist und Satiriker – einer, der mit den ganz Großen seines Fachs wie dem Franzosen François Rabelais („Gargantua und Pantagruel“) und dem Iren Jonathan Swift („Gullivers Reisen“) „bachtantisch tafelt und homerisch lacht“.

Die Vorzüge der Einsamkeit

Auch wenn sicher so einiges aus seinen Werken dafür sprechen könnte, Busch habe die Menschen nicht leiden mögen, so meint Stolz, er sei eher „ein zwar nicht unkritischer, aber in der großen Linie gutmütiger Philosoph“ gewesen. Es gebe „keinen schärferen Beobachter“ des Bürgertums, zugleich sei er „der große Zweifler an der Vernunft der sich für vernünftig Haltenden“ gewesen. Über den letztlich verhinderten, aber von sich zunächst sehr eingenommenen Dichter Balduin Bäh-lamm, dessen Annäherungsversuche weiblicherseits mit einer Ohrfeige quittiert werden, heißt es bei Busch: „So töricht ist der Mensch. – Er stutzt, / Schaut dämisch drein und ist verdutzt, / Anstatt sich erst mal solche Sachen / In aller Ruhe klarzumachen.“

Mit spürbarer Begeisterung und großer Kennerschaft gibt Stolz in einer Tour d'Horizon Einblick in Werk und Denken Buschs, in dessen Menschenbild und vor allem in das Bleibende. Der Dichter, des-



Infragestellen und Lächerlichmachen von Autoritäten: Der Autor Wilhelm Busch in der Blüte seiner Jahre

Foto: Edgar Hanfstaengl

WILHELM BUSCH

„Vor allem der Politiker / Gönnt sich der Rede Vollgenuß“

Der Publizist Rolf Stolz zeigt, dass das Werk des Dichters wesentlich hintergründiger ist, als der oberflächliche Blick vermuten lässt. Vieles kann als Kommentar zu unserer Zeit gelesen werden

sen Geschichten heute wahrscheinlich nahezu jeder Verlag als politisch unkorrekt zurückweisen würde, kommt auch selbst reichlich zu Wort. Als zentrale Antriebe werden fünf Leitmotive präsentiert. Da wäre zunächst „Einsamkeit“. Busch habe „für sich und gegen fast alles“ gestanden. In den Worten des Dichters: „Wer einsam ist, der hat es gut, / Weil keiner da, der ihm was tut ... Und niemand gibt ihm weise Lehren, / Die gut gemeint und böß zu hören.“

Nicht wegzudenken aus den Arbeiten ist die „Gewalt“, das „Infragestellen und Lächerlichmachen von Autoritäten“ und die „Rolle des Absurden“. Zuletzt wäre die „Bedeutung des Volkstümlichen, des Elementaren, des den instinktiven Gefühlen und naturhaften Reaktionen Nahen“ zu nennen. Die Unabdingbarkeit des Regelbruchs für den Schöpferischen brachte Busch in die Worte: „Dem Biedermanne wachsen keine Flügel.“

Verstanden haben ihn nicht immer alle, schon gar nicht die Nachwelt. Wenig

Sinn für Busch hatte beispielsweise der in der Bundesrepublik hochgejubelte Heinrich Böll. Der – so Stolz – „allzu gutmenschlich biedere“ Schriftsteller, heute Namenspatron der den Grünen nahestehenden politischen Stiftung, erklärte 1958, bei Busch handle es sich um einen „nur scheinbar heiteren, unergründlich boshafte[n], menschenfeindlichen Humoristen“.

Scharfer Blick auf Weltverbesserer

„Sein Prinzip ist überhaupt: / Was beliebt ist auch erlaubt; / Denn der Mensch als Kreatur / Hat von Rücksicht keine Spur.“ Derartige Feststellungen Buschs sind sicher nicht als menschenfeindlich zu bezeichnen, als realistisch hingegen schon. Der Charakter von Kindern ist nicht nur durch die Figuren Max und Moritz wenig einnehmend. Bei „Plisch und Plum“ ist zu erfahren: „Peter und Paul, frech und kühl / Zeigen wenig Mitgefühl; / Fremder Leute Seelenschmerzen / Nehmen sie sich nicht zu Herzen.“ Und Busch zeigt die „harte und kalte Welt“, etwa wenn er das Schick-

sal des soeben erschlagenen Maulwurfs mit den Worten quittiert, „hinderlich, wie überall, / Ist hier der eigne Todesfall“. Es geht auch noch ein Stück drastischer: „Heißa! ruft Sauerbrot – / Heißa! meine Frau ist tot.“

Stolz zeigt auf, dass sich im Werk Buschs mitunter auf den zweiten Blick größere Dimensionen verbergen könnten. Den Kampf der „feindlichen Nachbarn“ – „Ein Maler und ein Musikus / So Wand an Wand, das gibt Verdruß“ – liest er als das Aufeinandertreffen zweier gleichstarker, in Expansion begriffener Reiche, in diesem Fall verkörpert durch die Künste. Oder er meint, Busch habe mittels der Geschichte über den Turner Hoppenstedt („mit einem Übermaß an kaum gezügelter Energie“) die Problematik des Kaiserreichs karikieren wollen.

Wilhelm Busch ist zudem erfrischend, vielleicht sogar erschreckend aktuell. Zu Recht meint Stolz, eine Strophe des Gedichts „Modern“ erscheine wie „ein Kommentar zum Geschrei der Cancel-Cul-

ture-Barbaren“ und der Fridays-for-Future-Schulschwänzer: „Hinweg mit diesen alten Herrn, / Sie sind zu nichts mehr nützlich! / So rufen sie und nähmen gern / Das Erbe in Besitz.“ Das Problem von Politikern mit ambitionierten Zwangsplänen und Weltverbesserern am grünen Tisch war auch Busch schon geläufig – der Mensch ist ein eigenwilliges Wesen: „Nur leider kann man sich nicht einen, / Wie man das Ding am besten mache. / Das Bauen mit belebten Steinen / Ist eine höchst verzwickte Sache.“

Auf viel zu viele Zeitgenossen unserer Tage treffen folgende Verse zu: „Vor allem der Politiker / Gönnt sich der Rede Vollgenuß; / Und wenn er von was sagt, so sei's, / Ist man auch sicher, daß er's weiß.“ Zu hoffen wäre, dass sich der eine oder andere „Politikus“ ein Beispiel an einem kurzzeitigen Geistesblitz des Affen Fipps nimmt. Als dieser gerade erheblichen Schaden angerichtet hat, heißt es: „Mir scheint, ich bin hier unbeliebt' / Denkt Fipps, der sich hinwegbegibt.“

PRESSE

Ampel will „dritte Säule“ in die Medienlandschaft bauen

„Gemeinnützige Medien“ sollen Spender in den Markt locken – Kritiker sehen Gefahr für Unabhängigkeit und Vielfalt

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP vereinbart, neue gesetzliche Rahmenbedingungen für die Förderung des gemeinnützigen Journalismus zu schaffen. Die Ampelkoalition plant unter anderem, gewisse Medienprojekte auch in steuerlicher Hinsicht künftig als gemeinnützig anzuerkennen. Spender könnten für ihre finanzielle Unterstützung dann eine steuerlich wirksame Spendenquittung erhalten.

Gerade für Stiftungen ist diese Einstufung ein wichtiges Argument. Viele der rund 23.000 Stiftungen in Deutschland dürfen nämlich per Satzung nur gemeinnützige Akteure unterstützen. Bei den

nicht gewinnorientierten Medienangeboten ist eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit bis jetzt nur über Umwege möglich. Etwa, indem die Projekte offiziell als Bildungsangebot oder als Angebot zum Verbraucherschutz betrieben wurden.

„Correctiv“ macht es bereits vor

Das wohl bekannteste Beispiel für gemeinnützigen Journalismus ist das stiftungsfinanzierte Projekt „Correctiv“. Das Ende 2013 gegründete Recherche-Zentrum betreibt auch eine Online-Journalistenschule namens Reporterfabrik. Eine gewerbliche Tochtergesellschaft führt zudem sogenannte Faktenchecks für den

Internetdienst Facebook durch. Befürworter sehen solche Formen des Journalismus bereits als künftige dritte Säule im deutschen Mediensystem, neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Verlagshäusern.

Ein Bedarf wird insbesondere im Bereich der regionalen Berichterstattung gesehen. Überall in Deutschland hat auf regionaler Ebene in den vergangenen Jahrzehnten ein Zeitungssterben stattgefunden. Viele Lokalblätter wurden eingestellt oder von großen Verlagsholdings übernommen. Vielerorts wurden Redaktionen zusammengelegt und personell ausgedünnt.

Vor diesem Hintergrund bezeichnete der Medienwissenschaftler Horst Röper gegenüber der – spendenfinanzierten – „Kontext: Wochenzeitung“ gemeinnützige Medienprojekte, „neben den Öffentlich-Rechtlichen und dem, was wir heute noch an Printmedien haben“, als unentbehrlich, wenn wir „überhaupt so etwas wie Vielfalt herstellen wollen“. Laut Röper gilt dies vor allem im Lokaljournalismus.

Der Wissenschaftler spricht sich darüber hinaus für öffentliche Gelder für diesen Journalismus aus, weil „die jetzige alleinige Finanzierung über Werbung, stellenweise über Spenden nicht ausreichend“ sei. Ob sich langfristig die Hoff-

nungen auf ein Drei-Säulen-Modell aus Öffentlich-Rechtlichen, privaten Medienunternehmen und gemeinnützigen Projekten erfüllen, kann als fraglich angesehen werden. Gerade im lokaljournalistischen Bereich könnte das Aufkommen neuer Anbieter, die sich über Spenden und öffentliche Fördergelder finanzieren, zum endgültigen Rückzug von privaten Presseverlagen führen, die auf Rentabilität achten müssen. Mit der Spendenfinanzierung von Medienprojekten wächst laut Kritikern zudem die Gefahr, dass sich besonders finanzkräftige Großspender künftig immer öfter Einfluss auf die Berichterstattung erkaufen. Norman Hanert



NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

QR-Code-Pflicht verhagelt das Geschäft

Viele Einwohner der Region sind noch ungeimpft – Furcht vor Ansteckungsgefahr durch Touristen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die offizielle Zahl der mit dem Coronavirus infizierten Personen geht im Königsberger Gebiet weiter zurück. Die Krankheit erreichte ihren Höhepunkt Ende Oktober und Anfang November, als sich täglich mehr als 400 Menschen ansteckten. In den vergangenen Tagen ist die Zahl der Infektionen pro Tag auf unter 250 gesunken.

In den Krankenhäusern der Region gibt es knapp insgesamt 1700 Betten für Patienten mit Corona und Lungenentzündungen, darunter 121 mit Beatmungsgeräten. Davon sind derzeit etwas mehr als 1100 Betten belegt.

Die Einführung zahlreicher Beschränkungen und vor allem die flächendeckende Einführung von QR-Codes, die inzwischen fast überall verlangt werden, insbesondere für den Besuch von Kultureinrichtungen, Theatern und Kinos, dürften einen Einfluss auf den Rückgang der Infektionen gehabt haben. Die Einkaufszentren sind halb leer, da noch nicht einmal die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung der Region geimpft ist. Nur Geschäfte mit einer Fläche von bis zu 100 Quadratmetern dürfen noch ohne Impfnachweis aufgesucht werden.

Konflikte bei Flügen

Es gab bereits Diskussionen zur Einführung von Impfnachweisen per QR-Codes im öffentlichen Personenverkehr, aber bisher wurde auf diese Neuerung verzichtet. In den Regionen, in denen diese Initiative umgesetzt wurde, gab es bereits eine Reihe von Fällen, in denen es zu schweren Konflikten zwischen Kontrolleuren und Fahrgästen ohne Codes kam.

Beliebte Objekte im Königsberger Gebiet leiden unter einem erheblichen Rückgang der Besucherzahlen. Laut Swetlana Sokolowa, der Direktorin des Königsberger Tiergartens, hat die Einführung von QR-Codes auch die Besucherzahlen des Zoos drastisch reduziert. Der Tiergarten ist einer der beliebtesten Orte der Bewohner des Gebiets und hat in letzter Zeit



Drastischer Rückgang: Nur noch ein Viertel der Besucherzahlen verzeichnet der Zoo seit Einführung des QR-Codes

Foto: J.T.

auch für Touristen an Attraktivität gewonnen. Zog der Zoo vor der Einführung der Beschränkungen täglich etwa 2000 Besucher an, so sind es jetzt nur noch etwa 500. Das heißt, die Besucherzahlen sind auf ein Viertel geschrumpft. Es befanden sich deutlich mehr Touristen unter den Besuchern, was für die Nebensaison recht ungewöhnlich ist. Drei Viertel der Besucher kamen aus anderen Teilen der Russischen Föderation.

Eine Erklärung dafür könnte sein, dass alle Touristen, die das Königsberger Gebiet besuchen, jetzt QR-Codes vorweisen müssen, um in einem Hotel übernachten zu können, was bedeutet, dass sie den Zoo und andere Einrichtungen ohne Einschränkungen besuchen dürfen. Viele Einwohner des Gebiets wiederum sind noch nicht vollständig geimpft und können keinen QR-Code vorweisen.

In der zweiten Novemberhälfte wurde berichtet, dass Gouverneur Anton Alichanow positiv auf das Coronavirus getestet wurde und sich in seinem Büro im Regierungsgebäude in Selbstisolation begeben habe. Die Krankheit verlief mit relativ milden Symptomen.

Alichanow ist für Tourismus

Es ist bemerkenswert, dass Alichanow zum Zeitpunkt seiner Infektion bereits vollständig geimpft war und sich sogar einer weiteren Auffrischungsimpfung unterzogen hatte. Außerdem hatte sich der Gouverneur im Dezember 2020 schon einmal mit dem Coronavirus infiziert und vermutet, dass er von Kindern angesteckt worden sei.

Vor Kurzem äußerte sich der Gouverneur über den gefährdeten „Tourismusfaktor“ bei der Verbreitung des Coronavirus. „Ich schaue mir das alles manchmal an, ich gehe auf die Kant-Insel und denke: Nein, ich gehe nicht.“ Seiner Meinung bieten Touristen jedoch die Möglichkeit, Geld

zu verdienen, sodass es besser sei, „auf diese Einnahmequelle nicht zu verzichten“.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Behandlung von neu erkrankten Einwohnern des Königsberger Gebiets mit dem Coronavirus den Haushalt weitaus mehr kostet als der Betrag, den die Touristen einbringen, während sie neue Stämme des Coronavirus in der Region verbreiten.

Für die Neujahrsfeiertage wird im nördlichen Ostpreußen ein noch nie dagewesener Zustrom von Touristen erwartet. Beliebte Hotels waren schon Wochen vorher ausgebucht, die durchschnittliche Buchungsrate für die Region liegt bei fast 80 Prozent. Die Tourismusbranche geht davon aus, dass es weniger Hotelbetten als Besucher geben wird und dass der „private Sektor“ diese Aufgabe übernehmen wird. Das bedeutet für viele, dass in der Region ein neuer Anstieg der Coronavirus-Infektionen zu erwarten sei.

MELDUNGEN

Die Bahn wird schneller

Lyck/Lötzen – Im Laufe von 26 Monaten wird die Eisenbahnlinie zwischen Lyck und Lötzen elektrifiziert. Zurzeit können die Züge auf diesem Abschnitt nur mit einer Maximalgeschwindigkeit von 80 Kilometern pro Stunde fahren. Nach Beendigung der Arbeiten soll die Geschwindigkeit auf 160 Kilometer pro Stunde steigen. Wie Ireniusz Merchel von den Polnischen Staatsbahnen (PKP) sagte, wird sich die Reisezeit verkürzen. „Von Lyck nach Lötzen wird man mit Schnellzügen in 20 Minuten fahren.“ Der frühere Vizeminister für Infrastruktur, Jerzy Szmit, ergänzte, dass damit bessere Bedingungen nicht nur für den Personennahverkehr entstehen, sondern auch für den Gütertransport. PAZ

Hafen wird modernisiert

Frauenburg – Die Modernisierung des Hafens in Frauenburg soll umgerechnet rund 3,7 Millionen Euro kosten. Das Geld für diese Maßnahme kommt aus staatlichen Mitteln. Der Abgeordnete der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Leonard Krasulski, unterstrich, dass die Kosten fast so hoch seien wie der gesamte Frauenburger Haushalt. Den Hafen von Frauenburg nutzen hauptsächlich die Haff-Fischer. In der Saison auch die Touristen, die eine Flotte von touristischen Booten aus Kahlberg nutzen. Der Hafen selbst ist seit Jahren in einem schlechten Zustand, sodass bereits seine Schließung drohte. Politiker und Kommunalbeamte der Region rechnen damit, dass die Investition der Entwicklung der Stadt und ihrer Umgebung zugute kommen wird. Der Umbau des Hafens in Frauenburg ist Teil des Durchstiches durch die Frische Nehrung und für die zweite Hälfte des Jahres 2023 vorgesehen. PAZ

ALLENSTEIN

Hohe Ehre für Heinrich Hoch

Ein unvergessliches Geschenk zu Weihnachten: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande für herausragende Leistungen

Für Heinrich Hoch, den Vorsitzenden des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, wird der Tag unvergessen bleiben. Bei der Adventsfeier des Verbands erhielt er aus den Händen der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Anwesend waren neben den Vorsitzenden der im Verband organisierten Vereine auch der Vorsitzende der Deutschen Minderheit in der Republik Polen, Bernard Gaida, der Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gustaw Marek Brzezina sowie die Vertreter für Fragen der nationalen und ethnischen Minderheiten beim Marschallamt und beim Sejmik der Woiwodschaft. Die Landsmannschaft Ostpreußen vertrat der Leiter ihres Verbindungsbüros in Allenstein, Damian Wierzchowski.

Der Orden ist eine Auszeichnung für besondere Leistungen auf politischem, kulturellem oder ehrenamtlichem Gebiet.

Wichtigster Gast war denn auch Cornelia Pieper. Sie hatte die angenehme Pflicht, im Auftrag des deutschen Bundespräsidenten

Frank-Walter Steinmeier, der Hoch den Verdienstorden verliehen hatte, den Orden zu überreichen und anzuhängen.

Auf Hochs Leistungen ging Generalkonsulin Pieper in ihrer Laudatio ausführlich ein. Auf sein Engagement in Sport, Gesellschaft und Politik in seiner Heimatstadt Osterode sowie sein jahrzehntelanges Wirken für die Deutsche Minderheit dort und im südlichen Ostpreußen. Ein weiterer Schwerpunkt war die völkerverbindende Wirkung seiner Aktivitäten: „Seit 25 Jahren setzt er sich für die partnerschaftlichen Kontakte zwischen Osterode/Ostróda und Osterode am Harz ein. Zusammen mit der dort ansässigen Kreisgemeinschaft Osterode, in deren Vorstand er sitzt, hat er sich für den Erhalt des deutschen Kulturerbes vor Ort verdient gemacht.“

Als Beispiele führte Pieper die Kirche in Marienfelde und das Alte Rathaus in Osterode an, aber auch den Einsatz für die

deutsche Sprache, unter anderem mit dem Wettbewerb des deutschen Liedes oder die Benennung von Straßen nach historischen Größen wie Georg Steenke. Sehr wichtig dabei sei, dass diese Aktivitäten gemeinsam mit den heutigen Bewohnern geschehen. Das betonte auch Brzezina.

Gaida griff das Stichwort der Zusammenarbeit auf. Er erinnerte auch an die gemeinsamen Jahre im Vorstand der Deutschen Minderheit in der Republik Polen und die Wirkung der Arbeit von Hoch: „Dank dir fühle ich mich hier im Ermland und in Masuren wie zuhause. Deine Wärme habe ich, haben wir immer gespürt.“

Von der Wärme und der Anerkennung der Gäste sowie der Ehrung an sich überwältigt war Hoch selber: „Das war der schönste Abend in meinem Leben. Es ist nicht nur eine Auszeichnung, sondern auch ein Ansporn für weiteres Engagement.“ Uwe Hahnkamp



Ausgezeichnet: Cornelia Pieper heftet Heinrich Hoch das Bundesverdienstkreuz an

FOTO: ULL

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Schmidt, Elli, geb. Luick, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 4. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Richardt, Johanna, geb. Berger, aus Wehlau, am 3. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Borowy, Gertrud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 6. Januar
Walleit, Anneliese, geb. Just, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Januar
Wiegmann, Hildegard, geb. Szesny, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 4. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hedrich, Margarete, geb. Lutz, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar
Krehl, Georg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Dezember
Mühlfellner, Edith, geb. Broszeit, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 4. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Evers, Lotti, geb. Cub, aus Prostken, Kreis Lyck, am 1. Januar
Göb, Marianne, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. Januar
Schneider, Johanna, geb. Ullrich, aus Wehlau, am 6. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baus, Liesbeth, aus Lissau, Kreis Lyck, am 3. Januar
Gründler, Edith, geb. Scherello, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar
Schönlein, Herta, geb. Hornberger, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 1. Januar
Watzkat, Heinz, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 5. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Erich, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 4. Januar

Dolassek, Helga, geb. Hendriog, aus Lötzen, am 3. Januar
Hinze, Dora, geb. Hebmüller, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 4. Januar

Klötzer, Elli, geb. Bult, aus Grünhoff, Kreis Fischhausen, am 1. Januar
Rindermann, Elsbeth, geb. Penning, aus Saalfeld, Kreis Mohrunge, am 1. Januar
Stegeberg, Christel, geb. Vogel, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dubberstein, Hildegard, geb. Schetzko, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. Januar
Fink, Bruno, aus Grünhain, Kreis Wehlau, am 1. Januar
Leferink, Herta, geb. Mann, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Thierbach, Claus, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 3. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gothan, Eva-Charlotte, geb. Matheuszik, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Januar
Krüger, Helmut, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Godzieba, Erna, geb. Bendel, aus Klausen, Kreis Lyck, am 4. Januar
Höhne, Charlotte, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 31. Dezember
Junker, Waltraud, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember
Leu, Silvia, geb. Jansen, aus Lyck, am 31. Dezember
Nickel, Dagmar, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 3. Januar
Piasta, Eva, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. Januar
Saling, Frieda, geb. Gusewski, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 31. Dezember
Scharmacher, Kurt, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 31. Dezember
Trinogga, Elisabeth, geb. Jennert, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Januar
Wascheszio, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Januar

Wüstholtz, Christel, geb. Balzereit, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Auf'm Kamp, Karlheinz, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 31. Dezember
Bohlmann, Else, geb. Stiebel, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 2. Januar
Conson, Dietrich, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 31. Dezember
Klewitz, Gerhard, aus Groß Degeßen, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Krüger, Gerda, geb. Koriath, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Januar
Lechleiter, Irmgard, geb. Wlotzki, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 1. Januar
Trost, Heinrich, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 4. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ciesla, Paul, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 2. Januar
Ewald, Edith, geb. Bialas, aus Lyck, am 3. Januar
Fröhlian, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 4. Januar
Hanke, Ilse, geb. Masurat, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Januar
Hartstang, Grete, geb. Schmuck, aus Sortlack, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Januar
Hein, Alfred aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 5. Januar
Jegull, Irmgard, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar
Kirschke, Elli, geb. Hoffmann, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 4. Januar
Mex, Arnold, aus Treuburg, am 31. Dezember
Reese, Eva-Maria, geb. Schalwat, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Januar
Richter, Gerda, geb. Bast, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Januar
Rodeck, Gerhard, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 3. Januar
Sunderkamp, Gertrud, geb. Philipp, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember
Todzi, Waltraud, geb. Falk, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar

Wischniewski, Heinz, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartsch, Hedwig, geb. Loch, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 2. Januar
Bartsch, Ilse, geb. Kupzik, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 1. Januar
Bondzio, Helmut-Otto, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. Dezember
Czerepan, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Emmenecker, Christa, geb. Filbrich, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. Januar
Engel, Otto, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Januar
Hoche, Hertha, geb. Domas, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 1. Januar

Janutta, Gerhard, aus Stenzeln, Kreis Lötzen, am 31. Dezember
Ketter, Edith, geb. Nowotsch, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. Januar
Paschkewitz, Rolf, aus Ebenrode, am 3. Januar
Piotrowski, Hildegard, geb. Gay, aus Schallensee, Kreis Lötzen, am 31. Dezember
Pospieschny, Renate, geb. Nickel, aus Lyck, Bismarckstraße 45, am 6. Januar
Quinque, Christel, geb. Milewski, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Januar
Radzio, Hans-Eberhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 3. Januar
Schimkowiak, Gerda, Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, am 31. Dezember
Schröder, Waltraud, geb. Murza, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 4. Januar
Schulze, Edith, geb. Nikulski, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 3. Januar
Simanski, Wilhelm, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 6. Januar
Stankewitz, Werner, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Januar
Warda, Ursula, geb. Plaga, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 3. Januar
Wunderlich, Christel, geb. Haupt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. Dezember
Zilkenath, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bast, Elfriede, geb. Perrey, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Borkowski, Karin, geb. Behnken, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 31. Dezember
Gregorzewski, Heinz-Dieter, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 2. Januar



2022: Allen Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wünschen wir einen guten Start in das neue Jahr mit den vielen Zweien.

Heckmann, Inge, geb. Maurer, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Januar
Jadischke, Arnold, aus Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 2. Januar
Joswig, Anneliese, aus Gusken, Kreis Lyck, am 6. Januar
Kossul, Edith, geb. Perkuhn, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Kretschmer, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Januar
Kumbert, Brigitte, geb. Preuss, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunge, am 31. Dezember
Oeltze, Eva, geb. Monika, aus Ortelsburg, am 5. Januar
Pieper, Anita, geb. Nowakowski, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 31. Dezember
Schmeer, Ingo, aus Richau, Kreis Wehlau, am 1. Januar
Skupsch, Siegfried, aus Lötzen, am 4. Januar
Stelling, Dietrich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Januar
Tolk, Edeltraut, geb. Kuczewski, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 2. Januar
Urta, Christa, geb. Sakschewski, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrunge, am 6. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kröger, Renate, geb. Urbschat, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Januar
Müller-Eickhoff, geb. Kerstan, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 2. Januar
Ottich, Klaus, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 4. Januar
Rossmann, Egon, aus Herzogswalde, Kreis Mohrunge, am 5. Januar
Rotter, Veronika, geb. Hasenpusch, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 1. Januar

Dittchenbühne

Abgesagt – Coronabedingt muss das Fest der „Russischen Weihnacht“ am 8. Januar abgesagt werden.

Sibbe, Brigitte, geb. Bromberg, aus Neidenburg, am 31. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Zink, Fritz, aus Fischhausen, am 6. Januar



ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Sokollek, Günter, aus Romanken, Kreis Lyck und Ehefrau Grete, geb. Zittlau, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 31. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 2/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 2/2022 (Erstverkaufstag 14. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 4. Januar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Osterode (Ostpreußen)

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwochen in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

6. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahresrückblick

Hof – Sonnabend, 8. Januar, 15 Uhr,
Altdeutschen Bierstube: Jahres-
rückblick. Bitte beachten Sie die
Ankündigungen in der örtlichen
Presse.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard
Schröder, Engelmühlenweg 3,
64367 Mühlthal,
Tel. (06151)148788

Veranstaltung abgesagt

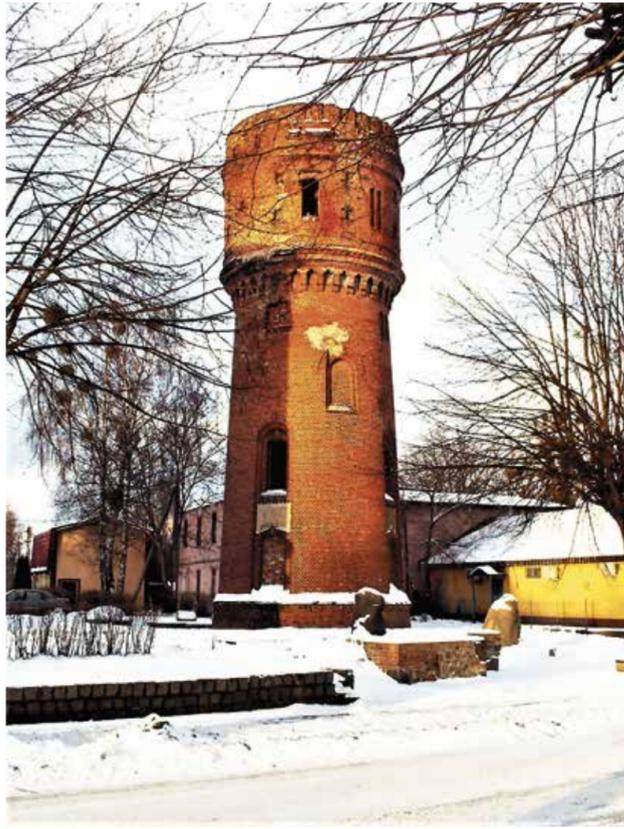
Wetzlar – Das Treffen am Montag,
10. Januar, kann coronabedingt
nicht stattfinden. Kuno Kutz, Tele-
fon (06441) 770559, E-Mail: kuno.
kutz@t-online.de



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz,
Großenhainer Straße 5, 04932
Hirschfeld, Telefon (035343) 433,
reyvio@web.de. **1. Stellvertre-
terin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothen-
stein 22, 58540 Meinerzhagen, Tele-
fon (02354) 4408, brschulz@do-
kom.net; **2. Stellvertreterin:** Hei-
di Pomowski, Heinegras 42, 31840
Hess. Oldendorf, Telefon (05158)
2841, heidi.pomowski@t-online.de;
Kassenwart: Arnold Hesse, Am-
selstraße 6, 26847 Detern, Telefon
(04957) 575, Arnold.Hesse@ewet-
tel.net; Internet: www.kreisgemein-
schaft-heiligenbeil.de

Bilder aus der Heimat:



Das Wahrzeichen der Stadt soll als Museum ausgebaut werden: der
Wasserturm in Heiligenbeil

Foto: Gennadij Lebedintzew

Die Arbeitsbriefe der Landsmann-
schaft Ostpreußen bergen man-
chen Schatz. Ernst Krause hat in
„Ostpreußen erzählt“, herausge-
geben von Martin Kakies und Ru-
dolf Naujok, später abgedruckt in
dem Arbeitsbrief „Zeit der Hoff-
nung – Zeit der Freude“ ein „Lob-
lied auf unseren ostpreußischen
Winter“ gesungen, aus dem an die-
ser Stelle ein Auszug abgedruckt
wird:

„Gewöhnlich war das ganze
Land in weiße, weiche Watte ein-
gepackt, die vor dem Schlimmsten
schützte und die störenden Laute
auffing oder wenigstens dämpfte,
sodass nur das Knirschen der
Schritte und das hellere oder dunk-
lere Klingeln der Schlittenglocken
zu vernehmen war. Besonders am
Abend oder nachts war diese Stille
wohltuend und beruhigend. Wenn

man dann auf seinem Hofe aus
dem Hause trat, die funkelnde
Sternenpracht am schwarzen Him-
mel über sich, und wenn man dann
nur ein paar Schritte vom Hofe
weg aufs Feld hinaus ging und dort
stehenblieb, dann war man mit
dem Lieben Gott ganz allein.
Nichts war zu hören. Höchstens
ganz aus der Ferne drang ein leises
Schlittengeläute an unser Ohr wie
ein schwaches Wimmern aus einer
anderen Welt. Selbst wenn dann
unten im Dorf ein Hund anschluss,
vermochte sein kurzes Bellen, das
nur dumpf über die Schneefläche
herüberklang, die allgemeine Stille
kaum wirklich zu unterbrechen.
Bei Tage hörte man noch hin und
wieder vom Walde her einen Flin-
tenschuß, der ganz unwirklich
klang, und aus der Nähe schnarr-
ten die Nebelkrähen, weil ihnen

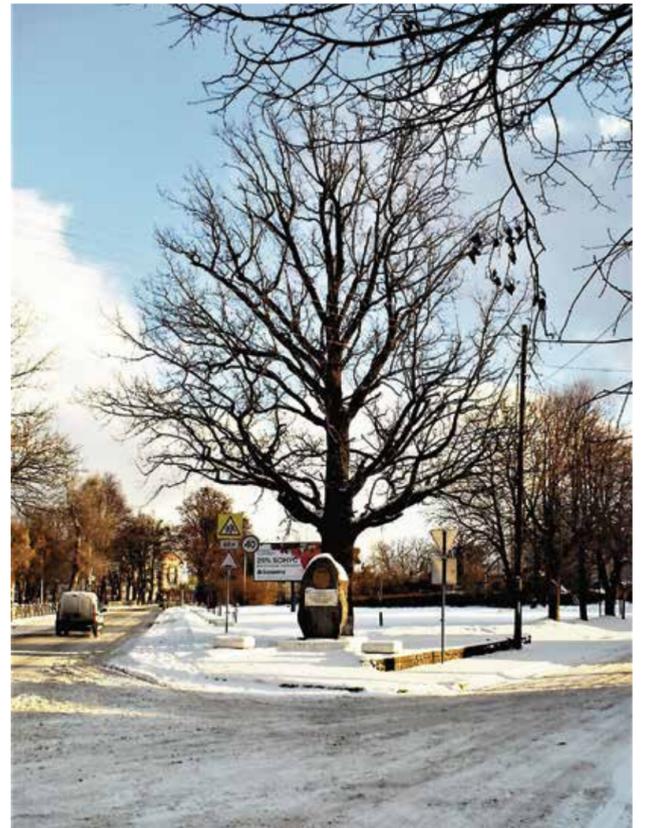


Mit Sonne am schönsten: winterliche Straße in Heiligenbeil 2021

Foto: Gennadij Lebedintzew

der Magen knurrte. Erst wenn in
den Obstgärten die gar nicht men-
schenscheuen Dompfaffen in gan-
zen Gesellschaften ihre blutroten
Brüsten im Schnee plusterten,
wenn oft genug die Seidenschwänze,
die eigentlich im hohen Norden
zu Hause sind, ihr silbernes Sirren
ertönen ließen und gar die kleinen
nordischen Taucher an offenen
Stellen des Baches ihre Künste
zeigten, dann war bei uns richtig
Winter. Dann mußte man jeden
Morgen die Haus- und Stalltüren
freimachen und die Steige auf dem
Hofe und vom Hofe zur Landstraße
ausschaufeln, damit Fütterer
und Melker und Briefträger durch-
kamen, und der Schneepflug schob
die Hauptverkehrsstraßen frei. All-
mählich erhoben sich ganze Mau-
ern von Schnee zur Seite der We-
ge.“

Den gesamten Text und weite-
re Arbeitsbriefe finden Sie auf der
Internetseite der Landsmann-
schaft Ostpreußen [www.ostpreu-
sen.de](http://www.ostpreu-
sen.de) in der Mediathek. In „Vom
Festefeiern in Ostpreußen“ sind
zahlreiche Silvesterspiele wie das
„Kohlchen schwimmen“ enthal-
ten. *Christiane Rinser-Schrut*



In Heiligenbeil: der Bismarckstein

Foto: Gennadij Lebedintzew

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis
von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als
Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BUCHBESPRECHUNG

„Ein Zusammenbruch unserer ganzen Welt“

Individuelle Erfahrungen aus dem Sommer 1945 stehen im Mittelpunkt dieser Sammlung von Zeitzeugenberichten

VON KARLHEINZ LAU

Wie in Deutschland 1945 der Frieden begann – Zeitzeugen berichten“ – so lautet der Untertitel des Buches „Ein Sommer wie bisher kein anderer“.

Bekannte Namen sind unter ihnen: der Schauspieler Armin Müller-Stahl, der Autor Martin Walser, Marianne von Weizsäcker, Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Bundesminister und Bürgermeister von Hamburg, oder Hans Modrow, letzter Ministerpräsident der DDR.

Die Herausgeber haben sich entschieden, aus dem Deutschen Tagebucharchiv in Emmendingen Aufzeichnungen aus jenen Monaten zu bringen, die den Zeitraum der Interviews erfassen (9. Mai bis 6. August 1945), um das Bild der Er-



Einer von insgesamt 24 befragten Zeitzeugen: Armin Mueller-Stahl Foto: Markus Wissmann/shutterstock

innerungen zu ergänzen und in den politischen Zusammenhang zu stellen. Eine Zeittafel des Sommers 1945 unterstützt das. Ein Aditum mit genauer Datumsangabe erscheint durchgehend auf jeder Seite der geführten Gespräche.

Es geht nicht darum, die Inhalte der Aussagen zu kommentieren oder gar zu kritisieren, es sind die individuellen Erinnerungen und Empfindungen der betreffenden Personen. Diese Erfahrungen der 24 Zeitzeugen sind keine anderen als die, die Hunderttausende gleichaltriger Jungen und Mäd-

chen bei Kriegsende gemacht hatten. In zahlreichen Berichten und Erinnerungsbüchern wird das beschrieben.

Das unvorstellbare Chaos im Lande, die zum Teil flächendeckenden Zerstörungen der Wohnhäuser und der Infrastruktur, ein Gewimmel an Menschen: Soldaten der Sieger, deutsche Kriegsgefangene und befreite französische oder russische Gefangene, ehemalige KZ-Insassen, ausgebombte Familien – das alles und vieles mehr zeigt die totale Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung, die

zunächst in völliger Unkenntnis der alliierten Vereinbarungen über Deutschland gelassen wurde.

Aus den Protokollen der Gesprächspartner sollen folgende Punkte herausgegriffen werden, die durchaus verallgemeinert werden müssen: keine Gefühle der deutschen Schuld und Verantwortung, im Gegenteil, alles war feindliche Propaganda; keine Kenntnisse von den Verbrechen der Nationalsozialisten, Holocaust und Auschwitz waren offenbar unbekannt, fester Glaube an Hitler und den Endsieg. Alle

diese Defizite wurden erst allmählich bekannt; sie lösten nicht unbedingt Schuldgefühle aus, wie überhaupt die NS-Ideologie zäh in den Köpfen festsaß.

Die von den Herausgebern befragte Ostpreußerin Annemarie Günther, nach der Flucht war sie in Hamburg gelandet, äußerte sich wie folgt: „Dann erreichten uns Nachrichten über das, was Hitler, was Deutschland getan hatte. Wir erfuhren von Auschwitz, von der Judenvernichtung, von all den Gräueltaten. Das war entsetzlich. Es war ein Zusammenbruch unserer ganzen Welt, in der wir bisher gelebt hatten ... Wie das so lange geheim gehalten werden konnte! Das erscheint den Menschen heute natürlich unglaublich, mir selber auch“.

Oder Friedrich Nowotny, ehemaliger Intendant des WDR. Er hielt sich nach der Kapitulation in der unzerstörten österreichischen Stadt Braunau, der Geburtsstadt Hitlers, auf: „Aber die Menschen, die Hitler 1938 noch mit Jubel empfangen hatten, waren über Nacht wieder Österreicher geworden. Hitler hatten sie nie gekannt, so ungefähr taten sie nun. Die Österreicher waren ja ein befreites Volk – sie deklarierten sich als die ersten Opfer der Nazidiktatur.“

Diese Beispiele vermitteln einen Eindruck von der allgemeinen Bewusstseinslage der Menschen, die nicht zu den Siegern gehörten. Es muss Martin Walser, einem der Interviewten, zugestimmt werden,

dass dieser Sommer wie kein anderer gewesen ist. Alle Berichte der 24 Gesprächspartner spiegeln die Zeitumstände des Jahres 1945 wider und werden nicht durch veränderte Sichtweisen der folgenden Jahrzehnte bis 2020 beeinflusst.

Die Frage muss gestellt werden, warum das Thema dieses Buches 75 Jahre nach Ende des Krieges in Deutschland behandelt wird. Schließlich ist das Angebot persönlicher Erinnerungen auch von Zeitzeugen sehr breit, allerdings bereits in den ersten Jahrzehnten nach 1945 erschienen. Heute wird die Zahl der noch Lebenden immer geringer, die diese Zeit bewusst erlebt haben. Dieses Buch bietet eine der letzten Gelegenheiten, mit Zeugen über die Nachkriegswochen zu sprechen. Hier wird authentisch über den absoluten Tiefpunkt der deutschen Geschichte berichtet, gleichzeitig aber aufgezeigt, wie sich aus Hoffnungslosigkeit Aufbau Stimmung entwickelt. Das kann zum Beispiel durch die Lebensdaten der Gesprächspartner vermittelt werden. Das Buch sollte einen breiten Leserkreis finden.

Hauke Goos/Alexander Smolczyk (Hg.): „Ein Sommer wie

„Ein Sommer wie seither kein anderer“, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2021, gebunden, 233 Seiten, 24 Euro



Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid for a diagonal puzzle with numbers 1-6 in the first column.

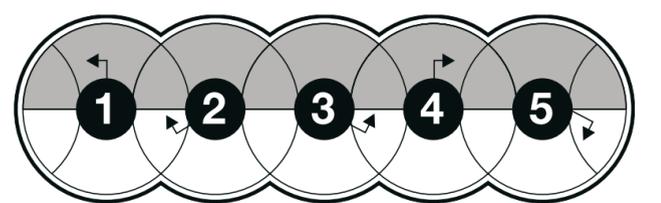
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schiffstypen.

- 1 streng, genau
2 Flächenmaß
3 zu etwas taugen (sich ...)
4 Geschäftsvermittler
5 Sprossenstiege
6 Pferdesportler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Gespräch.

- 1 FKK-Anhänger, 2 keimfrei, 3 Gebieterin, 4 Brause, 5 Wahlspruch



Trakehner

Trakehner Kamingespräche

Passend zur winterlichen Jahreszeit geht es im Januar 2022 bei den Trakehnern der zweiten Staffel des neuen Formats der Trakehner Kamingespräche weiter.

Der Hippologe, Fachbuchautor und Trakehner Experte, Erhard Schulte, referiert jeweils zu einem Thema aus der Geschichte der ältesten und edelsten Reitpferderasse: verständlich für Neueinsteiger, faszinierend für Trakehner Freunde, gleichermaßen unterhaltsam wie informativ – schlicht eine kleine Auszeit aus dem Alltag. Dafür sorgt Schultes nahezu unendliches Fachwissen zu über 280 Jahren wechselvoller Zuchtgeschichte, vorgetragen voller Passion und Empathie für Menschen und Pferde sowie seine jahrzehntelange Erfahrung als Moderator bei Zucht- und Sportveranstaltungen.

Veranstalter ist der Trakehner Verband mit Unterstützung der Trakehner-Turniersport-Gemeinschaft e.V. (TTG). Gastgeberin

vor Ort – mit begrenzter Teilnehmerzahl nach Anmeldung – ist Vorstandsmitglied Marion Drache in der Johannisberger Akademie, Windhagen, Rheinland-Pfalz.

Großes Fachwissen über Trakehner

Live über Zoom dabei sein kann man von fast überall auf der Welt und wer die Live Übertragung verpasst, kann jedes Trakehner Kamingespräch als Podcast oder Youtube Video jederzeit über die Internetseite des Trakehner Verbandes miterleben. Und es lohnt sich! Wenige Sätze am Kamin genügen und man lässt sich mitnehmen in diese Welt der großen Zuchtgeschichte, geht ein Stück Weges mit den Trakehnern.

Die Geschichte der Pferde war stets schicksalhaft mit den großen politischen Umwälzungen und Katastrophen der zurückliegenden drei Jahrhunderte verknüpft und schuf den „Mythos Trakehnen“, der Züchter und Fans bis heute in seinen Bann zieht und dessen Er-

be in der heutigen Trakehner Zucht fortlebt.

Die bisherigen vier Themen sind auf der Internetseite des Trakehner Verbandes unter www.trakehner-verband.de verfügbar: Die Trakehner Landstallmeister und ihre züchterischen Visionen und Verdienste, die legendären Trakehner Stutenherden, der Wert der Trakehner Stutenfamilien bis heute sowie die Hengstlinien und ihr züchterischer Einfluss. Am 7. Januar um 18 Uhr hat das 5. Trakehner Kamingespräch die „Evakuierung und Flucht aus Trakehnen und Ostpreußen“ zum Thema. Die Flucht aus Trakehnen und Ostpreußen über das zugeflorene Haff im Winter 1944/45 gehört zu den ergreifendsten Erlebnissen in der Geschichte der Trakehner Pferde.

Weitere Termine

Zwei weitere Termine – beide mit hochaktuellen Themen – sind noch im Winter geplant: Am 4. Februar um 18 Uhr heißt es „Das Er-

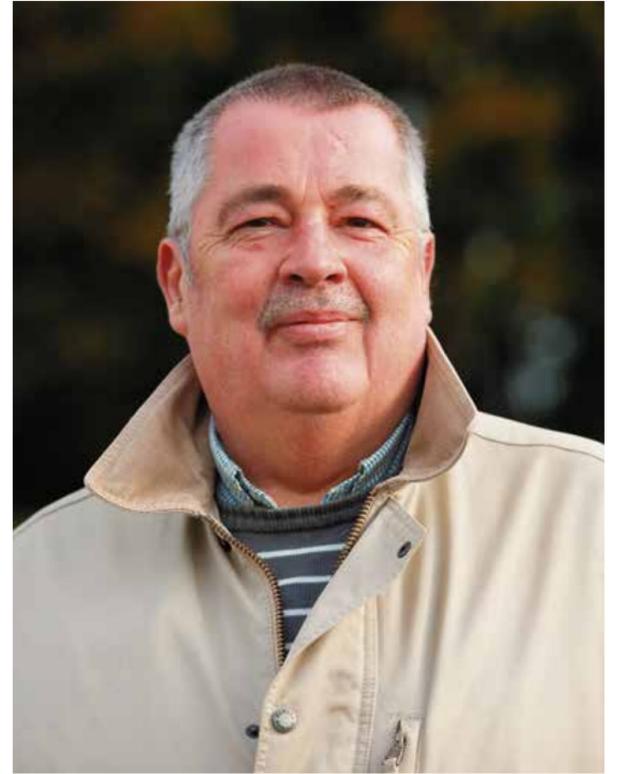
be der Trakehner Stutenfamilien schützen!“ und am 4. März um 18 Uhr folgt der Appell „Genetische Vielfalt erkennen und nutzen!“

Informationen zu den Trakehner Kamingesprächen sowie die Links für die Zoom Schaltungen und die Podcast- oder Videoaufzeichnungen auf der Internetseite des Trakehner Verbandes unter www.trakehner-verband.de

Die Trakehner Kamingespräche finden als Präsenzveranstaltungen mit maximal 15 Gästen in der Johannisberger Akademie statt und sind live über Zoom über diesen Link zu sehen: <https://us06web.zoom.us/j/83350568467?pwd=aVc2bX-BxSWp1NVVzVkJzSGFuMlhsSQ09> Meeting-ID: 833 5056 8467, Kenncode: 730575

Trakehner Verband e.V.

• **Trakehner Verband e.V.**
Rendsburger Straße 178a
24537 Neumünster



Einer der tiefsten Kenner der Trakehner in Geschichte und Gegenwart: Referent Erhard Schulte Foto: Trakehner Verband e.V.

Frühjahrskörung und Hengstschau

Trakehner Hengstwochenende in Münster Handorf

Dieses Jahr wieder live und vor Ort und mit starker Besetzung: Am 5. und 6. Februar findet das Trakehner Hengst-Wochenende mit der Frühjahrskörung und der 23. Hengstschau im Westfälischen Pferdezentrum, Süd- mühlenstraße 33-35, 48157 Münster-Handorf statt.

Die Körung des Trakehner Verbandes beginnt am Samstag, den 5. Februar um 14 Uhr mit der Pflastermusterung, dem Freilaufen und Freispringen der Hengste. Mitte Dezember sind bereits mehrere Junghengste angemeldet, sodass mit einem deutlich größeren Körlot als in den Vorjahren gerechnet werden darf. Am Samstagabend gibt es Gelegenheit zum Austausch beim Züchterabend mit Fachvorträgen zur Linearen Beschreibung und zum Gläsernen Stutbuch. Der Sonntagvormittag startet mit dem Schrittring der Hengste, Vorstellungen unter dem Reiter und der Körung. Die große Trakehner Hengstschau unter Federführung des

Trakehner Zuchtbezirks Westfalen – im vergangenen Jahr pandemiebedingt durch eine Online Alternative ersetzt – ist ab 11 Uhr angesetzt und endet gegen 15.30 Uhr. Zahlreiche Hengsthalter haben bereits Interesse an ihrer Teilnahme bekundet, so dass eine umfangreiche und besonders interessante Hengstkollektion zu erwarten ist.

Die Veranstalter gehen davon aus, dass für alle Anwesenden die 2G-Regel gelten wird. Änderungen der Organisation sind in Abhängigkeit des Infektionsgeschehens kurzfristig möglich.

Karten für die Trakehner Hengstschau sind vom 1. bis zum 28. Januar im Vorverkauf oder am Veranstaltungstag an der Tageskasse erhältlich. Bestellungen sind online möglich unter www.trakehner-shop.de/tickets oder über Gabriele Potthen, Telefon (0152) 55357558, E-Mail: potthen@reitenlage-hohe-mark.de. Dort erhalten Sie auch weitere Informationen zur Hengstschau.

Trakehner Verband e.V.



Der Siegerhengst 2021: Impact v. Millennium

ANZEIGEN

 *Eure Rettung ist wirklich reine Gnade, und ihr empfangt sie allein durch den Glauben. Ihr selbst habt nichts dazu getan, sie ist Gottes Geschenk.* Epheser 2, 8

Traurig nehmen wir Abschied von meinem Ehemann, unserem lieben Vater, Schwiegervater und Opa

Zollamtman i. R.

Erich Stanzick

* 12. Juni 1933 † 19. Dezember 2021
in Königsberg (Pr.) in Eschweiler

In Liebe und Dankbarkeit
Inge Stanzick, geb. Lahmann
Thomas Weirich, geb. Stanzick und **Birgit mit Samuel und Jakob**
Heiko und Anne Stanzick, geb. Hartwig
mit **Ben Melvin, Philipp und Julika**

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

 Land der dunklen Wälder – war seine Heimat, die nach seinem Willen nie vergessen werden sollte. 

Uns wird das Leben gewandelt, nicht genommen. Darum trauern wir nicht wie jene, die keine Hoffnung haben.

Friedrich Wilhelm Bork

* 29. Februar 1932 † 2. Dezember 2021
Königsberg in Preußen Matrei in Osttirol

In tiefer Dankbarkeit für ein Leben voller Liebe.
Deine Hergart C.
im Namen der Familie
und aller Freunde

Kondolenzadresse: A-9971 Matrei in Osttirol, Obersamergasse 2

Karl-Heinz Schneider

Bez. Schornsteinfegermeister i.R.

* 8. Oktober 1936 † 17. Dezember 2021
Wolfsee/Kreis Lötzen Lübeck

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, nur fern.
Tot ist nur, wer vergessen ist.

WIEDER VEREINT

Erna Powilleit

geb. Hoch
* 16. Juli 1927 † 16. Dezember 2021

In tiefer Trauer
Erika Grandt
Familie Carsten Grandt
Familie Andreas Grandt
sowie alle Anverwandten
Bad Pyrmont-Hagen

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 6. Januar 2022, um 13.00 Uhr, in der Friedhofskapelle Bad Pyrmont-Hagen statt.
Anschließend ist die Urnenbeisetzung.
Von Beileidsbekundungen während der Trauerfeier bitten wir abzusehen.
Bestattungsinstitut: U. und M. Frede, Bad Pyrmont, Tel. 05281 / 8523

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preussische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

SILVESTER

Ulkkarten und verbuddelte Glückssymbole

Im Samland gab es verschiedene Traditionen, mit denen das neue Jahr begrüßt wurde

VON WILLI HINTZ

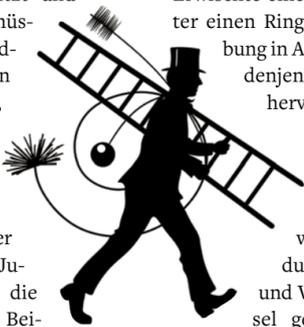
Die Silvesterbräuche der Samländer unterscheiden sich kaum von denen der anderen ostpreußischen Landschaften. Da gab es überall die üblichen Silvesterbälle mit Kostümwang, mit Tanz und Demaskierung um Mitternacht.

Im Samland aber war es bis anfang der 30er Jahre Brauch, zu Silvester sogenannte Ulkkarten an gute Freunde, getreue Nachbarn und dergleichen zu verschicken. Man kaufte die zumeist schmucklosen Postkarten in den einschlägigen Geschäften und dekorierte sie eigenhändig mit den Symbolen des Glücks. Das war dann entweder ein Hufeisen oder ein Schornsteinfeger mit der Leiter, ein Glücksschwein oder ein aufgeklebter Glückspfennig. Artig gehaltene – zumeist selber gereimte Sprüche – waren oftmals, zumal bei Brautleuten, Ausdruck inniger Liebe und Zuneigung.

Selbstgereimtes zum Zeitvertreib

Hier zwei Kostproben: „Zum Neujahrstag gedenk ich Dein, ich wünsch Dir Glück, Erfolg und Schwein. Unterschrift: Dein Dickerchen.“ „Glück und Freude immerdar wünsch ich Dir das ganze Jahr. Dein Marjellchen.“

In den samländischen Großfamilien feierte man Silvester gerne unter sich. Glückssymbole wurden aus Ton gebrannt oder aus Holz geschnitzt und bunt bemalt in einer Schüssel mit Seesand verbuddelt. Nach einigen Gläsern Glühwein oder Punsch, von der Hausfrau kredenzt, forderte der Hausherr die Gäste zum Glückgreifen auf. Man grabbelte nun in der sandigen Schüssel. Der Jubel war groß, wenn die Schwiegertochter zum Bei-



Solch ein großes Feuerwerk gab es in den Dörfern des Samlandes nicht: Eine alte Postkarte zeigt ein Silvesterfeuerwerk im Seebad Cranz
Foto: Sammlung Evgueny Dvoretzki

spiel eine Wickelpuppe erwischte. Ein Geldstück bedeutete einen Gewinn bei der Lotterie, und ein Schornsteinfeger bedeutete Glück über den kurzen Weg. Erwischte eine der heiratsfähigen Töchter einen Ring, war eine baldige Verlobung in Aussicht. Traurig war es für diejenigen, der einen Totenkopf hervor holte.

Inzwischen reichte die Hausfrau zum Kaffee in Fett gebackene Pfannkuchen. Alle feixten, wenn es der Hausfrau durch geschicktes Drehen und Wenden der Gebäckschüssel gelang, dem angehenden

Schwiegersohn, Schmisser genannt, die als einzige mit scharfem Mostrich gefüllte „Porzel“ zuzuschancen. Zur Abwechslung wurde auch Blei gegossen, worauf sich etwa anwesende ältere verwitwete Tanten besonders freuten. Das durch Wasser verformte Stück Blei wurde durch die Orakel der älteren Tanten zukunftsweisend gedeutet.

Kurz vor Mitternacht traktierte sich jeder am delikat zubereiteten Spiegelpfaffen oder an Heringssalat, an Rollmops und gebratenen Klopfen.

Pünktlich zur Mitternacht trieb der Neujahrsbock sein Unwesen. In ein weißes Laken gehüllt, mit Bockshörnern und Pferdeschwanz dekoriert, brüllte er sein:

„Prost Niejoahr, schiet önt oole Joahr!“ durch die samländische Winternacht. Mit einem Eichenknüppel oder auch mit einer Bullenpeitsche, „Penter“ genannt, schlug er auf alles ein, was ihm als Mensch in den Weg lief.

Neujahrsbock kam um Mitternacht

Um Mitternacht wurde nun Wein oder Sekt gereicht und man wünschte einander „Guten Rutsch ins neue Jahr“. Böllerschüsse und Knallfrösche, mitunter auch Raketen sorgten für Lärm und Radau. Die bösen Geister, so hoffte man, würden durch solcher Art Krach und Spektakel vertrieben. Aber die bösen Geister gaben am Tag nach Neujahr mittels der Post ihre Visitenkarten

ab. Nicht alle Ulkkarten waren so harmlos wie zu Anfang beschrieben. Schmachthende Jünglinge, verlassene Bräute, gehörnte Ehemänner und Pumpgenies waren die Zielscheiben von anonym bleibenden Silvesterpoeten.

Hier eine kleine Auslese: „Zum Neujahrstag gedenk ich Dein, Du kleines Ferkel, dickes Schwein. Deine Verfllossene.“

„An Deinem Busen möcht ich rasten wie eine Kuh am Futterkasten. Ein schmachtender Jüngling.“

„Du röhrender Hirsch mit zwölf Stangen, Dein Schmaltier ist fremd gegangen. Ein Jagdaufseher.“

Racheakte in Versform

Diesen letzten Reim mag wohl ein Gastwirt verfasst haben: „Lass Dich ab Neujahr nicht mehr lumpen, bezahl in bar, komm nicht mehr pumpen.“

Die Empfänger solcher Karten rätselten zumeist vergebens, wer wohl als Absender in Frage komme. Die anonymen Schreiber waren gewitzt, verstellten ihre Handschrift oder schrieben mit linker Hand. Es gab auch Karten, welche mit Spiegelschrift bekrizelt waren. Es waren eben ausgefeimte Profies.

In der Silvesternacht trieb auch das Wiesel, „Duck“ genannt, in den ohne Aufsicht stehenden Hühnerställen sein Unwesen. Wie das „Königsberger Tageblatt“ in einem Jahr in seiner nach Neujahr erscheinenden ersten Ausgabe zu berichten wusste, hatte ein menschlicher „Duck“ aus dem Hühnerstall einer samländischen Landfrau sechs ihrer sieben Hühner geklaut. Das siebente Huhn, am Halse kahl gerupft, trug einen Zettel um denselben, auf dem zu lesen stand: „Guten Morgen Mutter, heute brauchst Du wenig Futter. Gestern waren wir noch sieben, heute bin ich ganz allein geblieben.“ Prosit Neujahr!

● **Erzählung** aus dem Archiv der PAZ, die der Redaktion im Jahr 1985 zugesandt wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit Charisma gegen die Deutschen

Der Sejm-Abgeordnete Janusz Kowalski ist für die massive Mittelkürzung beim Deutschunterricht mitverantwortlich

„Kowalski trifft Schmidt“ so heißt eine TV-Sendung, die alle 14 Tage im Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ausgestrahlt wird. „Kowalski trifft Schmidt in den Rücken“, könnte eine Endlosserie der Angriffe von Janusz Kowalski gegen die Deutschen in der Republik Polen heißen.

Eins muss man ihm lassen, Kowalski hat Charisma, und er ist ein begabter Rhetoriker. Der Abgeordnete des Solidarischen Polens (Solidarna Polska) schmettert seit Jahren seine flammenden Reden gegen die Deutsche Minderheit in seiner Heimat, der Woiwodschaft Oppeln. So forderte er laut- und medienstark die Abschaffung deutscher Ortsschilder auf den zwei einzigen Haltestellen unweit von Oppeln, die polenweit solche tragen.

Kowalski fordert Abschaffung deutscher Ortsschilder

Auf dem historischen Bahnhofgebäude in Oppeln will er eine Tafel sehen, auf der die sogenannten fünf polnischen Wahrheiten aufgezählt werden, als da seien:

„1. Wir sind Polen, 2. Der Glaube unserer Eltern ist unser Glaube, 3. Ein Pole ist Polen ein Bruder, 4. Jeden Tag dient der Pole seinem Volk, 5. Polen ist unsere Mutter und von einer Mutter darf nicht

schlecht gesprochen werden.“ Diese wurden 1938 während des I. Kongresses der Polen in Deutschland im Theater des Volkes in Berlin proklamiert und sind Kowalski heilig.

34.5

Millionen Euro Fördergelder insgesamt für muttersprachlichen Unterricht sollen auf Betreiben des Abgeordneten Kowalski bis zum Jahr 2023 gestrichen werden

Am 30. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft rief er vor dem deutschen Konsulat in Oppeln dazu auf, diesen Vertrag zu ändern und die Polen in Deutschland als nationale Minderheit anzuerkennen. Er forderte: „Die Rückgabe des durch die Nationalsozialisten geraubten Eigentums des Verbandes der Polen in Deutschland und eine Symmetrie in der Finanzierung des Polnischunterrichts in Deutschland.“



Ein streitbarer Politiker: Janusz Kowalski

Foto: imago images/newspix

Bei einer Pressekonferenz am 3. Dezember, die Kowalski vor dem Sitz der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Oppeln abhielt, dankte er Premierminister Mateusz Morawiecki, dem Vorsitzenden der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Jarosław Kaczyński und Bildungsminister Przemysław Czarnek,

„dass in der zweiten Lesung des Haushaltes für 2022 ein Regierungsantrag eingebracht wird, wonach im kommenden Jahr umgerechnet etwa 8,5 Millionen Euro für den Deutschunterricht als Minderheitensprache gekürzt werden und 2023 diese Unterstützung um weitere 26 Millionen Euro gestrichen wird.“ Dieses Geld, sagt

er, solle in die Förderung des Polnischunterrichtes im Ausland fließen.

Der Abgeordnete der Deutschen Minderheit, Ryszard Galla, meint, dass sich im Falle einer Annahme des Änderungsantrags kaum etwas am Unterricht ändern würde, und die lokalen Behörden finanziell benachteiligt würden. „Wenn die Eltern den Unterricht in einer Minderheitensprache erklären, ist die Schule nach dem Schulgesetz dennoch verpflichtet, diesen Unterricht zu organisieren“, argumentiert er.

Zukünftig soll es keine deutschen Abgeordneten mehr geben

Der Vorschlag soll wiederholt werden, und in der nächsten Legislaturperiode wird es vielleicht gar kein Mitglied der Deutschen Minderheit im Sejm, dem polnischen Parlament, mehr geben. Dies wäre die Folge einer Änderung des Wahlgesetzes, die Kowalski bereits angekündigt hat. Damit soll der Grundsatz abgeschafft werden, wonach die nationalen Minderheitenausschüsse von der Fünf-Prozent-Hürde befreit sind. Dieser Regel ist es zu verdanken, dass die Deutschen seit 1991 regelmäßig ihre Vertreter in den Sejm entsenden können. Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Poenichen – mehr als ein fiktiver Ort in Pommern

In der Trilogie der Schriftstellerin Christine Brückner um Maximiliane von Quindt findet sich eine ganze Generation wieder

VON ERIK LOMMATZSCH

Keinen Geringeren als Theodor Fontane hatte sich die Schriftstellerin Christine Brückner sozusagen zum Paten ihrer über 900-seitigen Poenichen-Trilogie erwählt. Vorangestellt ist dem Werk ein Zitat aus einem Brief des großen Romanciers, den er im Juli 1887 in Seebad Rüdersdorf verfasst hatte: „Durch mein offenstehendes Fenster strömt der hier, und auch woanders, ständige Mischgeruch von Jauche und Levkojen ein, erster prävalierend, und giebt ein Bild aller Dinge. Das Leben ist nicht bloß ein Levkojengarten.“ So erhielt denn auch der 1975 erschienene erste Band den leitmotivischen Titel „Jauche und Levkojen“, und begeisterte Leser wollen bei Brückner tatsächlich bezüglich ihrer Erzählweise Parallelen zu Fontane entdeckt haben.

Das Leben im alten Pommern

Ausgangspunkt der Trilogie Brückners ist das Gut Poenichen in Hinterpommern, im heutigen Polen. Es orientiert sich zwar an einem realen Vorbild, verdankt sich aber, nebst dem gleichnamigen Dorf, der Phantasie der Autorin. Allerdings lokalisiert sie den fiktiven Ort ziemlich genau. Zu finden sei er, wenn man auf einer Karte Dramburg, Arnswalde und Deutsch Krone, das allerdings schon zu Westpreußen zählt, wie sie korrekt anmerkt, mittels dreier Geraden zu einem Dreieck verbindet und dann den Mittelpunkt suche.

Hauptperson aller drei Romane ist Maximiliane von Quindt, deren Lebensweg die Wechselfälle der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Als sie geboren wird, wird eigentlich ein Stammhalter erwartet. Und genauso verkündet es die Hebamme, die Witwe Schmalz, nach der Entbindung zunächst auch. Natürlich stellt man schnell fest, dass es nicht der „kleine Baron“ ist. Getauft wird Maximiliane bezeichnenderweise am 11. November 1918, dem Datum des Waffenstillstands. Davon sowie von der zwei Tage zuvor verkündeten Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der

Republik ist im abgelegenen Poenichen noch nichts bekannt. Da der Vater gefallen ist und die aus Berlin stammende Mutter wenig Bezug zu ihrem Kind und zum pommerschen Landleben hat, nimmt sich der Großvater, beharrlich als der alte Quindt bezeichnet, seiner Enkelin an, die er auf seine Nachfolge vorbereitet.

„müssen endlich lernen, daß auch ein Kornfeld ein Feld der Ehre ist!“ In einem etwas plakativen Wortspiel heißt es, derartige Aussprüche des Gutsherrn seien „Quindt-Essenzen“. In den Umbrüchen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg äußert er sich über die Unterschiede, die „nun abgeschafft werden“ sollen: „Alle

Maximiliane heiratet Viktor Quint – entfernt verwandt, aus einer anderen Linie, daher auch die andere Schreibweise des Namens. Dieser wiederum ist Anhänger des NS-Regimes und wird den Krieg nicht überleben. Vor der anrückenden Roten Armee flieht Maximiliane mit dem Treck in Richtung Westen. Die Großeltern brin-

mern enden mit dem ersten Band der Poenichen-Trilogie, der äußerst erfolgreich war. Das Gut – als Symbol – bleibt auch weiterhin präsent. Die fünffache Mutter Maximiliane schlägt sich selbstbewusst durch, in der Nachkriegszeit, im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik. Facettenreich sind die Handlungsstränge.

Im zweiten Band „Nirgendwo ist Poenichen“ macht sich Maximiliane auf den Weg zum ehemaligen Gut der Familie – und muss feststellen, dass diese Welt in jeder Hinsicht untergegangen ist. Im dritten Band „Die Quints“, erschienen 1985, ist dann bereits der Zeitgeist vorherrschend: Maximilianes Sohn kandidiert für die Grünen. In einem Nachwort ist, nicht zu Unrecht, von einem „alternativ-ökologischen“ Roman die Rede. Die große Bedeutung der Herkunft wird jedoch unterstrichen, wenn Maximiliane feststellt: „Es gibt Menschen, die haben nie ein Poenichen besessen.“

Autorin war gebürtige Hessin

In dem, was sich mit Poenichen verbindet und vielen, wenn sicher auch nicht allen Aspekten der davon ausgehenden Romanhandlung fand sich eine ganze Generation wieder, die ihre Heimat verloren hatte. Zur Popularisierung trug die mehrteilige Fernsehverfilmung der beiden ersten Bände der Trilogie bei. Dass die Autorin Brückner selbst gebürtige Hessin und vor allem mit Kassel verbunden war, erstaunt. Angesichts der einfühlsamen Schilderungen Pommerns hätte man mehr autobiographische Bezüge vermutet als einen kürzeren Aufenthalt auf einem der dortigen Güter in den Kriegsjahren.

Für die Erinnerung an die Schriftstellerin, für deren umfangreiches Schaffen eine 20-bändige Werkausgabe steht, gab es im Dezember 2021 gleich zwei Anlässe: Der 10. wäre ihr 100. Geburtstag gewesen, der 21. ihr 25. Todestag. Davon, dass Christine Brückner auch immer überraschende Perspektiven aufzuzeigen wusste, zeugen Formulierungen wie die Umkehrung einer geläufigen Vermutung: „Das Leben hält sich oft eng an die Literatur und vermeidet dabei kein Klischee.“



Das Herrenhaus Pammin, die Lage stimmt. Könnte es Poenichen gewesen sein? – Aus der Sammlung Alexander Duncker

Der alte Quindt ist ein Ausnahme-Landedelmann, einer, der die neue Zeit sieht und, gemessen an seinem Stand, schon fast linke Tendenzen zeigt. Dennoch bleibt er ein konservativer Realist. Brückner hat mit ihm einen bemerkenswerten Charakter geschaffen. Im Landtag, noch in der Zeit der Monarchie, lässt sie ihn sagen, die Deutschen, zumal die Preu-

gleich reich, das geht nich, also alle gleich arm, darauf kommt es raus. Nur durch Teilen kommt keiner nach oben. Es muß auch in einem liegen.“

Auch wenn Maximiliane die eigentliche Leitfigur des Werkes ist – in „Jauche und Levkojen“ ist der Großvater, der alte Quindt, ebenso handlungstragend. Den Nationalsozialismus lehnt er dezidiert ab.

gen es nicht über sich, Poenichen zu verlassen, sie bleiben zurück und nehmen sich das Leben. In einem der tragischsten Momente des Romans sagt die Frau des alten Quindt zu ihrem Mann: „Du wirst es tun müssen. Du weißt, ich kann nicht schießen.“

Die eindrücklichen Schilderungen der Provinz und des Lebens in Hinterpom-

KULINARISCHES

Echter „Bismarck-Hering“ kommt nur aus Stralsund

Original Stralsunder Bismarckhering seit 1871

Vor Kurzem feierten die Stralsunder das Jubiläum „150 Jahre Bismarck-Hering“ mit einem Straßenfest. Sie haben richtig gelesen: Im Jahre 1871 wurde in der Hansestadt am Strelasund die Marke „erfunden“. Verantwortlich dafür war der aus Redebas gebürtige Kaufmann Johann Christoph Friedrich Wiechmann. Er erwarb am 1. Mai 1853 das Haus Neuer Markt 6 und eröffnete eine „Materialwarenhandlung“ mit Schankgenehmigung für Bier und Branntwein. Hauptsächlich verkaufte er aber Fische und Produkte, die er, vielmehr seine Ehefrau, aus ihnen herstellte. Unter einem Schuppendach auf dem Hof nahm Carolina Wiechmann Heringe, Hornfische, Flundern, Aale und Lachse aus. In der Küche wurden sie gebraten, sauer eingelegt und danach lose oder in Fässchen verkauft.

Verehrer Bismarcks

Geräucherten Lachs soll es seit 1860 gegeben haben. Johann Wiechmann war ein großer Verehrer Otto von Bismarcks. Nicht umsonst hatte er einem seiner Söhne den Vornamen Otto gegeben. Zu sei-

nem Geburtstag am 1. April 1871 übersandte Kaufmann Wiechmann dem Reichskanzler ein Fässchen mit entgräteten und in einem sauren Aufguss eingelegten Heringen. Bismarck war bekanntlich

kein Kostverächter. Er verschmähte auch den Hering nicht. Von ihm soll folgender Spruch überliefert sein: „Wenn Heringe genauso teuer wären wie Kaviar, würden ihn die Leute weitaus mehr schätzen.“

Mit einem persönlichen Handschreiben bedankte er sich beim Stralsunder Händler für das Geschenk. Wichmann hatte nunmehr eine einfache, aber wie sich späterhin herausstellen sollte, grandiose Idee. Er schickte Bismarck wiederum ein Fässchen mit Heringen. In einem beigelegten Schreiben bat er nunmehr „untertänigst“, dem köstlichen Produkt den Namen „Bismarck-Hering“ geben zu dürfen.

Der Reichskanzler übermittelte hocherfreut sein Einverständnis. Somit ist Stralsund der Ort, an dem der in ganz Deutschland und über die Landesgrenzen hinaus bekannte „Bismarck-Hering“ erstmals verkauft wurde. Zugegeben, es gibt noch andere Erklärungen, wie der „Bismarck-Hering“ zu seinen Namen kam. Aber diese lassen wir mal außen vor.

Geheimes Originalrezept

Nach der Wende erfuhr der Stralsunder Fischhändler Henry Rasmus von dieser Begebenheit. Er setzte sich mit den Nachfahren von Johann Wiechmann in Verbindung, die ihm das verschollen geglaubte Originalrezept überließen und die Erlaub-

nis zur Vermarktung des echten „Bismarck-Herings“ erteilten.

Anfang des Jahres verabschiedete sich Henry Rasmus in den Ruhestand und übergab seinen Laden und das Rezept zur Herstellung des „Bismarck-Herings“, das natürlich geheim ist, an Mathias Schilling, einst bekannt geworden durch den Hiddenseer Kutterfisch. Somit ist auch weiterhin gesichert, dass der einzig echte „Bismarck-Hering“ in der Hansestadt Stralsund hergestellt wird.

Bismarck-Hering für George Bush

Viele prominente Politikerinnen und Politiker kamen schon in den Genuss des Stralsunder Produkts. Beim G7-Gipfel 2007 in Heiligendamm, aber auch 2006 beim Besuch des amerikanischen Präsidenten George Bush in Stralsund gab es den legendären „Bismarck-Hering“ als Geschenk per Fässchen. *Christian Rödel*

● **Info** Hier können Fischspezialitäten aus Vorpommern bestellt werden, natürlich auch den Bismarckhering im Fässchen. www.fischhandel-rasmus.de



150 Jahre Bismarckhering aus Stralsund. Dem Reichskanzler mundete diese Spezialität, sodass er gerne seinen Namen dafür gab *Foto: Christian Rödel*

„Zum Wohle Deutschlands“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ihre Zeitung bringt viele interessante Dinge, wofür ich sie schätze, aber die Berichte bezüglich Corona auch einiger Leser kann ich nicht teilen und finde ich zum Teil beschämend gegenüber erkrankten Personen“

Patrick Marien, Berlingen



Ausgabe Nr. 50

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

OLAF IN DER MERKEL-SCHULE ZU: WIE LANGE WIRD SCHOLZ' SCHWEIGE-MASCHE HALTEN? (NR. 50)

Wieso eigentlich wie lange noch? Olaf Scholz war doch noch nie anders, und wenn er redet, kann man ihn oft nicht verstehen. Und dann noch die lange „Merkelsche Schule“, auch viel schweigen oder zu wenig reden. Warten, bis irgendwo etwas nicht so läuft, wie sie sich das vorgestellt hat, und dann als vermeintliche Retterin auftreten. Der jetzige Bundeskanzler hat auch während der letzten Regierungszeit zu viel geschwiegen. Aber auch da hat er etwas von Angela Merkel gelernt: Die Abrechnung mit der Vorgänger-Regierung.

Dabei hat die SPD alles mitgetragen. Es wäre sehr gut gewesen, wenn die jetzige Regierungspartei gelegentlich auch nein gesagt hätte. Machterhalt oder noch mehr Macht bekommen, war wichtiger. Diese Regierung ist nicht positiver zu bewerten als die vorherige. Sie ist ein Fehler.

Heinz-Peter Kröske, Hamel

GRÜN HINTER DEN OHREN ZU: FEMININ – UND HESSISCH (NR. 50)

Wer den Menschen in Deutschland zukünftiges Wohlergehen gönnt, der muss auf den Erfolg der Ampelkoalition setzen: Drei Parteien ziehen im Bundestag am gleichen Strang – eine Weiterentwicklung der deutschen Demokratie.

Eine erfolgreiche Umsetzung des anspruchsvollen Ampelkoalitions-Vertrags setzt kompetente, erfahrene Ministerinnen und Minister im Bundeskabinett voraus. In erster Linie Bundeskanzler Olaf Scholz. Einige – wichtige – Ministerposten sind durchaus mit überzeugenden Persönlichkeiten besetzt: so das Finanzministerium, das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, das Arbeits- und Sozialministerium wie auch das Gesundheitsministerium.

Eher problematisch erscheint mir die Besetzung des Innenministeriums sowie

des Außenministeriums. Innenministerin Nancy Faeser wird sich in vielen Fällen mit dem Finanz-, dem Gesundheits-, dem Wirtschafts- oder dem Arbeits- und Sozialministerium absprechen müssen.

Bezüglich des Außenministeriums wird sich wohl die gleiche Regelung einpendeln, wie dies in der Ära Merkel der Fall gewesen ist: Der Bundeskanzler bestimmt in großen Zügen die deutsche Außenpolitik und damit im Großen und Ganzen – in Absprache mit Frankreich – auch die EU-Politik. Außenministerin Annalena Baerbock wird eher die Details ausgestalten. Ich hoffe, dass die nicht so kundigen Ministerinnen und Minister sich von den erfahrenen Kollegen beraten lassen. Zum Wohle Deutschlands!

Jürg Walter Meyer, Leimen

EIN AUSSENPOLITISCHES ERBE ZU: VOM ZWECK ZUM MITTEL (NR. 48)

Kaum im Amt, schon in Paris und Brüssel. Das ist das symbolisch hochgradig aufgeladene Pflichtprogramm der ersten Antrittsbesuche für alle, die neu an der Spitze des Auswärtigen Amtes sind. Annalena Baerbock hat durch ganz besondere Schnelligkeit ein zusätzliches Zeichen gesetzt. Das lässt darauf hoffen, dass es ihr sehr ernst damit ist, die deutsch-französische Freundschaft als Motor der EU nach dem Stillstand der vergangenen Jahre endlich neu zu beleben.

Baerbock fügte noch ihre Vorstellungsvision in Warschau hinzu, was ebenfalls ein klares Signal ist, womit die Grünen-Politikerin allerdings lediglich aufgreift, was ihr Vorgänger Heiko Maas vorgemacht hat. Letzterer blieb als Außenminister dennoch eine Fehlbesetzung. Deutschland hat insbesondere in der vergangenen Legislaturperiode dramatisch an Profil und Gewicht auf europäischem und globalem Parkett eingebüßt, was vor allem das Verschulden von Kanzlerin Angela Merkel ist.

Die Europäische Union droht in viele Teile aufzubrechen. In zentralen Fragen

wie dem Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Migrations- und Asylpolitik geht es keinen Millimeter voran.

China gewinnt derweil international immer weiter an Einfluss und hat die USA als Weltmacht Nummer 1 klar abgehängt. Chinas neuer Verbündeter Russland, von dessen Gas sich das Merkel-Deutschland abhängig gemacht hat, zeigt auf höchst aggressive Weise seinen Machthunger. Putin hat sich zum Ziel gesetzt, die alte UdSSR wiederherzustellen.

Es braucht Strategien, damit die EU, mit Deutschland und Frankreich an der Spitze, nach der konzeptionslosen Merkel-Ära wieder zu einem bedeutenden Akteur wird, der auch als Ordnungsmacht des Friedens respektiert und akzeptiert wird. Hier müsste Baerbock konzeptionell zügig liefern, anstatt einfach nur vage Drohungen in Richtung Moskau und Peking auszusprechen.

Damit wird sie die beiden Großmächte, die vor allem mittels eines gigantischen wirtschaftlichen und militärischen Erpressungspotentials in der Lage sind, viele Länder der Erde einschließlich Europa unter sich aufzuteilen, nicht beeindrucken können. Die schweren weltpolitischen Hinterlassenschaften der einst mächtigsten Frau der Welt treten bereits wenige Tage nach ihrem Abgang offen zu Tage.

Alfred Kastner, Weiden

MISERABLE KANZLERIN-BILANZ ZU: ENDE EINER „ALTERNATIV-LOSEN“ ÄRA (NR. 48)

Die Lobeshymnen vieler Medien auf die Ex-Kanzlerin klingen nur sehr langsam ab, und doch gibt es für eine Verklärung von Angela Merkel wahrlich keinen Grund. Denn für etliche war Merkel das größte Unheil, das Deutschland seit der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 überkam. Sie sind froh, dass diese Frau endlich keine Verantwortungsposition mehr hat. Denn nachdem sie die Berliner Politbühne betrat und Kanzlerin wurde, ging es mit der Bundesrepublik bergab.

Spätestens mit der Banken- und Schuldenkrise verlor Deutschland zunehmend seinen Einfluss auf die EZB. Die Italiener und Franzosen, die eine Währung noch nie unter dem primären Aspekt der Stabilität betrachteten, übernahmen die Kontrolle über den (T)Euro, Stichwort: Anleihekäufe und Minuszinsen. Die deutsche Regierung degradierte sich zum Zaungast der Geldpolitik.

Im Sommer 2015 versetzte Merkel dann Europa und Deutschland wegen ihres Umgangs in der Flüchtlingskrise in Angst und Schrecken, denn sie lockte ein Millionenheer von Menschen teilweise regelrecht an. Einziger Kommentar: Wir schaffen das! Das führte 2016 auch mit zum EU-Austritt der Briten. Die EU-skeptische Partei UKIP hatte auf ihren Wahlkampfbussen Flüchtlingsströme in Richtung Großbritannien abgebildet. Dann kam Corona. Merkel hatte nichts Eiligeres zu tun, als mit dem französischen Präsidenten Macron Corona-Bonds ins Leben zu rufen. Damit haften die Deutschen erstmals für die Staatsschulden fremder Länder.

Fazit: Eine Frau, die so viel Schaden angerichtet hat, kann man gar nicht verklären.

Claus Reis, Schwabach

RUDER NACH BACKBORD ZU: FÜR DEUTSCHLAND WIRD GLASGOW EIN DESASTER (NR. 46)

Spätestens am Ende des Jahrzehnts wird über die Klimahysterie aus Deutschland ein Etwas werden, über das sich die Welt schon heute amüsieren dürfte, und was im PAZ-Artikel mit „Untergrabung der industriellen Basis“ und „Abwanderung der Industrie“ treffend dargestellt wurde. Eigentlich wäre es genau jetzt an der Zeit gewesen, dass eine vernünftige und – vor allem – realitätsbezogene Politik noch das Ruder herumwirft, aber leider hat sich scheinbar der Großteil des Volkes für lächerlich-dumme, aber kreuzgefährliche Ideologen entschieden, die nun den Untergang gezielt ansteuern werden. Schade!

Manfred Kristen, Freital

ANZEIGE

Was 2021 nicht in der Zeitung stand

■ Preisfrage: Was war noch wahnsinniger als das Jahr 2020, in dem die »Corona-Krise« begann?
Antwort: das Jahr 2021, auf das dieses Enthüllungsbuch zurückblickt. In bewährter und routinierter Manier seziiert Bestsellerautor Gerhard Wisnewski mit seinem neuen Jahrbuch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2022* zum 15. Mal das jeweilige Vorjahr und nimmt den Leser mit auf einen atemberaubenden Ritt durch das »Jahr 2 n.C.« (nach Corona). Während Silvesterböller verboten bleiben, zündet Wisnewski ein Feuerwerk der Recherchen und präsentiert einen bunten Strauß aus unterdrückten und haarsträubenden Nachrichten aus dem Jahr 2021:

- warum deutsche Behörden den verstorbenen angeblichen Attentäter von Hanau im Meer versenkten,
- warum plötzlich reihenweise afrikanische Staatschefs das Zeitliche segneten,
- wie man die Menschen von Ahrweiler ertrinken ließ,
- was die rätselhaften Todeslisten der berühmigten Deagel-Website wert sind,
- wie Dschingis Khan mit Völkermord das Klima schützte,
- wie und wodurch der Containerfrachter *Ever Given* im Suezkanal hängen blieb,
- warum die deutschen Lande schon bald wieder versumpfen sollen,
- wie sich der Autist Bill Gates als Assistent Gottes aufspielt,
- wie ein Nobelpreisträger gerade rechtzeitig vor der »Corona-Pandemie« starb,
- wie die AfD beinahe einen Ministerpräsidenten stellte,
- warum Afghanistankrieg und 9/11 in Wirklichkeit eine große Party waren (außer für die Soldaten und die »kleinen Leute«),
- wie Normalbürger zu Unmenschen gemacht werden, u. v. a. m.

Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. Erfolgsautor und Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell aus der Berichterstattung?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2021.



Gerhard Wisnewski:
verheimlicht – vertuscht – vergessen 2022 • gebunden
288 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 100 • 16,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

MUSIK

Rückkehr in den Sperrbezirk

Musikalisches Urgestein aus Bayern: Die Spider Murphy Gang feiert Bühnenjubiläum. Derweil gibt ein „Gang-Mitglied“ sein Solo-Debüt

VON MARKUS BAUER

Im neuen Jahr steht ihr 45. Jahrestag an. Ob es gefeiert werden kann, steht angesichts Corona in den Sternen. „Mir san a bayerische Band“: Damit beschreiben sie sich selbst, die Zeile kennt seit Beginn der 80er Jahre fast jede Generation in Bayern und darüber hinaus. Die Rede ist natürlich von der Spider Murphy Gang. Ihre Kracher „Skandal im Sperrbezirk“ und „Schickeria“ sind seit 1981 bei Festen und Partys Dauerbrenner.

Doch mit Feiern und großen Auftritten ist es seit März 2020 schwierig. Diese Zeit nutzte daher Barney Murphy (eigentlicher Name: Gerhard Gmell), Gründungsmitglied und bis heute Gitarrist bei der Spider Murphy Gang, zu seiner ersten Solo-CD. Bandkollege und Mitgründer Günther Sigl (74) hat bereits 2010 mit seiner Band ein Album veröffentlicht, und auch Keyboarder Ludwig Seuss hat nebenher seine eigene Gruppe, mit der er tourt und Platten aufnimmt. Da „Radio Hitz“, die letzte Scheibe der „Gang“, schon gut 20 Jahre zurückliegt, freuen sich (nicht nur) die Musikfans auf jede neue Aktivität im Spider-Dunstkreis.

Auf den zehn Songs von Murphys Solo-CD „Gemischte Platte“ ist er erstmals als Sänger zu hören. Denn die Lieder der Spider Murphy Gang stammen fast alle von Sigl, der sie auch singt. In den vergangenen Jahren hat sich Barney Murphy (67) intensiv dem Gitarrenspiel gewidmet. Waren bisher vor allem der Rock 'n' Roll und hier Chuck Berry das Idol, erweiterte er nun seine Gitarren-Fertigkeiten im Swing, Jazz und Gypsy. Django Reinhardt oder Dorado Schmitt sind ihm nacheifernswerte Vorbilder.

Reminiszenz an Rosi

So ist das Album eine gelungene Mischung aus Spider-Nummern, darunter eine Reminiszenz an Rosi aus dem „Skandal im Sperrbezirk“, Swing-Stücken wie „Sheik of Araby“, das auch die Beatles im Reper-



In München wird wieder gerockt: Die „Gang“ mit Günther Sigl, Otto Staniloi und Barney Murphy (v.l.)

Foto: Bauer

toire hatten, und jazzigem Swing („Bossa Dorado“). Aber auch das „Harry Lime“-Thema aus dem Film „Der dritte Mann“ (Original von Anton Karas mit der Zither) ist Murphy und seinen Mitstreitern gut gelungen. Am Schlagzeug saß mit Andreas Keller der seit 2016 aktive Spider-Drummer. Auch Otto Staniloi, seit 1986 bei der „Gang“ für die Blasinstrumente zuständig, sowie Seuss wirkten bei einigen Stücken mit. „Barney und der Swinger Club“, so der Bandname, wollen – wenn möglich – 2022 diese und sicher noch etliche mehr Songs auch live spielen.

Das Gleiche gilt für die Spider Murphy Gang, zumal im 45. Jahr ihres Bestehens. Doch die Bandhistorie beginnt früher. Sigl hing 1971 den Banker-Beruf an den Nagel, um sich ganz der Musik zu widmen. Für

seine Musikgruppe suchte er per Inserat einen Schlagzeuger. Die Annonce las in Kulmbach Franz Trojan, der auch als Profimusiker durchstarten wollte. Dann stieß der Fernmeldetechniker Gmell dazu, der den Spitznamen „Barney“ trug. Mit Fritz Haberstumpf bildeten die Musiker die Band „Stummick“. Mitte 1977 verließ Haberstumpf die Gruppe, im Sommer übten sie zu dritt, bis Murphy von dem Pianisten Michael Busse erzählte, der in München Physik studieren wollte und nebenher als Pianist Anschluss an eine Band suchte. Bei einem Besuch Sigls und Murphys bei Busse waren die zwei Gitarristen hin und weg von Busses Piano-Spiel – und verpflichteten ihn.

Die Urbesetzung der Band stand, es fehlte nur noch der Name. Dieser war ei-

nem Textabschnitt im „Jailhouse Rock“ von Elvis Presley entlehnt. Am Anfang des Abschnitts heißt es „Spider Murphy played the tenor saxophone“, am Schluss „the whole rhythm section was the Purple Gang“. Daraus wurde „Spider Murphy Gang“ – und Barney hat seitdem den zweiten Teil seines Künstlernamens.

Als erste West-Band in der DDR

Von den Auftritten der Gruppe in München erfuhr der Moderator des Bayerischen Rundfunks (BR) und Rock 'n' Roll-Enthusiast Georg Kostya und verpflichtete die „Spiders“ als Hausband für seine Sendung „Rockhouse“ – jedoch unter der Bedingung, dass sie in jeder Sendung ein Lied in Bairisch singen. Sigl und Co. fanden Gefallen daran. Der erste Titel ist

„Rockhouse“, der Titelsong der Reihe, viele weitere folgten.

Während in der Musikszene die Neue Deutsche Welle Fahrt aufnahm, erschien 1980 die LP „Rock 'n' Roll Schuah“. So traf 1981 der auf Hochdeutsch gesungene „Skandal im Sperrbezirk“ mit der neuen Pop-Richtung zusammen. Dass das von der Prostituierten „Rosi“ handelnde Lied im BR nicht gespielt wurde, tat ein Übriges: Die Nachfrage nach der Single und der zweiten LP „Dolce vita“ war enorm. Wegen des Bannes für „Rosi“ schob die Gruppe als weitere Single „Schickeria“ nach – ebenfalls mit Top-Quoten. Dieses Lied wurde im Radio gespielt – wie weitere aus dieser und der Vorgänger-LP auch.

Nun lief es so richtig – ausgedehnte Tourneen, Berichte in Jugend- und Klatschmagazinen, Gold- und Platinplatten, TV-Auftritte. 1983 kam der Film „Die Spider Murphy Gang“ in die Kinos, im selben Jahr spielte die „Gang“ als erste westdeutsche Band in der DDR. Zwar tourte sie nach dem Abflauen der Neuen Deutschen Welle weiter, doch die neue LP „Wahre Liebe“ (1985) und die Single „Caddillac“ waren nicht mehr so stark gefragt.

Auch wenn die Plattenverkäufe zurückgehen, live ist die Spider Murphy Gang im ganzen deutschsprachigen Raum angesagt. Auch personelle Umbesetzungen taten keinen Abbruch: Seuss ersetzte Busse, für den 2021 gestorbenen Trojan stießen Paul Dax und später Andreas Keller zur Gruppe. Als weiterer Gitarrist kam Willie Duncan dazu. Auf den Saxofonisten Willy Ray Ingram folgte Staniloi. Bei den Unplugged-Konzerten war als Perkussionist zuletzt Dieter Radig, ein Jugendfreund Sigls, dabei. Als Vertretung von Seuss greift inzwischen auch mal Wolfgang Götz in die Tasten.

Nun bleibt abzuwarten, was das Jahr 2022 bringt. Die Spider Murphy Gang steht ebenso in den Startlöchern wie Sigl, Barney Murphy und Seuss mit ihren Solonummern. Und auch Busse, Ur-Pianist und -Keyboarder, ist musikalisch wieder aktiv.

DAS JAHR 2022

Reise in eine hoffnungsvollere Zukunft

Was erwartet uns in den kommenden zwölf Monaten? – Gedanken zum neuen Jahr in Zeiten der Pandemie

Das neue Jahr liegt nun vor uns, frisch und unberührt wie Neuschnee. Niemand hat bisher Fußstapfen hinterlassen. Doch nach zwei Jahren Ausnahmezustand wegen einer grässlichen Pandemie wagt man sich mit unsichereren Schritten als all die Jahre zuvor auf die Reise durch zwölf neue Monate. Das Ziel ist auch deshalb völlig offen, weil man vielleicht selbst einen nahen Angehörigen verloren hat. Der erste Schritt ist dann besonders schwer.

Aber reisen wir erst einmal gedanklich zu der kleinen Kirche, die in diesem Artikel abgebildet ist. Was befindet sich darin? Ist sie überhaupt geöffnet? Gibt es einen Weg dorthin? Wo geht es lang, wenn man den Schnee durchschreitet? Ist hinter der Anhöhe ein Abgrund? Wird man in diesem Jahr sogar das Bergmassiv dahinter erklimmen? Vielleicht haben viele sich etwas ganz anderes vorgenommen, eine weit größere Reise oder einen Hausbau. Vielleicht muss man in diesem Jahr sogar eine Trennung vollziehen oder man trifft unerwartet auf den richtigen Partner. Oder man hat vor, beruflich etwas kürzer zu treten, um die Wohnung zu renovieren oder Freundschaften zu erneuern.

Für jeden ist der Anfang des neuen Jahres etwas Besonderes, auch wenn es die Menschen oft nicht zugeben wollen. Doch es ist gar nicht nötig, sich etwas vorzunehmen, weil man sein Leben immer ändern kann, an jedem Tag, zu jeder Stunde. Dazu bedarf es nicht eines Datums, auf das gewartet werden muss. Man sollte immer neugierig sein auf das, was kommt. Jeder neue Tag dieses beginnenden Jahres ist wie eine Schatzkiste mit ungewissem Inhalt. Wer weiß, ob man nicht heute oder morgen die Begegnung seines Lebens macht? Und damit ist nicht unbedingt eine Partnerin oder der Traumprinz gemeint. Es kann doch sein, dass einem das Leben Weichen stellt, mit denen man niemals gerechnet hat. Es kann passieren, dass sich das Leben in eine ganz andere Richtung entwickelt, weil man morgens im Supermarkt aus Versehen von einem Menschen angerempelt wird. Nicht immer muss gleich ein ärgerliches Streitgespräch entstehen. Könnte man den Zwist nicht mit einem freundlichen Gespräch befrieden? Und könnte daraus nicht eine dauerhafte Freundschaft entstehen, vielleicht sogar die große Liebe?



Im unberührten Neuschnee: Marienkapelle am Lautersee bei Mittenwald

Man muss nicht an Schicksal glauben, aber teilweise widerfahren einem Dinge zu einem so passenden Zeitpunkt, dass man manchmal nur eine höhere Steuerung des Ganzen vermuten kann. Und ja, es gibt Menschen, die nach zwei existenzbedrohenden Corona-Jahren am Ende glauben, dass sie kein Licht am Ende des Tunnels und ihre wirtschaftliche Zukunft bedroht sehen. Doch diese wissen oftmals nicht, dass noch ein wunderbares Leben auf sie wartet. Eines, von dem sie nicht einmal zu träumen wagen.

Das Glück kommt meistens auf sehr verschlungenen Pfaden, und oft ist es auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Deshalb ist es ratsam, jeden Tag aufs Neue voller Spannung zu erwarten. Den alltäglichen Wundern offen gegenüberstehen, sie auch sehen wollen, ist hierbei ein ganz wichtiger Aspekt. Jeder neue Tag gleicht einem ungeöffneten Kästchen voller Überraschungen. Was wird sich heute oder morgen – im neuen Jahr – darin verbergen? Man freue sich auf das, was kommt. Denn wer weiß, das dritte Corona-Jahr in Folge könnte endlich ein Jahr der Hoffnung werden. Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Die Cholera in Wien

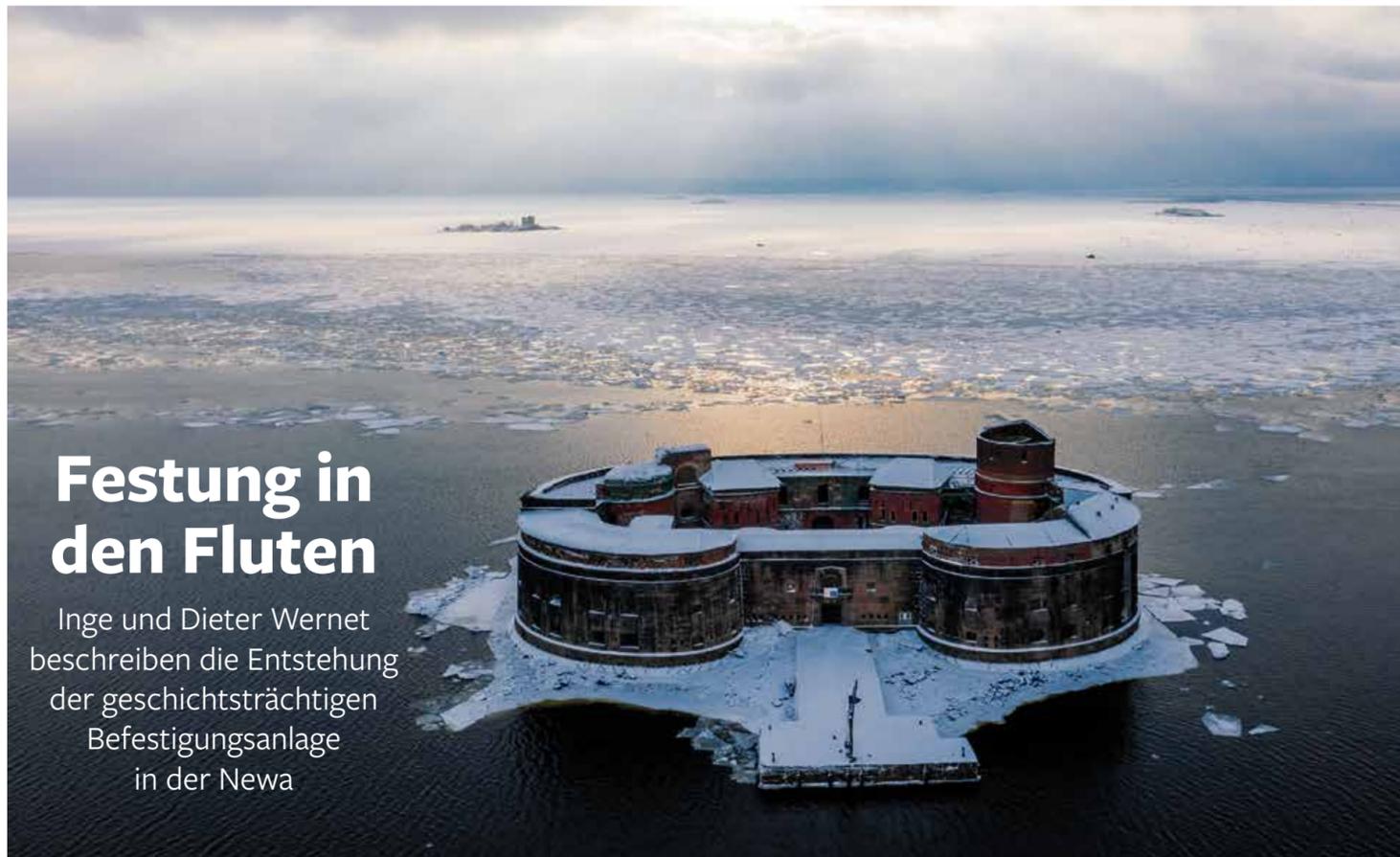
Zwischen Verleugnung und Panik pendelte die Wiener Gesellschaft 1873, als von Galizien und Ungarn her eine Cholera-Epidemie nach Westen drängte. Mediziner warnen vergeblich vor dem Verzehr von verunreinigtem Wasser. Bei den Entscheidungsträgern der Politik finden sie jedoch wenig Gehör.

Während Johann Strauß junior zur Weltausstellung zum Walzer aufspielt, lassen sich die Cholerafälle kaum noch verheimlichen. Das Ganze gerät zum finanziellen Fiasko, das auch Cajetan Felder, dem engagierten Bürgermeister und Befürworter der Hochquell-Wasserleitung, die sauberes Wasser aus den Alpen nach Wien bringen soll, zum Verhängnis wird. Das reich bebilderte und schön gestaltete Buch widmet sich in weiten Teilen eher einer Episode der Stadtgeschichte als der Cholera, wie der Titel eigentlich vermuten lässt. Dennoch ist es lesenswert. **MRK**

Alexander Bartl: „Walzer in Zeiten der Cholera. Eine Seuche verändert die Welt“, Harper Collins Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 351 Seiten, 24 Euro



MILITÄRGESCHICHTE



Festung in den Fluten

Inge und Dieter Wernet beschreiben die Entstehung der geschichtsträchtigen Befestigungsanlage in der Newa

FOTO: SHUTTERSTOCK

Kronstadt auf der Ostseeinsel Kotlin ist ein geschichtsträchtiger Militärstützpunkt, dessen Baubeginn in die Zeit Peters I. fällt. Inge und Dieter Wernet zeigen anhand originaler Pläne in einem reich bebilderten militär-

historischen Band die Geschichte der Festung, mit der Russland nicht nur seinen Zugang zur Ostsee vor feindlichen Angriffen, sondern auch die neue Hauptstadt St. Petersburg, sicherte. **Manuela Rosenthal-Kappi**

Inge und Dieter Wernet: „Kronstadt, das Festungstor nach St. Petersburg“, Helios Verlag, Aachen 2021, gebunden, 70 Seiten, 28,50 Euro

MAFIA

Etikettenschwindel und Panscherei aus Italien

Der Italien-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Oliver Meiler, klärt über die Machenschaften der italienischen Mafia im Lebensmittelhandel auf, indem er ihre Manipulationen bei der Herstellung und beim Vertrieb aufdeckt

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Italien steckt fest im Griff der Agromafia trotz vorbildlicher Bemühungen des italienischen Staates beim Kampf gegen Betrug und Tricksereien in der Lebensmittelbranche.

Die gut ausgebildeten Nachkommen der alten Mafia-Bosse haben es mithilfe von Komplizen geschafft, nahezu geräuschlos alle Ebenen der Lieferkette zu kontrollieren, von der Produktion über den Transport bis zum Großhandel. Darüber berichtet der „SZ“-Italien-Korrespondent Oliver Meiler spannend und eindrücklich in seinem Buch „Agromafia. Wie 'Ndrangheta & Co. die italienische Lebensmittelproduktion beherrschen und was auf unsere Teller kommt“. Sein Anliegen: Da wir Deutschen und auch die Schweizer und Österreicher das italienische Essen so sehr lieben, sollten wir wissen, dass die Mafia in irgendeiner Form immer mitverdient, wenn bei uns Büffelmozzarella und Olivenöl, Pasta, Früchte und Gemüse aus Italien auf den Tisch kommen.

Im Hintergrund wird dabei sehr viel Geld abgeschöpft. Italien ist mit Abstand der größte Nettoexporteur von Lebensmitteln weltweit. Meiler schätzt, dass der jährliche Anteil der Mafia am Lebensmittelgeschäft 25 Milliarden Euro beträgt. Am Betrug mit gefälschten Lebensmitteln durch Etikettenschwindel und Panscherei beteiligt sind italienische Hersteller, während Landwirtschaftsfirmen eine Steuer an die kriminellen Clans entrichten. Deren Vormachtstellung im Großhandel er-

mögliche ihnen auch die Mitbestimmung der Preise und damit der eigenen Gewinnmarge. Zehntausende Restaurants im In- und Ausland gehören ebenfalls zu den Geschäftsbereichen der Agromafia.

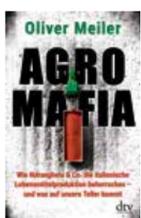
Größter Nettoexporteur weltweit

Mit den lokalen landwirtschaftlichen Strukturen kennen sich die Paten des Cibo (italienisch für Essen) seit jeher gut aus, denn „die Mafia kam vom Land, und sie ist dorthin zurückgekehrt, wenn sie es denn jemals verlassen hat“, so Meiler. Für sein Buch war er entlang der „Seidenstraße der Agromafia“ unterwegs in den Herrschaftsgebieten der miteinander konkurrierenden Verbrechertartelle, ausgehend vom Mezzogiorno, dem italienischen Süden. Gemeint sind die Essenslandschaften dieses schönen Landes, von Sizilien über Kalabrien, Kampanien bis nach Rom. In den 80er Jahren kamen die ersten kalabrischen Mafiosi in den Norden, in die Emilia-Romagna und nach Mailand.

Als Beobachter vor Ort verschafft uns der Autor unmittelbare Eindrücke von den Tummelfeldern der Unterwanderung. Seine Geschichten basieren auf den Informationen mutiger Bürger, den jährlich seit 2012 in Italien veröffentlichten Mafia-Berichten, Mitteilungen der Mafia-jäger und durch Gerichtsprozesse bekannten Fakten. Durch die Weltwirtschaftskrise 2007/08 wuchs den Paten unerwartet ein weiterer Geschäftsbereich zu, indem sie als Retter in der Not auftraten und kleinen und großen Unternehmen Geld liehen.

Für Deutschland hätten die Mafiosi eine besondere Vorliebe, da die Geldwäsche hier weitgehend ungestört möglich sei, betont der Autor. Hierzulande hätten sie tausende Restaurants, Immobilien sowie Agrarland in großem Stil gekauft. Somit profitieren sie auch direkt von den EU-Agrarsubventionen.

Das Buch löst Verwunderung darüber aus, dass die Drahtzieher der dunklen Machtverhältnisse noch immer nahtlos in saubere Geschäfte investieren können. Meiler kritisiert die deutsche Politik, da diese die Brisanz der transnationalen Kriminalität im Gegensatz zu den Ermittlern unterschätzen würde. Die Duisburger Mafia-Morde von 2007 innerhalb verfeindeter 'Ndrangheta-Familien waren ein Weckruf, jedoch habe man das Problem danach zu wenig beachtet. Der Autor schlägt vor, die Supermarktketten in die Pflicht zu nehmen. Sie könnten genau prüfen, wem sie die Ware abkaufen. Ideal wäre ein Siegel, eine Zertifizierung wie Fair Trade: garantiert mafiafrei. Die IT-Technologie der Herkunftsverfolgung steht seit Jahren zur Verfügung und könnte bei Verdachtsfällen zur Aufklärung beitragen.



Oliver Meiler: „Agromafia. Wie 'Ndrangheta & Co. die italienische Lebensmittelproduktion beherrschen und was auf unsere Teller kommt“, dtv, München 2021, gebunden, 348 Seiten, 20 Euro

KRIMI

Rätselhafte Morde in Cornwall

Im dritten Band seiner Landschaftskrimi-Reihe lässt Thomas Chatwin die Postbotin Daphne Penrose wieder bei den Ermittlungen der Polizei helfen

VON ANGELA SELKE

Daphne Penrose ist eine engagierte und gewissenhafte Postbotin in Fowey in Cornwall. Bei Wind und Wetter teilt sie mit ihrem roten Fahrrad die Post aus und hält sich auch gern für ein kleines Gespräch mit den Dorfbewohnern auf. Sie ist allorts bekannt als freundliche und interessierte Frau. Das macht Daphne nicht ohne Grund – sie ermittelt gern bei Kriminalfällen, die zwar nicht häufig in diesem schläfrigen Fischerdorf vorkommen, aber es kam schon einige Male vor, dass sie einen Fall klären konnte oder zumindest der Polizei, insbesondere dem arroganten Chefermittler James Vincent, ihrem Ex-Geliebten, bei der Aufklärung helfen konnte.

Eine Leiche als Geschenk

An einem frühen Morgen findet Annabelle, die Cousine von Daphne, ein großes Geschenkpaket vor ihrer Tür. Bei näherer Betrachtung ist nicht zu übersehen, dass es sich hierbei um eine verpackte Leiche handelt – die des Nachbarn. Völlig schockiert ruft sie erst einmal Daphne an, die ihr dann auch Trost spendet, aber natürlich auch herausfinden möchte, wer den unbeliebten Nachbarn ins Jenseits befördert hat und warum auf derart exzentrische Weise.

Bei ihrer Auslieferung kommt Daphne täglich auch bei Lady Wickelton vorbei, einer reichen alten Dame, die eine große Karriere als Illustratorin hinter sich

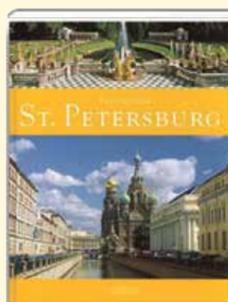
hat. Bei ihr findet sich die nächste Leiche. Ihre Haushälterin wird von Daphnes Mann bei einem Besuch entdeckt. Die alte Lady möchte nach ihrem Ableben alles der Hafengesellschaft für ein Museum überlassen. Hatte der Mörder etwas dagegen, und warum tötet er dann die diebische Haushälterin und nicht Lady Wickelton? Auch Vincent kratzt sich fragend den Kopf und kann sich auf diese Mordfälle keinen Reim machen.

Daphne und ihr Mann Francis machen sich zuerst auf den Weg zu der Schwester des getöteten Nachbarn. Weiß die sture abweisende Farmersfrau mehr? Können dort Hinweise für die Morde gefunden werden? Die verzwickte Lage klärt sich nur langsam auf, wobei noch ein weiterer Mord geschieht und Daphne in Lebensgefahr gerät.

Thomas Chatwin beschreibt in dem Krimi „Mord frei Haus“ anschaulich die landschaftlichen Schönheiten Cornwalls, das Verhalten und die Traditionen der Bewohner. Es ist eine ansprechende und unterhaltsame Lektüre und weckt den Wunsch, dort einmal den Urlaub zu verbringen.

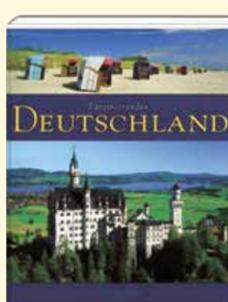


Thomas Chatwin: „Mord frei Haus“, rowohlt Polaris Verlag, Hamburg 2021, Taschenbuch, 315 Seiten, 16 Euro



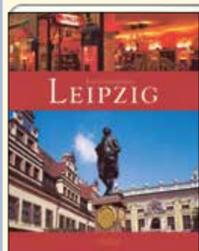
Ernst-Otto Luthardt/Max Galli
Faszinierendes St. Petersburg
120 Bilder,
96 Seiten
Format 24 x 29 cm
Nr. P 542007 Gebunden 9,95 €

St. Petersburg, die ehemalige Hauptstadt des russischen Reiches, wurde von Peter dem Großen gegründet und konnte seinen Glanz als einstige Zarenresidenz bis heute bewahren. Der Stadtgründer holte die besten europäischen Baumeister an die Newa, die prächtige Paläste und monumentale Kathedralen von barocker Pracht und klassizistischer Schönheit entstehen ließen. Über dreihundert Brücken, vergoldete Kuppeln und Turmspitzen spiegeln sich in den Flüssen und Kanälen der Stadt. Das „Venedig des Nordens“ ist auf Millionen von Pfählen im sumpfigen Gebiet des Flussdeltas gegründet.



Sebastian Wagner
Faszinierendes Deutschland
120 Bilder,
96 Seiten
Format 24 x 29 cm
Nr. P 575002 Gebunden 9,95 €

Als ein Land im Herzen Europas erstreckt sich Deutschland von den Küsten der Nord- und Ostsee bis zu den mächtigen Alpen, vom Niederrhein bis zur Ode und bietet die unterschiedlichsten Natur- und Kulturlandschaften. Aber auch malerische Städte und alte Dörfer mit ihren Baudenkmälern ziehen in den Bann. Spuren der Römer, die romanischen Kaiserdomen, große Dichter und Denker, Baumeister und Maler haben Schätze deutscher Kunst und Kultur geschaffen, die umgeben sind von einzigartigen Naturschönheiten. Diese und viele weitere Facetten von Deutschland zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



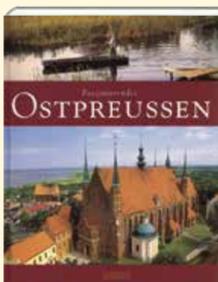
Bernd Weinkauff
Tina und Horst Herzig
Faszinierendes Leipzig
96 Seiten
120 Bilder/Gebunden
Format 24 x 29 cm
Nr. P 542035 9,95 €

Als bedeutende Handelsstadt kann Leipzig auf eine lange Tradition als Messestandort in Europa zurückblicken: Die gesamte Innenstadt ist geprägt durch Handelshöfe, prachtvolle Kaufmannshäuser und charakteristische Passagen wie Specks Hof oder die berühmte Mädlerrpassage. Bereits aus der Zeit der Renaissance stammen das Alte Rathaus, die Alte Waage und die Moritzbastei. Das Neue Rathaus aus dem Jahre 1905 ist eines der größten Rathausgebäude weltweit. Darüber hinaus beherbergt Leipzig eine der ältesten Universitäten sowie die erste Handels- und Musikhochschule Deutschlands. Ihr musikalischer Ruf gründet sich vor allem auf das Wirken Johann Sebastian Bachs, die Bedeutung des Gewandhausorchesters und des Thomanerchores.



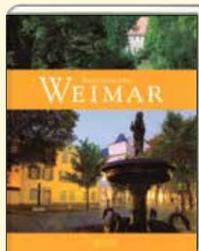
Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



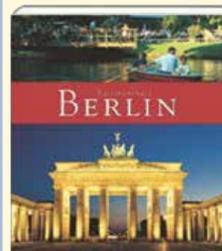
Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
117 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575725 9,95 €

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte – nebst Ostseeküste – birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.



Ernst-Otto Luthardt/Tina und Horst Herzig
Faszinierendes Weimar
96 Seiten
120 Bilder/Gebunden
Format 24 x 29 cm
Nr. P 575008 9,95 €

In kaum einer anderen Kleinstadt lebte so viel Geistes- und Kulturprominenz wie in Weimar. Ihren Ruf als deutsche Geistesmetropole verdankt die Stadt Herzogin Anna Amalia und ihrem Sohn Karl August, die Ende des 18. Jahrhunderts namhafte Schriftsteller, Künstler und Schauspieler in ihre Residenz beriefen. Zeuge dieser Zeit ist die nach einem verheerenden Brand 2004 wiederhergestellte Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek. Sie beherbergt neben 2000 mittelalterlichen Handschriften und 900000 Drucken die privaten Buchbestände von Goethe und die in allen Sprachen der Welt erschienenen Ausgaben seiner Werke. Diese und viele weitere kulturelle Juwelen der Stadt zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



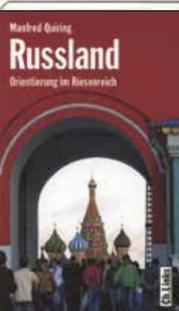
Michael Kühler/Jürgen Henkelmann
Faszinierendes Berlin
117 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575669 9,95 €

Berlin lockt als dynamische Weltstadt zu immer neuen Entdeckungsreisen: Unzählige Plätze und Bauten erzählen von bedeutenden geschichtlichen Ereignissen. Eine einzigartige Museenlandschaft zeigt Werke von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart und spektakuläre moderne Architektur findet sich nicht nur auf dem Potsdamer Platz. Eine bunte Mischung von Lebensarten prägt die Metropole, ihre Facetten reichen von Kneipen, Szeneclubs zu ausgefallenen Restaurants, von klassischem Schauspiel zur Aktionskunst. Spürt man in den Innenstadtkernen das Vibrieren der Weltstadt, findet man in den Außenbezirken immer noch Winkel mit fast ländlicher Idylle. Viele Facetten zeigen die zahlreichen brillanten Fotografien dieses Bildbandes.



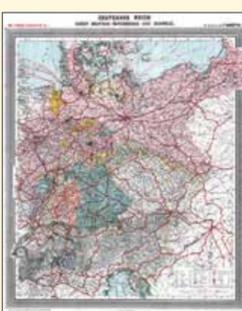
Magdalena Köster
Den letzten Abschied selbst gestalten
Alternative Bestattungsformen
192 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1619 4,95 €

Den letzten Weg prägen nicht mehr allein die Kirchen und konservative Bestattungsunternehmen. Zwei von fünf Befragten wünschen sich heute eine weltliche Trauerfeier und neue Formen des Abschieds. In den Großstädten möchten bereits 50 Prozent der Menschen nach ihrem Tod verbrannt werden, auf dem Land jeder Dritte. Immer mehr entscheiden sich für eine Friedhofs-WG, lassen ihre Asche unter Bäumen oder auf dem Meer verstreuen. Um ein selbstbestimmtes Begräbnis gestalten zu können, muss man sich im Dschungel der Gesetze aber gut auskennen. Die Autorin zeigt, welche alternativen Bestattungsmöglichkeiten es gibt, wie man die entsprechenden Anbieter findet und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Ihr Buch ist ein wertvoller Begleiter für den individuellen Abschied.



Manfred Quiring
Russland
Orientierung im Riesenreich
208 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1612 7,95 €

Manfred Quiring, seit über 30 Jahren journalistisch in Moskau tätig, schildert faktenreich, wie sich der Alltag des Riesenreiches in den letzten Jahren rasant gewandelt hat. Er beschreibt den Kontrast zwischen neuem Reichtum und verbreiteter Armut, zwischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformern sowie zwischen der Metropole Moskau und der Provinz. Zugleich erklärt er aber auch, was man die „russische Seele“ nennt, welche Rolle der Wodka im Zusammenhang mit Gastfreundschaft spielt und warum die russischen Frauen als die schönsten gelten. Anhand der reichen Anekdotenkultur des Landes macht er manches verständlich, was auf den ersten Blick eher Kopfschütteln auslöst. Seine Tipps und Erklärungen helfen all jenen, die das Land bereisen oder einfach besser verstehen wollen.



Hist. Karte: Deutsches Reich - Deutschland 1903
Nr. P A1551
Gefaltete Karte
19,80 €

Farbenprächtiger Nachdruck. Deutsches Reich nebst Deutsch-Österreich und der Schweiz. Deutschland, um 1903. Außenformat 65 x 81 cm Grenz- und flächenkolorierte Karte. Kartograph: Friedrich Handtke (1815-1879). Bearbeitet und ergänzt im kartographischen Institut der Verlagsbuchhandlung. Reprint. Maßstab 1 : 1 825 000. Darstellung 6 % verkleinert zum Original. Die verschiedenen Gebiete wurden koloriert.



Historische Karte: Provinz Ostpreußen 1910 (Gefaltet)
Maßstab 1:150.000.
Nr. P A1105 19,80 €

Reprint Karte Provinz Ostpreußen. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreußen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150.000.

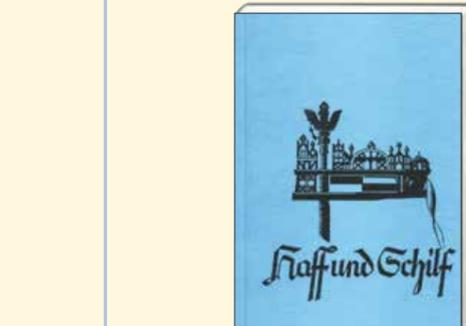


Kartenmappchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmappchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



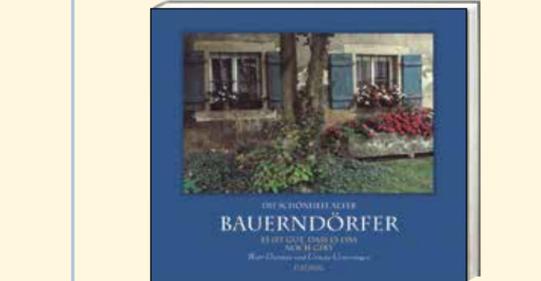
Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
Nr. P A1181 Kartoniert 4,95 €



Haff und Schilf
Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
(Reprintausgabe) 76 Seiten
Nr. P A1180 Kartoniert 4,95 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937-1945
111 Seiten
Nr. P A1163 Kartoniert 4,95 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Steingutbecher mit Randverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Juwelierslupe
Hochwertige Lupe mit 30-facher Vergrößerung, Metallrahmen. Klein genug, sie in der Hosens- oder Handtasche zu transportieren und schnell und unkompliziert zu benutzen. Einklappbar in eine metallene Schutzhülle. In repräsentativer und gleichzeitig stabiler Geschenkbox verpackt.
Nr. P A1670 4,99 €



Karl Knoblauch
Dem Ende entgegen
Mit dem Fallschirm-Panzerfüsilierbataillon 2 „Hermann Göring“ in Ostpreußen 1944/1945
121 S/W-Abb. 221 Seiten
Nr. P 575720 Geb. 14,95 €

Leutnant Karl Knoblauch, nach Stationen bei der Radfahrerschwadron 195 der 95. Infanteriedivision und als Beobachter in der 4.(F)/14 Fernaufklärerstaffel der Luftwaffe bei einem Einsatz schwer verwundet, meldet sich nach seiner Genesung im Lazarett zum Fallschirm-Panzerkorps „Hermann Göring“. Als Zugführer eingesetzt erlebt der Autor die schweren Abwehrschlachten um Ostpreußen 1944/45. Die Schilderungen dieser grauenvollen Abwehrkämpfe gegen einen übermächtigen Gegner, das schreckliche Schicksal der Zivilbevölkerung während der Kämpfe und auf der Flucht zeigen das ganze Grauen des Krieges.



Götz Bergander
Dresden im Luftkrieg
Vorgeschichte - Zerstörung - Folgen
138 S/W-Abbildungen.
520 Seiten/Gebunden
Nr. P 575239 14,95 €

Was in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 in Dresden geschehen ist, war nicht nur der gewaltigste Bombenangriff auf dem europäischen Kriegsschauplatz, sondern hat sich auch tief in die Erinnerung derer eingegraben, die es miterlebt haben. Der Autor, selbst Dresdner und Augenzeuge der erschütternden Ereignisse, beschreibt nicht nur diese „Jahrhundertkatastrophe“, sondern Dresdens Bedeutung im Luftkrieg insgesamt und versucht, Tatsachen von Gerüchten zu trennen. Gestützt auf wertvolles Foto- und Kartenmaterial, britische und amerikanische Interpretationen und zum Teil neu eingebrachte Dokumente entstand ein zeitgeschichtliches Werk, das durch objektive Faktentreue besticht.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
Flechtsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechtsigmedien@web.de
Internet www.flechtsigmedien.de
Lieferung und Rechnung von VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

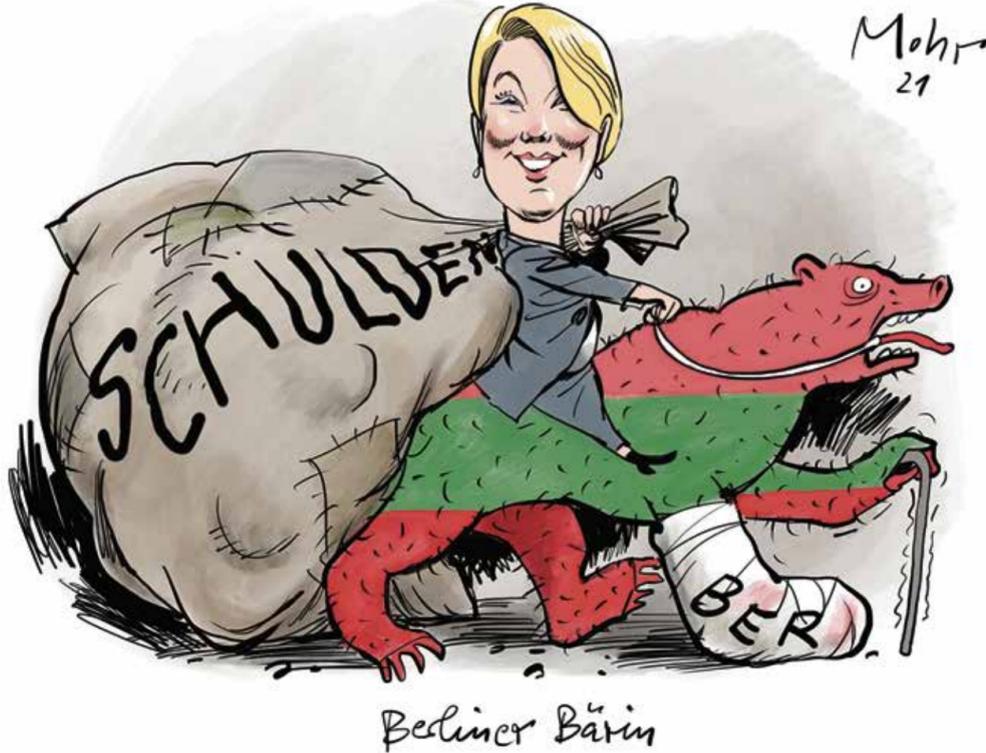
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Das medial dauerpräsenste Robert-Koch-Institut (RKI) werden die meisten wohl ausschließlich mit Corona und der Verkündung von Zahlen in Verbindung bringen. Weit gefehlt, die segensreiche Einrichtung ist viel umfassender als unsere körperliche Unversehrtheit besorgt. Die Schlagzeilen einer aktuellen Botschaft enthalten zwar ebenfalls den vertrauten Passus „das RKI warnt“, aber dieses Mal geht es nicht um die Gefahren des wohl bekanntesten Virus der Welt, sondern um das über Weihnachten und noch viel mehr zu Silvester beliebte Fondue- und Raclette-Essen. Dieses sollte sorgsam überdacht werden. Das RKI spricht von der Möglichkeit einer ansteckenden Durchfallerkrankung. Die Befragung von solcherart in Mitleidenschaft gezogenen Patienten habe ergeben, dass ein großer Teil von diesen kurz zuvor in trauriger Runde eines dieser Gerichte genossen hatte. Am besten also, analog zu Corona: Verzicht üben, Dinge meiden, die Freunde bereiten, da ist man gesundheitlich auf der sicheren Seite. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Roberto J. De Lapuente sieht eine fortschreitende Gleichschaltung der Meinungen heraufziehen. Im Blog „rubikon.news“ (22. Dezember) nennt er die Urheber dieser düsteren Entwicklung:

„Der vermeintlich Progressive von heute, ein Selbstgerechter, wie Sahra Wagenknecht diesen Typus nennt, merkt offenbar gar nicht mehr, in welche totalitäre Gesellschaft er abbiegt. Wenn ihn aber jemand daran erinnert, zumal ein Konservativer, dann wird er wütend. Denn er meint es doch nur gut — und das sollen wir ihm natürlich hoch anrechnen ...“

Hamburgs Ballettdirektor John Neumeier wendet sich in der „Welt“ (27. Dezember) gegen die „Cancel Culture“, die unter anderem dazu geführt hat, dass das Berliner Staatsballett Tschaikowskys Klassiker „Der Nussknacker“ wegen seiner angeblich nicht mehr politisch opportunen chinesischen und orientalischen Tänze abgesetzt hat:

„Warum soll ich mir vorschreiben lassen, was in einem alten Märchen richtig ist und was nicht? Ich weiß doch auch nicht, wie in ‚Peer Gynt‘ Trolle aussehen. Müssen die jetzt auch weg? Theater, Oper und Tanz — das ist immer auch Verwandlung, Sein und Schein, bevölkert von Gestalten der Fantasie. Wie sollen bitte politisch korrekte ‚Sommernachtstraum‘-Elfen gestaltet sein?“

Der Politikwissenschaftler und Historiker Tomas Spahn rechnet in „Tichys Einblick“ (27. Dezember) mit der Kritik des Ärztefunktionärs Frank Ulrich Montgomery an einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ab, deren — so Montgomery — „Richterlein“ die 2G-Regel beim Einzelhandel in Niedersachsen zu Fall brachten:

„Wir dürfen unterstellen, dass Montgomery von Verwaltungsrecht ungefähr genau so viel Ahnung hat wie ein Oberverwaltungsrichter von Radiologie. Meinen hätte er demnach können, was immer ihm gerade durch den Kopf geschossen ist. Doch der Radiologe ist deutlich über das Ziel hinausgeschossen. ‚Anmaßende Richterlein‘ — das ist eine Tatsachenbehauptung und Beleidigung, keine Meinung. Es wäre ungefähr so, als ob unsere Richter von Montgomery als ‚unterqualifiziertes Doktorlein‘ gesprochen hätten.“

● WORT DER WOCHE

„In der Logik von Herrn Holetschek müsste es zukünftig auch Zuschläge für Raucher oder Patienten mit Übergewicht geben.“

Kassenärztechef Andreas Gassen in der „Bild“ (27. Dezember) zur Forderung des bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek, dass ungeimpfte Bürger künftig höhere Krankenkassenbeiträge oder teilweise die Behandlungskosten zahlen sollten

DER WOCHENRÜCKBLICK

Schmuddelecke der Nation

Wer und was so alles gekippt wird und jemand, der von allein kippen kann

VON ERIK LOMMATZSCH

Nein, eine so richtig gute Figur machte das deutsche Corona-Gesicht Nummer eins nicht. Da darf Karl Lauterbach, seit Kurzem als Bundesgesundheitsminister Nachfolger von Jens Spahn und im Gegensatz zu diesem gern als „Experte“ bezeichnet, nun endlich in der Bundespressekonferenz neben RKI-Chef Lothar Wieler sitzen. Und dann das: Beim Auftritt unmittelbar vor Weihnachten war zu beobachten, wie Lauterbach erst die Augen zufielen und dann der Kopf vornüberkippte. Der Herr Minister hatte sich zwar schnell wieder im Griff, aber die eine oder andere Frage bereitet uns schon Sorge. Sind wesentliche Entscheidungsträger überfordert? War schnöder Schlafmangel die einzige Ursache des Aussetzers? Ist Lauterbachs Wegkippen eine Art Omen für den künftigen Kurs?

Allerdings hatten die um unser aller Wohlergehen besorgten großen Medien rücksichtsvollerweise darauf verzichtet, uns mit diesem doch etwas peinlichen Moment übermäßig zu behelligen und die Sequenz eher zurückgehalten.

Auch anderweitig werden wir Medienkonsumenten geschont, etwa wenn es um die Vielzahl von Demonstrationen gegen die Corona-Politik geht, vor allem diejenigen, die nahezu täglich und in steigender Zahl in kleineren Städten und Ortschaften stattfinden. Möglicherweise würde eine Zusammenschau der Proteste verwirren und Anlass zu der Vermutung geben, dass ein doch nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung jenseits von „Rechtsextremen, Reichsbürgern und Corona-Leugnern“ der von oben eingeschlagenen Linie nicht mehr so ganz zu folgen vermag.

Spannender sind ja vielmehr, neben Einzelmeldungen, Berichte über vermeintliche oder tatsächliche Verstöße gegen auferlegte Regelungen. Zu tun hat man es hier mit „einigen Irrgläubigen“, wie der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl uns dankenswerterweise erklärt.

Diese hatten sich sogar am zweiten Weihnachtsfeiertag auf die Strafe getraut. Bei einer Demonstration in Schweinfurt sah sich die Polizei bemüßigt, Pfefferspray einzusetzen. Somit ging zumindest ein Teil der Wünsche einer jungen Bundestagsabgeordneten der Grünen prompt in Erfüllung. Saskia Weishaup hat erst wenige Tage zuvor gefordert,

dass man den ihr unliebsamen Bürgern „keinen Millimeter überlassen“ dürfe. Die Ordnungshüter müssten „im Zweifelsfall Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzen“. Die Grünen fordern rigides Durchgreifen der Polizei — vieles hat sich verändert in unserem Land.

Neue Herausforderungen, deutlichere Stellungnahmen. Das macht sich auch bei führenden Verbandsvertretern bemerkbar. Frank Ulrich Montgomery, nicht nur als Weltärztepräsident Spitzenfunktionär, hatte bereits von einer künftigen Corona-Variante gesprochen, die „so gefährlich wie Ebola“ sein könnte. Der eine oder andere, eher praktisch tätige Medizinerkollege hielt den Vergleich für schwierig, aber davon lässt sich ein Mann wie Montgomery nicht aufhalten. Im Gegenteil, er erschloss sich nun ein weiteres Feld: die Juristerei. Ein ihm eigenes Verständnis des Verfassungsgefüges der Bundesrepublik drängte ihn, Kritik am 13. Senat des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zu üben.

Der Weltärztepräsident stieß sich daran, „dass kleine Richterlein sich hinstellen und wie gerade in Niedersachsen 2G im Einzelhandel kippen, weil sie es nicht für verhältnismäßig halten“. Beruhigend für Montgomery dürfte sein, dass seine Auffassung vom Amt des Richters auch andernorts geteilt wird. Dem 13. Senat wurde die Zuständigkeit „für den Infektionsschutz“ entzogen. Dass es sich hierbei keinesfalls um eine „Verschwörung“ handele und entsprechende Vermutungen vielmehr ein „gefundenes Fressen für Anhänger“ derartiger Theorien seien, ist etwa in der in Hannover erscheinenden „Neue Presse“ nachzulesen. Das Ganze sei „weit von einer politischen Intrige entfernt“.

Wie man einen Spitzenforscher loswird

Um der Verwirrung durch unsaubere Corona-Berichterstattung vorzubeugen, hat die Video-Plattform YouTube die Initiative ergriffen und den Kanal der „Achse des Guten“ gelöscht. Über 100.000 — jetzt ehemalige — Abonnenten müssen sich nicht weiter von abweichenden Ansichten belästigen lassen. Auch Stellungnahmen von Alexander Kekulé, einst Star-Virologe und einer der bekanntesten wissenschaftlichen Rückhalt-Geber für die Regierungsmaßnahmen, werden künftig kaum noch zu finden sein, zumindest nicht in den großen Medien. Die Universität Halle hat den Institutsdirektor vor die Tür gesetzt.

Doch halt, hier ging es nicht um seine seit einiger Zeit vom offiziellen Corona-Kurs ab-

weichenden Stellungnahmen. Nein, vielmehr habe Professor Kekulé seine vordringlichen Aufgaben — Forschung und Lehre — eklatant vernachlässigt, und zwar schon seit Jahren. Gut, dass das jetzt mal aufgefallen ist. Zum Glück ist Kekulé eine Ausnahme. Davon, dass Lehrstuhlinhaber ihren Studenten sowie der kleinteiligen Forschungsarbeit nur noch wenig Interesse entgegenbringen, hört man ja eher selten.

Apropos Forschung: Öfter hingegen hat man in der Vergangenheit davon gehört, dass das Plagieren einer Dissertation die Karriere relativ schnell beenden kann und der Verlust des zu Unrecht getragenen Dokortitels meist das geringste Problem ist. Aber auch hier weht ein neuer Wind in Deutschland. Irgendwann war die SPD-Frau Franziska Giffey zwar mal Ministerin und irgendwas war da mit einer Aberkennung, aber das ist weitgehend vergessen. Auf dem Weg an die Spitze der Hauptstadt war ihr die Angelegenheit nicht hinderlich, sie ist nun Regierende Bürgermeisterin von Berlin. Das kann man auch ohne akademischen Namenszusatz, Willy Brandt hatte sowas ja auch nicht.

Dass fehlende Qualifikation sogar etwas ganz Sympathisches sein kann, ist im Fall der neuen Außenministerin Annalena Baerbock zu erfahren. Medialen Rückenwind gab es für ihr recht mäßiges Englisch. Das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ freute sich, dass die Grünen-Politikerin sich im Nachgang „scherzhaft und selbstironisch“ dazu geäußert habe. Zwar ging es bei der Kritik weniger um die Beherrschung von Fremdsprachen an sich, sondern eher um die Tatsache, dass man von einer — ausweislich ihres Lebenslaufs — international erfahrenen Frau, die unter anderem einen Masterabschluss einer Londoner Eliteuniversität vorzuweisen hat, hier möglicherweise etwas anderes erwartet hätte. Aber das muss nicht weiter stören.

Auf das neue Jahr blickt so mancher sorgenvoll. Da ist es tröstlich zu wissen, dass uns Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident wahrscheinlich erhalten bleiben wird. In seiner Weihnachtsansprache sandte er wieder einmal eine klare direkt-indirekte Botschaft in die Schmuddelecke der Nation im Lande, indem er „aus vollem Herzen“ der „großen, oft stillen Mehrheit“, die „seit Monaten umsichtig“ handle, dankte. Schön, ein Staatsoberhaupt zu haben, das Gut und Böse so klar zu trennen weiß und souverän jeglicher Spaltung entgegenwirkt.

„Im Zweifelsfall Pfefferspray und Schlagstöcke“. Die Grünen fordern ein rigides Durchgreifen der Polizei — es hat sich vieles verändert in unserem Land



Den Wochenrückblick finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de